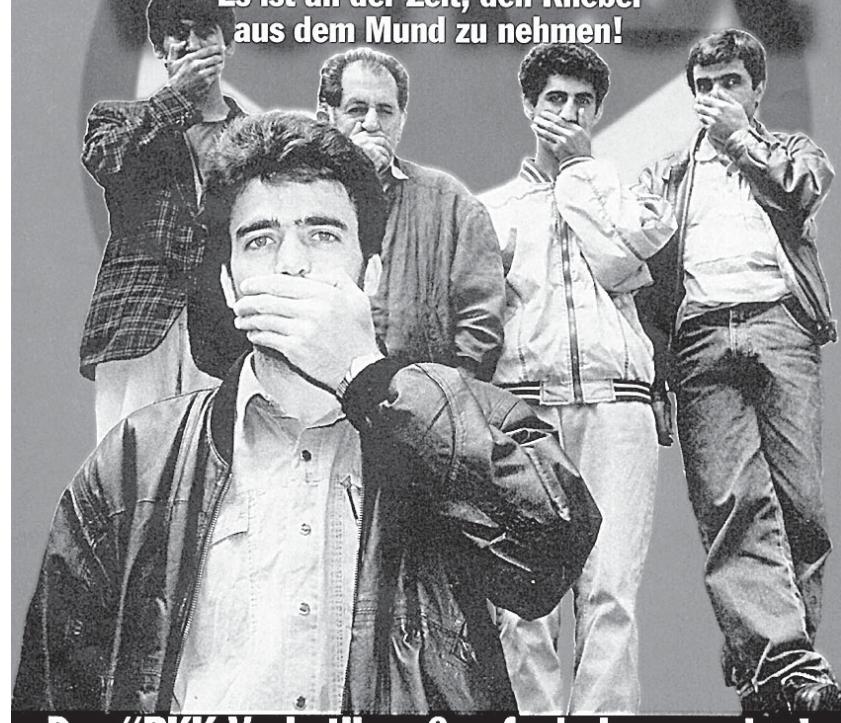


Politische Berichte

Busfahrt durch die Bundesrepublik

Dialog statt Verbot

Es ist an der Zeit, den Knebel aus dem Mund zu nehmen!



Das "PKK-Verbot" muß aufgehoben werden!

Frankfurt, 11.11. • Wiesbaden/Mainz 12.11. •
Saarbrücken 13.11. • Stuttgart 14.11. • Ulm
15.11. • München 17.11. • Nürnberg
18.11. • Göttingen 19.11. • Schwerin 20.11.
(Beginn der Innenministerkonferenz!) • Magdeburg
21.11. • Erfurt/Leipzig 24.11. • Berlin 25./26.11.



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn	2
Dialog statt Verbot! Das PKK-Verbot aufheben!	3
Reform des völkischen Staatsbürgerschaftsrechts dringend	4
Bildungsreform: Weg von Humboldt, hin zu Tietmeyer	5
Datenschutzbeauftragte zu Europol	5
Offener Brief an Bundesregierung zum EU-Beschäftigungsgipfel	6

Auslandsberichterstattung

Frankreich: Schnelles Ende des Fernfahrerstreiks	8
Österreich: Briefbomben und Ausländerfeindlichkeit	9
Türkei/Griechenland: Streit um Erdöl	10
Iran: Neue Regierung – altes System	10
Meldungen	11

Regionales West und Ost

Lokaler Widerstand	12
Zum Urteil zur NS-Zwangarbeit	13
Niedersächsischer SchülerInnenkongreß der Jusos	14
Stadt Dortmund fordert Stopp des Eurofighters	15
Hamburg: CDU beinhart, Rot-grün butterweich	15
Anhörung: Demo-Verbot Saalfeld	15
Berlin: Streit um das Jüdische Museum	16
O-Ton	16
Kommunale Politik	17

Aus Betrieben und Gewerkschaften

Was war?	18
Fusion Thyssen-Krupp	19
ÖTV-Vertrauensleute Jugendamt für Altersteilzeit	19
Altersteilzeit NRW: Teilweise schlechter als das Gesetz	20
Baugewerbe Berlin: Kartellamt untersagt Tariftreue-Erklärung ..	21
Joe Tucker: US-Jobwunder – eine Lüge	21
Solidaritätsaktion ABB	21

Diskussion und Dokumentation

PDS-Parteitag Baden-Württemberg: Gemischte Ergebnisse	22
Gregor Gysi verrennt sich im Streit über die Kulturrevolution ..	22

Letzte Seiten

Buchbesprechung: Globalisierungsfalle	27
---	----

Termine	28
---------------	----

IN BONN VDA-SCHULDEN:

Dem Bundesinnenministerium stehen nach Angaben der Bundesregierung Rückforderungen an den berüchtigten „Verein für das Deutschtum im Ausland“ (VDA) in Höhe von 1,257 Mio. DM zu. Aus weiteren, noch nicht rechtskräftigen Bescheiden können sich weitere Rückforderungen von 6,0 Mio. DM ergeben, evtl. sogar bis zu 15,3 Mio. DM. Der VDA war wegen seiner Verbrechen zur Zeit des NS-Regimes nach 1945 zeitweise verboten, betreibt seit Jahren wieder mit Regierungshilfe eine dubiose „Auslandsdeutschen“-Betreuung. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion waren VDA-Funktionäre mit Koffern voller Geld in GUS-Staaten gereist, um dort „Auslandsdeutsche“ zu finden, Wohnungen zu bauen, Büros zu errichten, Leute zu schmieren usw. Jetzt fehlen alle Belege. Vorsorglich, so die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Anfrage der grünen Abgeordneten Buntenbach dazu, habe der VDA beim Innenministerium beantragt, ihm die Forderungen zu erlassen.

„VÖLLIG UNBERECHTIGT“: Der Plutonium-Ausschuß des Bundestages ermittelt immer noch. Am 10.8.1994 hatte eine Lufthansamaschine 400 Gramm waffenfähiges Plutonium nach München geliefert, die mit großem Polizeiaufgebot und Presse-Tamtam beschlagnahmt wurden. Nachdem der Vorgang zuerst für die gesetzliche Ausweitung von BND-Abhörpraktiken genutzt worden war, flog kurz darauf auf, daß die ganze Sache offenbar vom BND selbst eingefädelt worden war und nicht von irgendwelchen russischen Schmugglern. Seitdem ermittelt der Bundestag. Am 29.10. war wieder mal Kanzleramtsminister Bohl dran. Bohl frech: Die gegen den BND, den Geheimdienst-Koordinator Schmidbauer und das Kanzleramt gerichteten Vorwürfe seien „völlkommen unberechtigt“.

INDIVIDUELL ENTSCHEIDIGEN! Die Forderung tschechischer NS-Opfer-Verbände, die von der Bundesregierung individuelle Entschädigung verlangen, wird auch von den Grünen im Bundestag unterstützt. Die PDS hatte einen solchen Antrag bereits vor Wochen eingebracht, jetzt brachten die Grünen einen solchen Antrag (Ds. 13/8871) ein: Es sei den tschechischen Opfern nicht verständlich zu machen, daß ihre Leidensgenossen in Polen, Rußland, der Ukraine, Slowakei, Bulgarien, Rumänien und Jugoslawien individuell entschädigt seien, sie aber nicht.

DEUTSCHE WAFFEN: Eine türkische Militärzeitschrift berichtete kürzlich über ein Geschwader, das sich bei inländischen wie grenzüberschreitenden Einsätzen gegen Kurden besonders ausgezeichnet habe. Die Kampfjets des Geschwaders sind sämtlich Phantom-Flugzeuge aus der BRD. Die Grünen fragten darauf in eine kleinen Anfrage (Ds.

13/8536) nach weiteren Einzelheiten. Antwort der Bundesregierung: Der Zeitungsbericht sei ihr bekannt. Neue Geräte zur elektronischen Kampfführung habe das Geschwader aber nicht erhalten.

HAUSHALTSSPERRE FÜR EUROFIGHTER?

Am 31.10. hat der grüne Abgeordnete Winfried Nachtwei eine Haushaltssperre gegen das Projekt Eurofighter verlangt: „Die Entscheidung der Bundesregierung, auch bei leeren Kassen unbeirrt ein gigantisches und überflüssiges Rüstungsprojekt wie den Eurofighter beschaffen zu wollen, ist der Gipfel der sozialen Verantwortungslosigkeit. Während im Bundeshaushalt die Ampel erneut auf rot gesetzt werden muß, winkt die Regierungsmehrheit im Haushaltssausschuß ganz nebenbei das größte bundesdeutsche Rüstungsprojekt durch. Sollte der Bundestag Ende November die eklatante Fehlentscheidung der Regierungskoalition bestätigen, droht der Bundesrepublik in den nächsten Jahren eine Kostenlawine von bis zu 90 Milliarden DM. Damit stellt die Kohl-Regierung einen weiteren ungedeckten Wechsel zu Lasten künftiger Generationen aus. Die Abgeordneten haben Ende November die letzte Möglichkeit, diesen unverantwortlichen Beschaffungswahnsinn zu stoppen.“

NS-ZWANGSARBEIT: Nach dem Urteil des Bonner Landgerichts, das am 5.11. nur 1 von 22 klagenden ehemaligen ZwangsarbeiterInnen Anspruch auf Entschädigung zugebilligt hatte, haben PDS und Grüne ihre Forderung nach einer gesetzlichen Entschädigungsregelung erneuert. Volker Beck, rechtspolitischer Sprecher der Grünen: „Wir fordern eine politische Lösung für die Entschädigung der Zwangsarbeiter. Bundestag und Bundesregierung müssen endlich ein Gesetz auf den Weg bringen, wie ehemalige ZwangsarbeiterInnen endlich ihre Lohnforderungen geltend machen können.“ Die PDS kritisierte zudem, daß ausgegerechnet der wegen sexistischer und rassistischer Äußerungen kürzlich abgelöste deutsche Botschafter in Haiti nun die Regierung gegenüber den Ex-ZwangsarbeiterInnen vertritt. (Ds. 13/8750).

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Am 13.11. berät der Bundestag u.a. über die Kohlepolitik, die „Aussiedlerpolitik“ und die Umtriebe des „Beauftragten für Aussiedlerfragen“, Staatssekretär Waffenschmidt. Am Nachmittag geht es u.a. um Versorgungsansprüche, die Grünen wollen u.a. die Versorgungsrenten an Kriegsverbrecher und Ex-Angehörige der Waffen-SS gestoppt haben. Am 14.11. geht es um Strafvollzug, Union u.a. fordern schärfere Bestrafung, PDS u.a. eine Reform des Vollzugs und eine Eingrenzung der Sicherheitsverwahrung. Am nachmittag folgt eine Debatte über Kinderarbeit und Kinderhandel und Anträge von PDS und Grünen gegen den Eurofighter.

Dialog statt Verbot: Das PKK-Verbot aufheben!

„Es ist an der Zeit, den Knebel aus dem Mund zu nehmen!“ Unter diesen Lösungen führt ein Bündnis von Aachener Friedenspreis, Appell von Hannover, Juso-Bundesvorstand, der niedersächsisch-kurdischen Initiativgruppe „Dialog statt Verbot“, vertreten durch die grüne Landtagsabgeordnete Heidi Lippmann-Kasten, Rote Hilfe, 14 PDS-Bundestagsabgeordneten, SDAJ, DKP, dem Verein der Juristen aus Kurdistan, der SoZ-Redaktion u.a. sowie dem größten Dachverband kurdischer Vereine in der BRD, YEK-KOM, eine bundesweite Busfahrt und Veranstaltungen gegen das seit vier Jahren bestehende PKK-Verbot durch.

In dem Flugblatt von YEK-KOM zu dieser Busreise wird u.a. die europaweite Vorreiterrolle der deutschen PKK-Verfolgung kritisiert, die zum Glück in dieser Form ohne Nachahmung in der EU geblieben ist:

„Seit 1993 hat sich vieles verändert, sowohl in Kurdistan und in der Türkei als auch in Deutschland. Die Bemühungen der kurdischen Organisationen und deren Verhaltensweisen in Europa werden von vielen Menschen, gesellschaftlichen Kräften und Organisationen in Deutschland wahrgenommen, begrüßt und auch unterstützt. Vor dem Hintergrund dieser wichtigen Veränderungen erscheint das deutsche „PKK-Verbot“ überholt, zumal die ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans) europaweit immer mehr Zu-

spruch erhält, so z.B. in Rom, Wien oder Kopenhagen.“

Eine Aufhebung des PKK-Verbots in Deutschland sei damit ein Schritt zur „Normalisierung“ und würde zudem auch die Türkei unter Druck setzen, ihren Krieg gegen die kurdische Bevölkerung zu beenden. „Die Unterzeichner fordern außerdem die deutsche Öffentlichkeit auf, dieses Ziel auf breiter Basis zu unterstützen und an den Veranstaltungen teilzunehmen, die mit dem Ziel der Aufhebung des Verbots in den kommenden Wochen überall in Deutschland stattfinden werden.“

Der bisherige Verlauf der Rundreise dokumentiert in gewisser Weise die Breite des Widerstands gegen Kanthers und Kinkels Politik mit dem PKK-Verbot, aber auch seine Schwächen.

Am 3. November begann die Rundreise in Berlin mit einer Pressekonferenz auf dem Breitscheidplatz. Kambiz Behbahnani, Ex-Bundesvorstandsmitglied der Grünen, und Giyasettin Sayan, kurdischer PDS-Abgeordneter im Berliner Abgeordnetenhaus, unterstützen noch einmal das Anliegen der Rundreise. Heiko Kretschmar, Juso-Bundesvorstandsmitglied, brachte per Zeitungsinterview ebenfalls erneut seine Ablehnung des PKK-Verbots zum Ausdruck. Von kurdischer Seite ergänzt wurden ihre Ausführungen durch Veysel Akin, Vorsitzender des Vereins der Juristen aus Kurdi-



Dialog statt Verbot

Anlässlich der heute beginnenden Tour des Informationsbusses durch mehrere Städte der Bundesrepublik unter dem Motto „Dialog statt Verbot“ erklärte am 3.11. der Berliner PDS-Abgeordnete Giyasettin Sayan:

Mehr als 500.000 Kurdinnen und Kurden leben in Deutschland. Damit sind sie die drittgrößte Bevölkerungsgruppe unter den MigrantInnen. Doch im Gegensatz zu den Angehörigen anderer Nationalitäten dürfen sie sich in Deutschland weder organisieren noch frei artikulieren. Grundlage für diese Einschränkung wesentlicher Menschenrechte ist das PKK-Verbot, das Innenminister Kanther vor vier Jahren, am 26. November 1993, aus sprach.

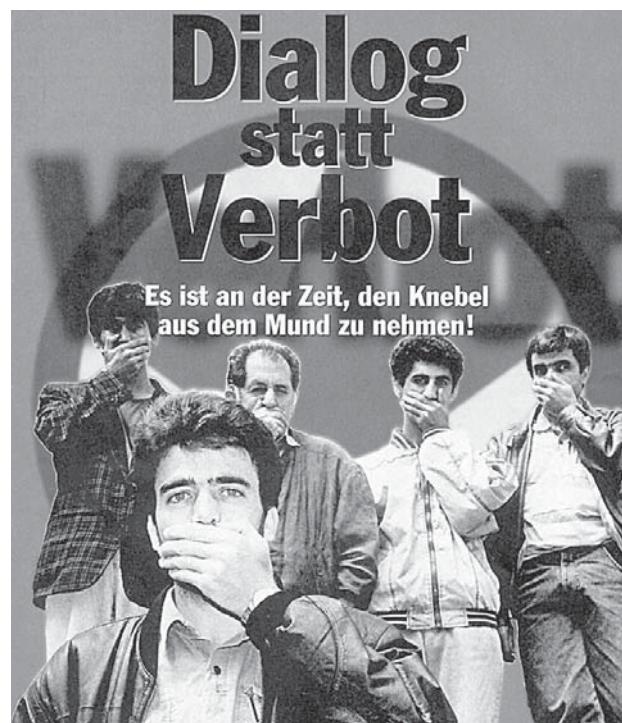
Unzählige Kurdinnen und Kurden sind seit diesem Tag in Deutschland verfolgt und kriminalisiert worden. Das Zeigen sogenannter verbotener Symbole wie der PKK-Fahne, die Teilnahme an „verbotenen Demonstrationen“ wurden zum Anlaß für Tausende Verfahren genommen. 300 Kurdinnen und Kurden verbüßen deswegen Haftstrafen in Deutschen Gefängnissen, andere wurden zu hohen Geldstrafen verurteilt, Familien damit rui niert.

Die politische Landschaft hat sich seit 1993 – in Deutschland, in der Türkei und in Kurdistan – verändert. Vielfach werden die Bemühungen der kurdischen Organisationen, ihre Dialogbereitschaft im Bemühen um eine friedliche Lösung des Konfliktes in Europa und in Deutschland begrüßt und unterstützt. Die Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) erfährt diplomatische Akzeptanz. In einer Reihe von europäischen Städten – wie z. B. Rom, Athen, Wien und Kopenhagen – unterhält sie bereits Büros.

Vor diesem Hintergrund erscheint es mehr als fraglich, daß in Deutschland die Uhren immer noch stillstehen. Das PKK-Verbot paßt nicht mehr in die heutige Zeit. Ich fordere die Bundesregierung auf, dieses Verbot aufzuheben und statt dessen Dialogbereitschaft zu signalisieren.

Damit würde die Bundesregierung nicht nur die Ungleichheit der in Deutschland lebenden Kurdinnen und Kurden gegenüber anderen Nationalitäten beenden, sondern gleichzeitig einen Beitrag für eine friedliche Lösung des Konfliktes in der Türkei leisten.

Verbote werden die Situation nur weiter zuspitzen. Wer wirklich Frieden will, muß den Dialog suchen.



stan, und einen Sprecher des kurdischen Exilparlaments.

Dann ging die Fahrt nach Kiel, wo am späten Nachmittag noch Flugblätter und Infomaterial verteilt wurde.

Am nächsten Morgen übergab die Busdelegation im Landtag ihre Infomappe an die CDU- und die FDP-Fraktion und sprach mit Vertretern der Grünen und der SPD. Die Grünen kündigten dabei an, einen Antrag auf Aufhebung des Verbots demnächst in den Innenausschuß einbringen zu wollen, die SPD bekundete durch ihren parlamentarischen Geschäftsführer, er wolle in dieser Sache mit dem Innenminister sprechen, und wünschte für die weitere Reise alles Gute.

Am mittag gab es dann in Hamburg vor der Petri-Kirche eine Kundgebung vor ca. 40 Personen, dort sprachen u.a. die PDS-Abgeordnete Ulla Jelpke, die gerade den in Celle auf seinen Prozeß wartenden früheren ERNK-Europasprecher Kani Yilmaz besucht hatte, eine dänische Gruppe erklärte ihre Unterstützung und überbrachte eine Spende. Am Abend folgte eine große Veranstaltung im Gebäude der IHK Hamburg, bei der Prof. Norman Paech, Michael Feney, Kirchenberater aus England, und ein Sprecher des kurdischen Exilparlaments noch einmal das Anliegen der Rundreise und die kurdische Problematik vor ca. 120 Gästen darlegten, mit Diavortrag etc.

Am 5.11. dann Bremen: Kundgebung vor dem Rathaus mit ca. 200 Personen, zumeist Kurdinnen und Kurden. Von deutscher Seite erklärten Barbara Wulf (SPD), Antje Steinberg und Rechtsanwältin Renate Schultz ihre Unterstützung der Forderungen der Rundreise.

Scharfe Polizeischikanen dann am 6.11. in Niedersachsen: Die Kundgebung auf dem Steintorplatz war kurz vor Beginn verboten worden, der Einsatzleiter forderte barsch, die Plakate von den Bussen zu entfernen, sonst werde er sie selbst entfernen und evtl. sogar jede Weiterfahrt unterbinden. Der Bus fuhr zum Landtag, wo die grüne Abgeordnete Heidi Lippmann-Kasten mit der Delegation eine gut besuchte Pressekonferenz durchführte.

Schikanen auch bei der Weiterfahrt nach Celle: Auch hier verlangte die Polizei die Abdeckung oder Entfernung der Plakate, auch wenn der Einsatzleiter nicht erklären konnte, was nun genau an den Plakaten eigentlich seinen Verdacht auf Straftaten weckt ...

Auch in NRW am 7.11. ein kühler Empfang: Beim Landtag war niemand, weder von der SPD noch von den Grünen, für die Delegation zu sprechen, der (palästinensische) grüne Landtagsabgeordnete Hishan Hammid, der noch vor kurzem das Kurdische Festival im Müngersdorfer Stadion in Köln mit organisiert hat, hat sein Mandat vor kurzem niedergelegt. Die Delegation kommt noch nicht einmal in den Landtag hinein, um ihre Informationsmappen den Fraktionen zu überreichen. Ein Sicherheitsbeamter nimmt sie am Eingang in Empfang, er werde sie

weiterreichen ...

In Duisburg dann wieder Infostände und kurze Kundgebung. In Köln am 10.11. empfingen ca. 50 deutsche und kurdische Personen die Busfahrenden auf dem Wallrafplatz. Rechtsanwältin Heike Krause hielt eine mit großem Beifall aufgenommene Rede, in der sie die Politik der Bundesregierung scharf angriff. In Bonn am nachmittag empfing die grüne Bundestagsabgeordnete Angelika Beer die Busfahrenden auf dem Münsterplatz. In ihrer kurzen Ansprache teilte sie ihnen mit, daß die innenpolitischen Sprecher/innen der Grünen in Berlin, Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen in einer gemeinsamen Erklärung an die nächste Innenministerkonferenz am 20./21.11. in Schwerin erneut die Aufhebung des PKK-Verbots gefordert haben. Als eine Art „Mahnwache“ blieben die Busse dann über Nacht vor dem Bundestag stehen. Bei Redaktionsschluß am Dienstag waren die Busse auf der Weiterfahrt nach Frankfurt.

Ermutigende Reaktionen also bisher, aber auch schroffe Ablehnung und anhaltende Polizeischikanen – so die Zwischenbilanz bisher. Immerhin: Die Forderung nach Aufhebung des PKK-Verbots ist durch den bisherigen Verlauf der Aktion bekräftigt worden. rül

Gleiche Rechte für alle!

Reform des völkischen Staatsbürgerschaftsrechts dringend nötig

Von Ulla Jelpke MdB und Katina Schubert

Über sieben Millionen Menschen leben in der Bundesrepublik, die nicht im Besitz eines deutschen Passes sind. Das entspricht etwa 8,8% der Bevölkerung. Es sind ArbeitsmigrantInnen und ihre Kinder und Kindeskinde, Flüchtlinge, AsylbewerberInnen. Sie unterliegen einer Reihe von Sondergesetzen, werden lediglich als „Gäste“, als Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse behandelt, unabhängig davon, wie lange sie hier leben, ob sie hier geboren und aufgewachsen sind, warum sie hier leben, daß sie entscheidend zum hiesigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wohlstand beitragen.

Auf ihrem Rücken und über ihre Köpfe hinweg tragen die Regierungsparteien mit der gegenwärtig laufenden unwürdigen Debatte um die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts ihre koalitionsinternen Zwistigkeiten aus. Die Hoffnungen und berechtigten Forderungen vieler Migrantinnen und Migranten und ihrer Interessengruppen, endlich einen erleichterten Zugang zur Staatsbürgerschaft ihres Wohnsitzlandes zu bekommen, ohne deshalb ihre Geburtsstaatsangehörigkeit abgeben zu müssen, werden

durch dieses Spiel mit Füßen getreten. Eine Minderheit in der Union und die FDP spielen mit dem Gedanken eines fraktionsübergreifenden Gruppenantrags, obwohl sie wissen, daß sie ihn gegen den Willen von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) und die Führung der Unionsfraktion nicht einbringen werden. Denn die Koalition soll an der Staatsbürgerschaftsfrage nicht scheitern, versichern die FDP-Oberen unisono, und die Unionsminderheit namens Junge Wilde wird es letztlich auch nicht wagen, sich offen gegen den allmächtigen Parteichef Helmut Kohl zu stellen.

Die PDS wird, sollte er dennoch zustandekommen, einen fraktionübergreifenden Antrag unterstützen, wenn er hier geborenen und aufgewachsenen Kindern von niedergelassenen EinwanderInnen automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit zugesteht, wenn Mehrfachstaatsangehörigkeiten unbürokratisch hingenommen werden und wenn die Freiheiten für Anspruchseinbürgerungen deutlich verkürzt werden.

Die deutsche Staatsangehörigkeit ist derzeit die einzige Möglichkeit, mit allen Rechten ausgestattet in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland zu leben. CDU, CSU und damit die Mehrheit der Bundesregierung bemühen sich nach Kräften, den deutschen Paß auch weiter nur Auserwählten vorzubehalten.

„Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland; sie strebt nicht an, die Anzahl der deutschen Staatsangehörigen gezielt durch Einbürgerung zu vermehren“, heißt es in den Einbürgerungsrichtlinien der Innenminister von Bund und Ländern.

Das Staatsbürgerschaftsrecht der Bundesrepublik gründet auf preußischem Blutsrecht, dem ius sanguinis. Grundlage ist das Reichs- und Staatsangehörigkeitsrecht (RuStaG) von 1913. Die Nationalsozialisten haben dieses Gesetz 1934 im Sinne ihrer rassistischen Ideologie verändert. Diese Änderungen wurden zwar nach der Befreiung vom Faschismus zurückgenommen, das Grundprinzip, das ius sanguinis, blieb jedoch bestehen. Deutscher im Sinne des Grundgesetzes ist überdies, „wer als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als Ehegatte und Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stand vom 31.12.1937 Aufnahme gefunden hat.“ (Artikel 116 Abs. 1 GG). Damit hat der völkische Charakter des bundesdeutschen Staatsbürgerschaftsrechts Verfassungsrang.

Neben der „deutschen Geburt“ gibt es die Möglichkeit, die deutsche Staatsbürgerschaft durch Einbürgerung zu erwerben. Doch dafür gelten strenge Voraussetzungen. Einen Anspruch auf Einbürgerung haben nach dem Ausländergesetz 1991 junge AusländerInnen, die ihren Antrag nach dem 16. und vor dem 23. Lebensjahr stellen, sich seit acht Jahren rechtmäßig in der BRD aufzuhalten, über eine Aufenthaltserlaubnis oder -befugnis

verfügen, sechs Jahre lang in der BRD eine Schule besucht haben und nicht wegen einer Straftat verurteilt wurden. Ihre alte Staatsangehörigkeit müssen sie abgeben. Ähnliches gilt für AusländerInnen, die sich seit mindestens 15 Jahren hier aufhalten. Auch sie müssen ihren alten Paß abgeben, dürfen keine Straftaten begangen haben und müssen ihren Lebensunterhalt eigenständig bestreiten.

Einbürgerungswillige MigrantInnen, die nicht diese Voraussetzungen erfüllen, sind auf das Ermessen der Ausländerbehörden angewiesen. Sie müssen den Einbürgerungsrichtlinien zufolge „eine freiwillige und dauernde Hinwendung zu Deutschland, Grundkenntnisse unserer staatlichen Ordnung und ein Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ nachweisen. Dem „deutschen Kulturreis hingewendet“ habe sich indessen nicht, wer in einer politischen ImmigrantInnenorganisation tätig ist.

Der Mindestaufenthalt für die Ermessenseinbürgerung beträgt in der Regel zehn Jahre, dabei wird der Aufenthalt „vorwiegend unter Ausländern, z.B. in Ausländerwohnheimen“, meist nicht anerkannt.

Mit Deutschen Verheiratete, Asylberechtigte, anerkannte Flüchtlinge und Personen, deren Einbürgerung von „herausragendem öffentlichem Interesse“ ist, etwa SportlerInnen, können nach Ermessen eingebürgert werden. In jedem Falle müssen sie ihre alte Staatsbürgerschaft niederlegen.

Die PDS fordert über kurzfristige Verbesserungen mittels eines Gruppenantrags ein Niederlassungsrecht für alle MigrantInnen und Flüchtlinge, die ihren Lebensmittelpunkt in der BRD gewählt haben. Dieses Niederlassungsrecht schließt explizit aus, daß diese Menschen wegen hier begangener Straftaten abgeschoben werden. Es schließt das allgemeine Wahlrecht für hier lebende MigrantInnen und Flüchtlinge unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit ein. Niemand darf gezwungen werden, die deut-

sche Staatsbürgerschaft anzunehmen, um sein demokratisches Recht auf Wahlteilnahme ausüben zu dürfen. Dafür muß das Grundgesetz entsprechend geändert werden. Wer sich dauerhaft in der BRD niedergelassen hat und die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen möchte, muß freien Zugang zu ihr haben. Die PDS tritt deshalb für eine deutliche Verkürzung der Anspruchsfisten ein und für die Möglichkeiten von Doppelstaatsbürgerschaften. Sie fordert überdies die Abschaffung des völkischen Charakters des deutschen Staatsbürgerschaftsrechts. Hier geborene Kinder sollen automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft verliehen bekommen, unabhängig von der Paßfarbe ihrer Eltern. Der Ausschluß Nicht-Deutscher vom demokratischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß ist aufzuheben.

Ulla Jelpke ist innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsgruppe, Katina Schubert ist Mitarbeiterin der Bundestagsgruppe.

Herzog redet für „Bildungsreform“

Weg von Humboldt, hin zu Tietmeyer

Von Horst Bethge

Die Berliner Hochschulen luden zur Bildungsreform. 1.500 Interessierte kamen – und der Bundespräsident Herzog. Die leitmotivische Eröffnungsrede hielt Prof. Wolf Lepenies (Rektor des Wissenschaftskollegs), betitelt „Außenpolitik der Ideen – von der Westbindung zur Weiterbildung“. Sie setzte den Rahmen: „Mit Hilfe seiner Bildungspolitik konnte Preußen Staat machen, siegreiche Schlachten schlagen und schließlich ein Reich gründen: Die Franzosen sahen im preußischen Schulmeister den eigentlichen Sieger von Sedan und kopierten das deutsche Bildungswesen bis in die De-

tails“, so Lepenies. Trotz Ablehnung der „militanten Überheblichkeit“ durch Lepenies würde er gerne an dieser Tradition anknüpfen: „Es besteht heute kein Anlaß mehr, aber es gibt auch keinen Grund zu Nostalgie oder Zerknirschung“ (zit. nach FAZ, 6.11.97). Und dann legte der Bundespräsident Herzog los. Er rief dazu auf, „einen neuen Aufbruch zu wagen“ und den Diskurs „über das Megathema Bildung“ zu beginnen. Ganz im Duktus und Stil der 80er Jahre der berüchtigten Initiative „Mut zur Erziehung“ versuchte er sich im folgenden daran, „Tabus zu knacken, Irrwege abzubrechen und falsche Mythen zu beseitigen“. Er wärmte alte Begabungstheorien auf, lobte das Praktische, diffamierte Berichtszeugnisse und Lernfortschrittsberichte als „Kuschelecken“, plädierte für Religionsunterricht in der Schule (ohne allerdings Ethikunterricht oder LER als Irrweg zu erwähnen), verbannte sozialpädagogische und soziale Bemühungen wieder aus der Schule, wetterte gegen Schulbürokratie und ermunterte die Privatisierer auch im Bildungsbereich. Groß stellte er die Verantwortung des Einzelnen heraus – über den Bildungsauftrag des Staates schwieg er. Infolgedessen brandmarkte er anschließend die Lehrer und Schüler als unflexibel, die Eltern als verantwortungslos, die Lehrstellenbewerber als hochprozentig ausbildungsunfähig („weil ihnen die erforderlichen Kenntnisse im Lesen, Schreiben und Rechnen fehlen“ – O-Ton Herzog!) und die Hochschulabsolventen als teilweise praxisuntauglich. Alle sind Schuld an der Bildungskrise, nur nicht Politiker, Landesregierungen, Unternehmer.

Sodann skizzierte Roman Herzog seine Vorstellungen von der Schule der Zukunft, die er mit sechs Eigenschaften versehen wissen will: Disziplin und Respekt („Verlässlichkeit, Pünktlichkeit und Disziplin“); Praxis und Konzentration, Sprachen erschließen die Welt, Gut ist gut und schlecht ist schlecht, Freiheit und Wettbewerb, Zeitverschwendungen. Diese seine Bildungsvisionen verraten – pein-

Datenschutzbeauftragte zu Europol & Lauschangriff

Nach ihrer 54. Konferenz am 23./24. Oktober in Bamberg gaben die Datenschutzbeauftragten von Bund und Ländern die folgende Erklärung ab:

Zu **Europol** wurden bei Anerkennung der Notwendigkeit des grenzüberschreitenden Datenaustausches zur Verbrechensbekämpfung die strukturellen Defizite der mangelnden parlamentarischen und fachlichen Kontrolle durch Gerichte und Staatsanwaltschaften erörtert. Kein Verständnis bestand für die Immunitätsregelungen, die bei möglichen zukünftigen Exekutivbefugnis-

sen besonders problematisch sind. Besondere Aufmerksamkeit verdienen auch die sogenannten Analysedateien, in denen unter bestimmten Umständen höchst sensible Daten über z.B. religiöse Überzeugungen, sexuelle Gewohnheiten auch von Nichtbeschuldigten gespeichert werden können.

Zum sog. **großen Lauschangriff** wurde mit Genugtuung festgestellt, daß wichtige Forderungen der Datenschutzkonferenz – unabhängig von der weiter bestehenden grundsätzlichen Ablehnung durch eine Reihe von Datenschutzbeauftragten – in die Gesetzentwürfe übernommen wurden, wie z.B. die Festlegung im Grundgesetz, daß grundsätzlich ein Richterkollegium über den Einsatz entscheiden muß, und

der Forderung, daß die Bundesregierung jährlich dem Deutschen Bundestag Bericht erstatten muß. Massiv kritisiert wurde, daß das Zeugnisverweigerungsrecht von Berufsgeheimnisträgern wie Ärzten, Rechtsanwälten und Priestern nicht sichergestellt ist und daß der Straftatenkatalog, der die Anwendung des großen Lauschangriffs ermöglicht, weit über die Grenzen hinausgeht, die von der Datenschutzkonferenz gefordert wurden, nämlich die Begrenzung auf schwerste Straftaten. Hier muß noch erheblich nachgebessert werden. Weiter wurde die Begriffswahl „Gangsterwohnungen“ scharf kritisiert, mit der verdeckt wird, daß nach den Gesetzentwürfen auch die Wohnungen von Nichtbeschuldigten abgehört werden können.



lich, peinlich – daß er von der Bildungswirklichkeit schlichtweg keine Ahnung hat – oder genauer: daß er die Realität selektiv wahrnehmen will, um sie in seinem Sinne zu verändern. So, wenn er Englischunterricht schon an der Grundschule fordert – als wenn es das nicht schon längst gäbe, zwar nicht überall, aber schon immer öfter. Und auch Französisch oder Russisch. Oder, wenn er zur Ausbildungsplatznot nur zu sagen weiß, daß 15% der Ausbildungsplatzsuchenden nicht ausbildungsfähig seien. Natürlich redet er der Elitebildung das Wort. Ein Viertel seines Redetextes ist ohnehin den Hochschulen gewidmet, die Hauptschule wird mit einem Satz abgehandelt, der zudem schlicht falsch ist: „Die Hauptschule darf nicht immer mehr zur Restschule verkümmern“ (Bekanntlich gibt es sie in den Ländern Sachsen, Saarland, Thüringen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt gar

nicht mehr, in den anderen ist sie längst Restschule!). Dennoch erklärt Herzog das gegliederte Schulwesen für vorbildlich. Nur: In allen Industriestaaten (außer in der BRD, in Österreich und in Deutsch-Schweiz) findet man das gerade nicht und hat ein einheitliches Schulwesen mindestens bis Klasse 8. Daß er weiß, wovon er spricht, belegt, daß er bereits vor zwei Jahren auf dem Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaften in Halle gegen die Chancengleichheit gewettet hat. Er ist also hier Überzeugungsträger. Plädiert er doch für mehr Differenz, mehr Wettbewerb, mehr Unterschiede – und eine stärkere Selektion, bis hin zum berüchtigten „Ranking“, also der Einstufung der Schulen nach Rängen. Die ganze Rede ist ein programmatisches Plädoyer für radikale Auslese, für Eliminierung der sozialen Ausgleichsfunktion des Bildungswesens, für Elitebildung für den Standort Deutschland, für drastische Rationalisierung („Daher sind alle Seiten gefordert, mit der Zeitverschwendungen Schluß zu machen“), für den marktradikalen Umbau des Bildungswesens nach betriebswirtschaftlichen Prinzipien (was besonders deutlich wird an dem Abschnitt „Freiheit und Wettbewerb“, in dem er alle Elemente des Neuen Steuerungsmodeells referiert, ohne allerdings dessen

Sprache zu benutzen). Es wird deutlich: Hier will der Bildungsbürger weg von Humboldt, hin zu Tietmeyer, und zwar unter Vermeidung der modernistischen Begriffe wie „output“, „controlling“ oder „Kundenorientierung“.

Interessant, was bei Herzogs Schule der Zukunft gänzlich fehlt: Demokratisierung, erweiterte Mitbestimmung der Betroffenen, politische Bildung, Stärkung der Zivilcourage, Bildung ökologischen und historischen Bewußtseins, Erziehung zum kontroversen und vernetzten Denken und zur Kreativität, ästhetische und musicale Erziehung, Erlernen von Interessenwahrnehmung und Kritikfähigkeit. Zu Recht hat die *Frankfurter Rundschau* die „platten Urteile, Stammtischparolen“ moniert. Aber es hieße Herzog und die neoliberal-konservative Führungsschicht unterschätzen: Die Mischung aus Allgemeinplätzen, reaktionärer Deutung und Zielsetzung im Namen grundlegender Reformen ist gefährlich. Sie knüpft an dem vorhandenen Reformdruck an, biegt ihn aber um. Herzogs Satz: „Mit kosmetischen Korrekturen ist es da nicht getan“, kann ich nur voll zustimmen. Nur, ich plädiere für Demokratisierung der Bildung, für demokratische Reformen, Herzog für konservative Reformen. Dennoch: Die Linke sollte den Ball aufnehmen, auch und verstärkt über das neue „Megathema“ Bildung mitreden, sonst schaffen die Rechten die schon länger angestrebte „geistig-moralische Wende“ in absehbarer Zeit.

Horst Bethge, Lehrer in Hamburg, ist bildungspolitischer Sprecher der PDS.

Offener Brief an die Bundesregierung zum EU-Beschäftigungsgipfel:

„Verlassen Sie das Bremserhäuschen ...!“

Ein Kreis von Gewerkschafter/innen, Grünen, Sozialisten – Grüne im EU-Parlament, Bundesbüro Euromarsch, PDS, Abgeordnete von PDS, Grünen und SPD im Bundestag, DGB, IG Metall, Gewerkschaft Holz-Kunststoff, Jusos, Memorandum-Gruppe – verbreitet über das Bonner Büro des grünen EU-Abgeordneten Frieder O. Wolf folgenden offenen Brief an die Bundesregierung:

Auf Druck der neuen französischen Regierung findet am 20. und 21.11.97 ein EU-Sondergipfel zur Beschäftigungspolitik in Luxemburg statt. Vor dieser Veranstaltung ist die Beschäftigungslage in der Bundesrepublik weiterhin deprimierend: rund 4,4 Mio. Menschen sind offiziell erwerbslos, etwa 1,1 Mio. Personen befinden sich in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. In den letzten zehn Jahren Ihrer Regierungszeit ist die Zahl der auf Sozialhilfe Angewiesenen um 50% gestiegen. Rund 7,25 Mio. Menschen in der Bundesrepublik leben in Armut. Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung ist auf diese Weise vom Erwerbsleben und häu-

fig auch vom sozialen Leben ausgesperrt. Wer noch Arbeit hat, lebt in ständiger Angst, sie bald verlieren zu können.

Ihre Regierung hat stets verkündet, daß neue Arbeitsplätze von selbst entstehen, wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen. Seit mehreren Jahren entspricht die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland den von Ihnen propagierten Kriterien: stabile Preise, niedrige Zinsen, kometenhaft steigende Unternehmenserträge und moderate Lohnerhöhungen. Ein bemerkenswerter Rückgang der Erwerbslosigkeit ist dennoch nicht festzustellen. Nun sollen flexibilisierte Arbeitsmärkte und niedrig entlohnte Dienstleistungsjobs die Wende am Arbeitsmarkt bringen. Doch in Deutschland ist längst ein großer Niedriglohnsektor entstanden. 1996 gingen nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung bereits 5,4 Mio. Personen einer geringfügig entlohten oder kurzfristigen Beschäftigung nach. Immer mehr gutbezahlte und sichere Arbeitsverhältnisse werden durch

unsichere, niedrig entlohnte Jobs ersetzt. Der erwartete Aufschwung bei den Arbeitsplätzen bleibt aus.

Sie haben den Erwerbslosen und Armen im erzwungenen „kollektiven Freizeitpark“ in mehreren Schüben ihre Einkommensquellen gekürzt und die Bezugsbedingungen verschärft. Sie haben insbesondere bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Ostdeutschland drastisch den Rotstift angesetzt und so dazu beigetragen, daß zusätzliche Menschen erwerbslos wurden.

Obwohl die Bilanz Ihrer neoliberalen „Beschäftigungspolitik“ damit vernichtet ausfällt, mahnen Sie andere europäische Regierungen in schulmeisterlicher Manier, die Finger von öffentlich geförderter Beschäftigung zu lassen. Auf europäische Ebene haben Sie beschäftigungspolitische Fortschritte lange blockiert. Innovative Ansätze im Weißbuch der Europäischen Kommission „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ von 1993 wurden aufgrund Ihres Widerstands nicht im erforderlichen

Umfang umgesetzt. Beim Amsterdamer EU-Gipfel haben sie dafür gesorgt, daß es für beschäftigungspolitische Maßnahmen keine zusätzlichen Finanzmittel in nennenswertem Umfang geben soll. Eine europäische „Beschäftigungspolitik“ der feierlichen Erklärungen und papiernen Resolutionen wird jedoch keine praktischen Erfolge vorweisen können.

Als UnterstützerInnen des „Europäischen Aufrufs vor Vollbeschäftigung“ treten wir dafür ein, die Politik der Europäischen Union auf die Schaffung eines neuen Gesellschaftsvertrags auszurichten. Dieser beinhaltet sozial und ökologisch verträgliches Wirtschaften, das Recht auf Arbeit für alle Frauen und Männer und eine gerechte Einkommensverteilung zwischen allen EinwohnerInnen. Dies erfordert neue Modelle der Arbeitszeitverkürzung und Schritte zu einer gleichen Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Männern und Frauen. Wir erinnern an den Beschuß des Europäischen Rates 1994 in Essen, die Chancengleichheit von Frauen in allen Bereichen im Rahmen einer europäischen Beschäftigungsstrategie durchzusetzen. Diesem feierlichen Versprechen müssen endlich Taten folgen!

Wir fordern Sie auf, das Bremserhäuschen im europäischen Geleitzug zu verlassen und Fortschritte bei einer verbindlichen, nachhaltigen europäischen Beschäftigungspolitik zu ermöglichen. Wir sind uns mit der luxemburgischen Ratspräsidentschaft einig: Wir wenden uns ebenso gegen alle Versuche, Erwerbslosigkeit mit staatlich verordneter Zwangsaarbeit nach dem Muster der US-amerikanischen „Workfare“-Programme zu bekämpfen. Eine europäische Strategie für Vollbeschäftigung muß das Europäische Sozialmodell bewahren und auf freiwillige und frei gewählte Arbeitsplätze setzen.

Wir wenden uns gegen alle Versuche, Arbeit gegen Umwelt auszuspielen und Arbeitsplätze zu schaffen, die das ökologische Gleichgewicht weiter schädigen. Wir müssen vielmehr das „Wachstum ohne Arbeitsplätze“ in Europa auch durch nachhaltige Investitionen und ökologische Umbauprogramme überwinden. Durch die Ausgabe von EU-Anleihen im Rahmen des Europäischen Investitionsfonds (EIF) kann bisher in Ersparnissen geparktes Kapital in sinnvolle und umweltgerechte Investitionen umgelenkt werden. Weil EU-Bonds in Analogie zu den US-Treasury Bonds (US-Staatsanleihen) nicht in die Berechnung des Schuldenstands der EU-Mitgliedstaaten eingehen, wird es so für die Mitgliedstaaten leichter, die Maastricht-Kriterien ohne Austeritätspolitik zu erfüllen.

Wir begrüßen den Vorstoß des luxemburgischen Ministerpräsidenten Jean Claude Juncker, die „Maastricht-Methode“ auch auf die Beschäftigungspolitik anzuwenden. Es müssen verbindliche gemeinsame Ziele zum Abbau der Erwerbslosigkeit festgelegt und quantifi-

Was passiert in Luxemburg um den Beschäftigungsgipfel der EU?

Auf einer Sitzung am 6.10. hat sich die Koordination von Gewerkschaften, NGO's und Initiativen zur Vorbereitung alternativer Aktivitäten zum Luxemburger Beschäftigungsgipfel entschieden:

- keinen „Alternativgipfel“ in Luxemburg zu veranstalten;
- eine kurze Plattform zu verabschieden, auf deren Grundlage für die Demonstration am 20. November geworben wird;
- statt dessen eine Veranstaltungsreihe mit dem Titel „Rencontres pour une autre Europe“ (auf deutsch etwa: „Treffen für ein anderes Europa“) mit verschiedenen Einzelveranstaltungen anzubieten.

Die gemeinsame Plattform und die Veranstaltungsreihe werden unterstützt von: Verein „Amis du Monde Diplomatique“, ASTI, ASTM, CID-Femmes, Centre Pastoral en Monde du Travail, Luxemburgisches Euromarsch-Komitee, Forum Guernica, Imagine und Mouvement Ecologique.

Ohne Gewähr hier die Liste der bisher feststehenden Veranstaltungen im

Umfeld des Beschäftigungsgipfels (Veranstalter in Klammern):

- Mittwoch, 12.11.: Konferenz „Trauma im Exil“ (Letzebuerger Flüchtlingsrot)
- Freitag, 14.11.: Kolloquium „Welche Alternativen für Europa?“ (Guernica, Amis du Monde Diplomatique)
- Samstag, 15.11.: Seminar zur Integrationspolitik gegenüber AusländerInnen (CLA)
- Sonntag, 16.11.: Interkulturelles Fest mit dem Flüchtlingen (Letzebuerger Flüchtlingsrot, Gemeinde Betzdorf)
- Mittwoch, 19.11.: Konferenz „Arbeit und Umwelt“ (Mouvement Ecologique, Guernica)
- Donnerstag, 20.11.: Demonstration des EGB in der Stadt Luxemburg, unterstützt von der französischen CGT und den Euromärschen; am Abend ist eine Veranstaltung des Euromarsch mit Diskussion und Kulturprogramm geplant.
- Freitag, 21.11.: Gipfel der Frauen (mit ganztägigen Arbeitsgruppen und Kulturveranstaltung am Abend (Luxemburger Frauenbündnis, European Womens Lobby).

Weitere Infos: Claude Turmes, Mouvement Ecologique, 6, rue Vauban, L-4773-Luxemburg, Fax 00352-422242.

ziert werden. Regelmäßig muß geprüft werden, ob sie erreicht wurden. Sofern dies einem Mitgliedstaat nicht gelingt, muß er mit geeigneten Maßnahmen für Abhilfe sorgen. Die Halbierung der Erwerbslosigkeit in einem Zeitraum von 7 Jahren wurde schon im Weißbuch der Europäischen Kommission von 1993 gefordert. Die Europäische Kommission fordert nun, 12 Millionen neuer Jobs in drei Jahren zu schaffen. Der Beschäftigungsgipfel muß diese Vorschläge aufgreifen und die Mitgliedsstaaten darauf verpflichten, in einem Zeitraum von 5-7 Jahren ihre Erwerbslosenquoten zu halbieren und flankierende Programme zur Bekämpfung der Armut einzuführen. ...

Europäische Beschäftigungspolitik braucht zudem eine dauerhafte Programmatik als Leitfaden für die Aktivitäten der Mitgliedsstaaten. Wir fordern ein Europäisches beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm auf mehreren Ebenen:

- Vorrangig muß umweltverträgliche Beschäftigung gefördert werden. Dies gilt insbesondere für beschäftigungswirksame Maßnahmen im Rahmen der Struktur- und Kohäsionsfonds. Der EU-Gipfel von Amsterdam hat die Europäische Investitionsbank gebeten, „ihre Interventionsmöglichkeiten in den Bereichen Bildung, Gesundheit, städtische Umwelt und Umweltschutz zu prüfen“. Wir fordern, daß die EIB ihre beträchtlichen Reserven vorrangig für Projekte in diesen Bereichen mobilisiert.

• Wir brauchen Schritte zur Harmoni-

sierung von Arbeitszeitverkürzung in der Privatwirtschaft und dem Öffentlichen Dienst mit dem Konvergenzziel einer maximalen Jahresarbeitszeit von 1.400 Stunden. Für die Beschäftigten und ihre Interessenvertretungen muß das Recht garantiert sein, über Lage und Verteilung der Arbeitszeit mitzubestimmen und zu verhandeln. Verkürzte Arbeitszeiten sollen durch finanzielle Anreize gefördert werden.

• Wir brauchen Maßnahmen zur Entwicklung eines „Dritten Sektors“ der Sozial- und Solidarwirtschaft mit EU-weiten Standards für diesen Bereich, die normale tarifliche Bezahlung und volle soziale Sicherheit einschließen.

• Wir brauchen Initiativen zur Entwicklung des spezifischen Beschäftigungspotentials des Öffentlichen Dienstes in Abstimmung mit den öffentlichen ArbeitgeberInnen-, ArbeitnehmerInnen- und Erwerbslosenorganisationen.

• Wir fordern die Ernennung einer Europäischen Kommissarin für Beschäftigung und einer „Task Force“ für Vollbeschäftigung, in der alle RepräsentantInnen aller Partner des gesellschaftlichen Dialogs unter Einschluß der Erwerbslosenorganisationen vertreten werden.

Wir begrüßen die Initiative des Europäischen Gewerkschaftsbundes zu einer Demonstration in Luxemburg und rufen dazu auf, gemeinsam mit Gewerkschaften und Initiativen für eine nachhaltige europäische Beschäftigungspolitik Druck zu machen. ...
(aus Platzgründen geringfügig gekürzt)

Ein Jahr nach dem zweiwöchigen Streik der LKW-Fahrer vom November 1996, der Frankreich an den Rand allgemeinen Benzinmangels und den Fernfahrern Erfolge in der Verbesserung ihrer katastrophalen Arbeitsbedingungen (u. a. die Rente ab 55 Jahren, was sie mit den Eisenbahnern gleichstellt) gebracht hatte, fand Anfang November ein erneuter Arbeitskampf der Transportarbeiter statt. Dieses Mal war er von kürzerer Dauer, nach fünf Tagen war alles vorbei. Ein Rückblick auf die erste „Bewährungsprobe“ der französischen Linkskoalition in Hinsicht auf soziale Bewegungen.

Worum ging es? Im Kern des Streits zwischen abhängig Beschäftigten und Unternehmern der Transportbranche stand die Frage der Bezahlung der Arbeitsstunden. Der LKW-Transport stellt einen extremen Niedriglohnsektor dar: für 39 Wochenstunden, was der normalen gesetzlichen Arbeitszeit Lohnabhängiger entspräche, verdient ein Fahrer zu Beginn seiner Tätigkeit netto 4.997 Francs (1.482 DM) monatlich. Nach 15 Jahren Beschäftigungsdauer sind es 5.327 Francs (1.580 DM) netto. Im Gegenzug sind die Arbeitszeiten extrem lang; statt der normalen gesetzlichen Arbeitsdauer von 169 Stunden im Monat – was der 39-Stunden-Woche entspricht – arbeiten die Fahrer mitunter bis zu 230, ja 240 Stunden monatlich. Die Gewerkschaften forderten eine Erhöhung der Löhne auf 10.000 Francs (knapp 3.000 DM) pro 200 Arbeitsstunden. Dieselbe Forderung war bereits beim Fahrerstreik im November 1996 erhoben worden. Damals wurde errechnet, daß eine entsprechende Bezahlung einer Lohnerhöhung um durchschnittlich 23 Prozent für die Beschäftigten entspräche. In der Folge der 1996er Streikbewegung hatten die Unternehmer der Branche, neben fünf vertraglich vereinbarten Zugeständnissen (Rente ab 55, Anerkennung des Rechts auf Gewerkschaftsbildung, die Senkung der Zahl unbezahlter Krankheitstage von zehn auf fünf) auch eine Erhöhung der Löhne zugesagt. Doch dieses Versprechen, das am Ausgang des Arbeitskampfs nicht vertraglich fixiert worden war, war nie eingehalten worden. Die normale Lohnentwicklung in der Branche verläuft gegenüber der allgemeinen (inflationsbedingten) Lohnkurve im Lande langsamer: so stiegen die Branchenlöhne zwischen Ende 1995 und Ende 1996 um 1,9 Prozent, der allgemeine Lohnanstieg im Lande betrug 2,2 Prozent. Die Unternehmerschaft der Branche war jedoch zunächst zu einem solchen Modus der Bezahlung geleisteter Arbeitsstunden (10.000 Francs für 200 Stunden) nicht bereit. Statt dessen strebte man an, die Logik einer auf den Zeitraum eines Jahres berechneten Entlohnung durchzusetzen; der Verband der Transportunternehmer stellt derzeit das Angebot von 107.000 Francs (31.750 DM) im Jahr auf. Diese Logik der jährlichen Berechnung der Arbeitszeit (annualisation) ist bei der Unternehmerschaft

aktuell sehr in Mode gekommen und erlaubt die fast totale „Flexibilität“ der Arbeitskräfte: je nach Auftragslage des Betriebes läßt man die Beschäftigten während der einen Woche weit über die wöchentliche Durchschnitts-Arbeitszeit hinaus arbeiten, während anderer Wochen – bei geringer Auslastung des Betriebs – hingegen unterschreitet man die durchschnittliche Arbeitszeit. Der Anteil der auf diese Weise bezahlten Beschäftigten (aller Branchen) stieg in Frankreich von 13,3% (1993) auf 16,6% (1996). Es ist stark zu befürchten, daß die durch die Ergebnisse des „Sozialgipfels“ vom 10. Oktober auf Betriebs- und Branchebene verlagerte Verhandlung über die Modalitäten der Einführung der 35-Stunden-Woche eine deutliche Auswei-

bands CNPF, in dem die UFT Mitglied ist. Trotz der abzusehenden Vorteile, welche die Unternehmerschaft bei den Verhandlungen um die Einführung der 35-Stunden-Woche herauszuschlagen versuchen wird („Mäßigung“ der Lohnentwicklung auf Jahre hinaus, Flexibilisierung der Arbeitszeiten), haben Teile des CNPF nämlich „aus Prinzip“ einen harten Oppositionskurs gegen die Verpflichtung zur 35-Stunden-Woche eingeschlagen, weil man sich von der Politik grundsätzlich nichts vorschreiben lassen will. Die harte Konfliktlinie der UFT erklärte sich also vermutlich aus einem Obstruktionskurs heraus, der die Kraftprobe suchte. Eine minoritäre Unternehmervereinigung, die UNOSTRA, schloß hingegen am Wochenende des 1./2. November einen Vertrag mit



Bild: Protestmarsch von LKW-Fahrern während des Streiks bei Bordeaux

Frankreich

Schnelles Ende des Transportarbeiterstreiks

Von Bernhard Schmid (Paris)

tung der annualisation bringen wird. Der Regierungsentwurf als Ergebnis des „Sozialgipfels“ spricht jedenfalls davon, die Beschäftigten müßten für die 35 Stunden Zugeständnisse bei der Lohnpolitik und bei der „Organisation der Arbeitszeit“ machen, was klar in diese Richtung deutet.

Am Wochenende des 1./2. November platzten die Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und dem größten Unternehmerverband der Transportbranche, der UFT, die seit Tagen eine „Politik des leeren Stuhles“ praktizierte. Einige Stimmen, etwa die Gewerkschaft FO, vermuteten hinter der harten und verhandlungsunwilligen Haltung der UFT eine Strategie des nationalen branchenübergreifenden Unternehmerver-

den Gewerkschaften (ohne die CGT), der die Bezahlung von 10.000 Francs für 200 Arbeitsstunden enthielt. Dies widerlegte auf einfache Weise das in den Streiktagen häufig wiederkehrende Gejammer, wonach die kleineren Transportbetriebe eine solche Lohnerhöhung nicht verkraften könnten: die UNOSTRA vertritt ausschließlich kleine und mittelständische Unternehmen, während die Großen der Branche in der UFT zu finden sind. Das Abkommen mit der UNOSTRA wies freilich gravierende Schwachpunkte auf. So schweigt dieses, wo es von Lohnerhöhungen auf 10.000 Francs für 200 Stunden spricht, sich völlig über die Prämien aus, die in der Praxis einen bedeutenden Teil des Lohns der Fahrer ausmachen – was den Unternehmern ermögli-

chen würde, einen Teil der Erhöhungen durch Einberechnung der Prämien in den Lohn zurückzunehmen, wie die Zeitung *Le Monde* (9./10. November) anmerkt.

Die Konfliktlinien ließen sich jedoch nicht lange aufrechterhalten, und die Pressionen von mehreren Seiten waren extrem stark, dem Arbeitskampf ein rasches Ende zu setzen. Drei Faktoren trugen maßgeblich dazu bei, daß dem Konflikt 1997 ein rascheres Ende gesetzt wurde als dem von 1996. Erstens entfalteten die Fahrerstreiks und Straßenblockaden (sog. „Filterblockaden“: Privatfahrzeuge durften durch, LKWs nicht) sehr viel rascher ihre Wirkung als vor einem Jahr. Zeichnete sich 1996 nach etwa einer Woche ein allgemeiner Benzinmangel im Lande ab, so war diese Situation 1997 bereits in den ersten zwei Tagen des Arbeitskampfes erreicht. Der Grund dafür war die massive Hortung von Benzin durch Privatpersonen, die aus Furcht vor einer Wiederholung der Ereignisse des Vorjahres Hamsterkäufe durchführten, als der Streikausbruch sich abzeichnete. Staatliche Stellen gingen ihrerseits nach kurzer Zeit dazu über, Rationsmaßnahmen anzuordnen. Sodann war der politische Druck auf die Konfliktparteien in diesem Jahr von Anfang an sehr viel höher, der eine rasche Beendigung des Konflikts forderte. Das gilt sowohl für die europäischen Institutionen und die Nachbarländer Frankreichs, wobei in beiden Fällen die britische Labour Party eine Vorreiterrolle bei den Streikfeinden spielte (sie stellt den europäischen Transportkommissar Neil Kinnock, der Paris mit Sanktionen und Geldstrafen drohte, wenn der Streik nicht rasch unter Kontrolle gebracht sei), als auch für die französische Regierung Jospin. Das konservative Vorgängerkabinett Juppé hatte im Vorjahr die Ausweitung des Streiks und der Straßenblockaden relativ passiv und hilflos hingenommen, was wohl daran lag, daß es keine andere Wahl hatte. Einer Vielzahl sozialer und politischer Protestbewegungen in unterschiedlichen Bereichen ausgesetzt, stand die Juppé-Regierung zu jener Zeit bereits hoffnungslos in der Defensive. Die rosa-rot-grüne Koalition unter Lionel Jospin war dieses Mal von Anfang an energischer gegenüber den Streikenden. So erklärte die Regierung, sie werde zwar Straßenblockaden tolerieren, aber 18 „neurägische Punkte“ (es blieb geheim, welche) durch Polizeikräfte freihalten. Mutmaßlich waren damit etwa Raffinerien und ähnliche Zentren der Produktion anvisiert. Bereits in den ersten Tagen räumte Polizei die blockierten Übergänge an der deutschen Grenze, an der Strasbourger Europabrücke (zwei mal) sowie an der spanischen Grenze. Zugleich versuchte das Kabinett, auf beide Seiten massiv Druck auszuüben: man preßte natürlich die UFT, an den Verhandlungstisch zurück, aber KP-Transportminister Jean-Claude Gayssot suchte – so der Chef der FO-Fernfahrer Roger Polet-

ti – auch auf die Gewerkschaften Druck auszuüben, damit sie das von der UNOSTRA mitunterschriebene Abkommen akzeptierten.

Bereits am Freitag, den 7. November, war der Streik beendet. Die (sozialdemokratisch orientierte) Gewerkschaft CFDT sowie die kleine CFE-CGC, Vertretung der höheren Angestellten, hatten ihre Unterschrift unter ein Abkommen gesetzt, das nunmehr auch von der UFT mitgetragen wurde und bis auf minimale Abweichungen identisch ist mit dem Abkommen, das eine Woche zuvor mit der UNOSTRA geschlossen worden war. Es bleiben die Fragen etwa bezüglich der Einberechnung der Prämien in den Lohn, welche die Erhöhungen konterkarieren würde, offen, das Ziel von 10.000 Francs für 200 Arbeitsstunden wird erst für den Herbst des Jahres 2000 anvisiert. Die beiden anderen großen Gewerkschaftsbünde CGT (KP-nahe) und FO („unpolitisch“-reformistisch) lehnten das Abkommen scharf ab, waren sich aber darüber bewußt, daß sie gegen die CFDT – die von Anfang an eine starke Rolle in den Straßenblockaden gespielt hatten – die Blockade des Güterverkehrs nicht länger durchsetzen konnten. Die CFDT hatte seit Ende der 80er Jahre gezielt im Transportsektor rekrutiert und im Laufe der Jahre eine dominierende Stellung erlangt. Ihre Position wurde durch die Anerkennung des gewerkschaftlichen Organisationsrechts nach dem Streik vor einem Jahr noch gestärkt, die linksliberale *Liberation* (8./9.11.) kommentiert: „Die gewerkschaftliche Organisation hat die Berufsgruppe befriedet“. KP-Transportminister Jean-Claude Gayssot begrüßte das Abkommen und machte den Tarifvertrag durch seine Unterschrift rechtsverbindlich. *Liberation*: „Gestern mußte man sich kneifen, um es zu glauben: ein KP-Minister, CGT-Mitglied (...) plädiert vor der Öffentlichkeit des Landes für das Abkommen zwischen CFDT und UFT.“

Österreich

Briefbomben und AusländerInnenfeindlichkeit

Von Andreas Kollross

Jetzt ist es endlich soweit. Das Bombenhirn ist gefaßt. Die Bajuwarische Befreiungsarmee, die durch Bombenterror und den Mord an vier Roma ein ganzes Land in Angst und Schrecken versetzte (zweites berührte viele schon weniger), ist entlarvt. Ob es sich nun um einen Einzeltäter, oder doch um eine Bande von Verückten handelt, ist nicht so wichtig.

Viel wichtiger ist es, zu betrachten, welche Umstände zum Bombenterror geführt haben. Für die Freiheitlichen (FPÖ) ist bestätigt, was sie ohnehin schon im-

mer wußten. Der Anschlag kam von links, ist doch der mutmaßliche Bombenbauer Sohn eines sozialdemokratischen Gemeinderates in Gralla. Hierzu ist anzumerken, daß die Freiheitlichen anscheinend wieder die Sippenhaftung einführen wollen. Denn nichts anderes ist die Argumentation von Stadler. Dann sollte man/frau allerdings korrekt bleiben und fragen, welcher politischen Richtung die Eltern Haiders entstammen. War der Vater des freiheitlichen „Führers“ nicht Nationalsozialist? Gilt dann hierfür nicht das selbe, was für Fuchs gelten soll? Auch wenn Aussagen Haiders oftmals keine Berührungsangst mit der politischen Vergangenheit seines Vaters haben, wie z.B. die ordentliche Beschäftigungspolitik im Dritten Reich, so ist diese Art von Verurteilungen, wie sie die Freiheitlichen momentan gerne hätten, um politisches Kleingeld zu schlagen, eine, die aus einer längst vergangenen Zeit stammt, und deshalb auch nur mehr geschichtlich betrachtet werden sollte.

Vielleicht gilt es zu betrachten, welche politische Richtung die Anschläge hatten. Was stand in den Bekennerbriefen, an welche Personen richteten sich die Briefbombe und der Mordanschlag in Oberwart. Hier ist die Analyse einfach.

Wenn in den Bekennerbriefen von „Tschuschenhäuptlingen“ und „Tschusshendiktatur“ die Rede ist, wenn sich jemand, ob nun ein Geisteskranker, Wirrkopf oder eine Bande von ewig Gestrigern, von AusländerInnen bedroht fühlt, und deshalb zu solchen Taten schreitet, dann ist wohl sehr eindeutig, welches politische Fundament hier zum Ausdruck kommt. Und es ist auch, wenn eins und eins zusammengezählt wird, klar, welche politische Partei hier an vorderster Front für ein Klima gesorgt hat, daß eben Haß und AusländerInnenfeindlichkeit schürt.

Spätestens seit dem im Jahr 1993 eingeleiteten Ausländervolksbegehren der Freiheitlichen sowie den immer wieder aufs neue aufgerechneten Arbeitslosen mit den in Österreich beschäftigten AusländerInnen hat Haider mit seinen Männern in Österreich ein Klima entwickelt, auf welche sich die Bekennerbriefe immer wieder beziehen. Nicht zuletzt deshalb darf Haider als Ziehvater des Rechtsextremismus bezeichnet werden. Nicht zuletzt deshalb dürfen die Freiheitlichen nicht aus der Verantwortung entlassen werden.

Allerdings, bei aller berechtigten Kritik an der freiheitlichen Haßpolitik, dürfen auch die Bundesregierung und natürlich die kleinformativen Tageszeitungen nicht übersehen werden. Die AusländerInnenpolitik der Bundesregierung, sprich die opportunistische Politik Lüschnaks, die Schlägl nun fortsetzt, hat das ihrige dazu getan. Also genau jener Minister, der nun als Held in diversen Medien gefeiert wird, sollte die derzeitige AusländerInnenpolitik der Bundesregierung überdenken und nicht Politik für

bunte und weniger bunte Tageszeitungen machen.. Solange ein Innenminister seitens der Freiheitlichen als ihr bester Mann in der Regierung gefeiert wird, werden wir immer wieder auf neue den AusländerInnenhaß mit all seinen Auswüchsen sehen und spüren.

A. Kollnoss ist Landesvorsitzender der Sozialistischen Jugend Niederösterreich

Türkei/Griechenland

Streit um Erdöl treibt den Konflikt an

Am Rande der Balkankonferenz auf Kreta fand ein Treffen des griechischen Ministerpräsidenten Simitis und des türkischen Ministerpräsidenten Yilmaz statt, auf dem das äußerst gespannte Verhältnis zwischen den beiden Staaten verhandelt wurde.

Yilmaz verlangte von Griechenland die Aufnahme eines „Dialogs über alle strittigen Fragen“. Simitis erklärte, das einzige, was es zwischen den beiden Staaten zu klären gäbe, sei die Abgrenzung des Festlandsockels in der Ägäis. Die türkische Forderung nach territorialen Ansprüchen bspw. auf die Insel Imea nahe den Meerengen oder auf irgendwelche „Grauzonen“ werde Griechenland nicht verhandeln. Entweder lasse die Türkei solche Ansprüche fallen, oder sie müßten vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag verhandelt werden. Simitis: Dies sei der erste Schritt für eine Verbesserung der Beziehungen. Ohne einen solchen Schritt werde Griechenland sein Veto gegen die Auszahlung der von der Europäischen Union zugesagten Finanzmittel (ca. 1,5 Mrd. DM) an die Türkei nicht aufheben. Weiter forderte Simitis ein Ende der türkischen militärischen Besetzung Nordzyperns.

Einen Tag vor dem Treffen hatte es an der UN-Demarkationslinie auf Zypern wieder einen Schußwechsel gegeben. Eine Woche zuvor hatten türkische F-16-Kampfflugzeuge das Flugzeug des griechischen Verteidigungsminister während einer Inspektion eines griechisch-zypriotischen Manövers auf dem Hin- und auf dem Rückflug zu einer Kursänderung gezwungen. Gleichzeitig begann die Türkei ein Landungsmanöver auf Nordzypern. Der griechische Verteidigungsminister Tsochatzopoulos nannte das Verhalten der Türkei einen Akt, der an den Grenzen des „Kalten Krieges“ liege. Bei dem Zypernkonflikt geht es um die gewaltsame Teilung Zyperns durch die türkische Invasion Mitte der 70er Jahre und die seitherige Stationierung von 30.000 türkischen Soldaten.

Täglich werden zur Zeit Verletzungen des griechischen Luftraums durch türkische Kampfflugzeuge gemeldet. Auch türkische Kriegsschiffe dringen andauernd in griechische Hoheitsgewässer ein. Zum wiederholten Male rammte dabei

ein türkisches Marineschiff ein griechisches.

In den 50er Jahren sind Erdölvorkommen in der Ägäis entdeckt worden. Seitdem zweifelt die Türkei die internationalen Verträge an. Die Verträge regeln, daß der Festlandsockel zu Kleinasien gehören. Ägäische Inseln, die mit dem Festlandsockel verbunden sind, gehören zum türkischen Staatsgebiet, alle anderen zu Griechenland. Seit den 70er Jahren forciert die Türkei diese Auseinandersetzung. Im türkischen Staatsanzeiger vom 1.11.1973 machte die türkische Regierung die Vergabe von Erdölkonzessionen an die türkische Erdölgesellschaft TPAO in 27 Zonen eines zusammenhängenden Gebietes im ägäischen Meer bekannt. Mit einer Kartenskizze erhob die Türkei territoriale Ansprüche auf das zwischen der Türkei und Griechenland gelegene Meerbett. Seither tobt der Streit, ob Griechenland – wie die Türkei und andere Nato-Staaten auch – seine Hoheitsgewässer auf 12 Seemeilen ausdehnt. Damit wäre die Mittelmeerfahrt zu den Meerengen und dem Schwarzen Meer ein griechisches Binnengewässer. Die Türkei erklärte zuletzt 1996, daß eine Ausdehnung der Hoheitsgewässer einer Kriegserklärung nahekomme.

Immer wieder versuchten türkische Firmen, mit Marineunterstützung Erdölböhrungen zu beginnen. Der Streit eskalierte letztes Jahr, als die unbewohnte griechische Insel Imea nahe der Meerengen besetzt wurde und es fast zu einem bewaffneten Konflikt gekommen war. Die Besetzung und somit der Versuch, die territorialen Grenzen zu verschieben, wurde auf Druck der Nato beendet. rub

Iran

Neue Regierung – altes System

100 Tage ist der neue iranische Ministerpräsident Mohammed Chatami nun im Amt. Die kapitalistische Welt setzt Hoffnungen auf gute Geschäfte. Daß aber weiter Unterdrückung und Ausbeutung im Iran herrscht, darauf weisen in diesen Tagen Iraner im Exil hin. Im folgenden, aus Platzgründen gekürzt, ein Aufruf iranischer Exil- und deutscher Unterstützergruppen. (hav)

Wer geglaubt hatte, mit der neuen Regierung würde sich alles ändern, sieht sich nun getäuscht. Der neu gewählte iranische Präsident Chatami hat vor kurzem zugegeben, daß er nicht in der Lage ist, seine Wahlversprechungen einzuhalten, da der Ayatollah Chameini nach wie vor das Votorecht habe ... Das Los der politischen Gefangenen ist nach wie vor unerträglich. Seit Chatami sind sechs Gefangene (Yazdani, Vossoughi, Dadashi, Abassi und Ahmadi und die 26 Jahre alte Studentin Alipur) in den Gefängnissen von Täbris und Shiraz verhungert. Vier wei-

tere Menschen (Frau Behtash, Frau Azati, Herr Amiri und Frau Namazi) wurden in unbekannte Gefängnisse verschleppt. Sie nahmen teil an den Hungerstreikaktionen gegen Menschenrechtsverletzungen im Gefängnis. Der Schriftsteller Sarkuhi wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt (wie auch die Menschen, die dem Massaker 1989 zum Opfer fielen) und schwebt nach wie vor in Lebensgefahr. Im Oktober wurden sieben Personen in Isfahan hingerichtet. Nur ein Name (H. Portowic) ist bekannt. Drei Personen sind zum Tode verurteilt worden (Ehsani, Javadi, Kariminia).

Die iranische Bevölkerung organisiert den Widerstand

Im Frühjahr streikten die iranischen Erdölarbeiter für höhere Löhne und die Zulassung von Gewerkschaften. Als sie auf die Straße gingen, wurde diese Demonstration blutig niedergeschlagen. Viele Ölarbeiter wurden eingekerkert. Im Juni wurden 16 protestierende Arbeiter der Traktorenfabrik Tabriz verhaftet. Im September kam es in Nieries zu großen Protestaktionen.

Und die Politik der deutschen Regierung?

Im April dieses Jahres wurde manch einer durch das Urteil des Berliner Kammergerichts überrascht, das die direkte Verantwortlichkeit der iranischen Regierung für den Mord an iranischen Oppositionellen im Berliner Mykonoslokal anprangerte. Die EU zog daraufhin die Botschafter aus dem Iran zurück. Außenminister Kinkel verkündete den Abbruch des „kritischen Dialogs“ mit den Mullahs. Doch die Geschäfte laufen wie ehemals. Bereits unter dem Schah von Persien erteilte die damalige Bundesregierung 1968 die Lizenz zum Bau einer kompletten G3-Gewehre-Fabrikationsanlage. Dieses Schnellfeuergewehr ist seither Standardwaffe der iranischen Armee. Selbst während des Golfkrieges wurden die Bitten der Regierung der islamischen Republik Iran um Ersatz- und Verschleißteile erfüllt. Die Bundesregierung bestätigte auf Anfrage, daß Ausfuhrgenehmigungen „für Ersatz- und Verschleißteile von Maschinen und Industrierausstattungen“ erteilt wurden.

Durch die deutsche Asylpolitik wird die politische Opposition ans Messer geliefert. Auch seit dem Regierungsantritt von Chatami wurden Flüchtlinge in den Iran abgeschoben ... Wir fordern deshalb:

- Freiheit für alle politischen Gefangenen,
 - Keine Abschiebung in den Iran.
 - Politisches Asyl für die Flüchtlinge,
 - Das Innenministerium muß den Iran in die Liste der Länder aufnehmen, in die wegen der Gefährdung von Leib und Leben grundsätzlich nicht abgeschoben werden darf,
 - Keine wirtschaftliche und politische Unterstützung des iranischen Terrorregimes.
- (Unterstützt von: Solidarität International, Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD), Verein iranischer politischer Flüchtlinge)



Mehrere Hunderttausend Menschen feierten am 7 November in den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion den 80. Jahrestag der Oktoberrevolution. Auf der zentralen Kundgebung in Moskau gab sich der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Rußlands Sjukanow kämpferisch und sagte, daß die Ideen des Oktober siegen werden. Er lehnte das Angebot Jelzins auf Versöhnung ab. Eine Verständigung zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten sei nicht möglich. Hohle Worte des KP-Chefs. Wissen doch die Menschen, daß er noch vor wenigen Wochen dafür gesorgt hat, daß ein Mißtrauensvotum in der Duma gegen die Regierung mit fadenscheinigen Zugeständnissen zurückgezogen wurde. Angesichts der katastrophalen sozialen Zustände erweist sich die Führung KP Rußland als Papiertiger, die die Wut der Menschen nicht in wirksame Aktionen gegen die Regierung organisieren will.

UNO-Vollversammlung verurteilt erneut das Kuba-Embargo der USA

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat erneut mit großer Mehrheit ein Ende des mehr als drei Jahrzehnte alten amerikanischen Wirtschaftsembargo gegen Cuba verlangt. Der Appell wurde von 143 Ländern unterstützt. Gegen die Resolution stimmten nur die USA, Israel und Usbekistan. 17 Nationen enthielten sich der Stimme.

Damit votierten in diesem Jahr mehr Staaten für eine Ende der Sanktionen als je zuvor. Es war dies die sechste Resolution seit 1992, mit der sich die UNO gegen das Embargo aussprach.

Der Vertreter der USA ignorierte in gewohnter Weise das Votum der meisten Länder der Welt und sagte, daß es keine Änderung der Sanktionen gegen Cuba geben wird.

Finanzierte der argentinische Geheimdienst den Wahlkampf von Präsident Aznar in Spanien?

(comcosur-Poonal). Der frühere stellvertretende Chef der Informationsbehörde des Staates (SIDE) und des Zentralen Nationalen Geheimdienstes (CNI) Argentiniens, Ricardo Natale, hat erklärt, daß eine der beiden Einrichtungen 1996 mit ihren Geldmitteln die politische Karriere und den Wahlkampf von Spaniens

derzeitigem Präsident José María Aznar unterstützte.

Eine der Verbindungsstellen zwischen dem argentinischen Staatschef Carlos Menem und Aznar soll angeblich der kubanische Exilunternehmer Jorge Mas Canosa in Miami gewesen sein, der für seine radikalen Haltungen gegen die Regierung von Fidel Castro bekannt ist.

Laut Natale stimmen beide Regierungen „mit einer Mitte-Rechtspolitik und (wirtschafts-)liberaler Haltung“ überein. Es gebe gleiche Interessen auf internationalem Feld, „unter anderem der Fall Kuba.“

Die Angaben wurden sofort von den Außenministerien beider verwickelten Länder dementiert. Natale, der von 1986 bis 1989 mit der Leitung der argentinischen Spionage zu tun hatte, konnte keine genaue Summe nennen, die an die Volkspartei von Aznar geflossen sein soll.

Eurolinke bilden „Budapester Forum“ Eine Zentrale Forderung: Gegen Nato-Osterweiterung

Zum dritten Mal seit 1991 haben sich in Budapest Vertreter verschiedener linker Gruppierungen aus Europa getroffen, um über die Bedingungen linkssozialistischer Aktionen in den Staaten des ehemaligen RGW zu beraten.

Hauptpunkt des diesmaligen Treffens war, die Bedingungen abzuklopfen, wie

die Linke aus West- und Osteuropa wirksam gegen das Europa des Geldes agieren können. Festgestellt wurde, daß die Staaten des ehemaligen RGW ziemlich hilflos dem Konkurrenzdruck des internationalen Kapitals ausgesetzt sind. Die Linke ist in diesen Ländern weitgehend zersplittert und isoliert. Diesem Zustand sollte das Treffen ein wenig Abhilfe schaffen.

Auf dem Treffen wurde die „Deklaration des Budapester Diskussionsforums“ verabschiedet. Unterzeichner waren u.a.: der britische Labour Parlamentarier Ken Livingstone, Alexander Bugalin, Chefredakteur der russischen Zeitschrift „Alternativen“, Tamas Krausz von der „Linken Plattform“ der Ungarischen Sozialistischen Partei, Lene Sorensen von der dänischen Grün-Roten-Partei, Peter Gowan von der London School of Economics und die Pariser Professorin Catherine Sammary.

Die Deklaration fordert die Reduktion bzw. Streichung der Schulden der Länder der Zweiten und Dritten Welt. Sie ruft zur Kooperation der oppositionellen Kräften von unten auf.

Eine zentrale Forderung der Deklaration ist des weiteren die gemeinsame Ablehnung der Nato-Osterweiterung in jeglicher Form.

Diese Forderung hat gerade jetzt in Ungarn aktuelle Brisanz, findet dort nämlich am 16. November eine Volksabstimmung zum Nato-Beitritt Ungarns statt.

Griechisches Gericht verurteilt die BRD – Millionenentschädigung für Massaker von 1944 verfügt

Ein griechisches Gericht hat die BRD in Abwesenheit dazu verurteilt, neun Milliarden Drachmen (rund 55 Millionen Mark) Schadenersatz an die Familien der Opfer eines Massakers deutscher Truppen am Ende des Zweiten Weltkriegs zu zahlen.

Das Gericht in der Stadt Levadia gab damit einer Klage von 100 Personen statt, die mit den von deutschen Truppen am 10. Juni 1944 Ermordeten verwandt sind. Deutsche Truppen waren im Juni 1944 in den Ort Distomo eingerückt, der in der Nähe von Levadia liegt, und hatten dort fast die Hälfte der 500 Einwohner erschossen.

Provinzgouverneur Jannis Stamoulis sagte, dieses Urteil öffne den Weg für weitere Klagen auch der griechischen Regierung. Das Gericht in Levadia war im Gegensatz zur deutschen Regierung der Ansicht, daß es dem europäischen Recht zufolge sehr wohl für diesen Fall zuständig ist. Das Urteil wird nun nach Angaben von Stamoulis innerhalb von zehn Tagen übersetzt und der Bundesregierung zugeschickt. Falls sie sich weigere, das Urteil anzuerkennen, werde der Fall dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte übergeben.

(Zusammenstellung: hav)

8. November 1997 in München

MÜNCHEN. Der geplante Aufmarsch der Jugendorganisation der neofaschistischen NPD am 8. November in München ist durch ein Verbot seitens der städtischen Behörden verhindert worden. Als Verbotsgrund wurde insbesondere angeführt, daß der stellvertretende Bundesvorsitzende und Landesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten (JN) wegen Verwendung verbotener Nazi-Symbole vorbestraft sei, die NPDler in Fünferreihen marschieren und Marschlieder spielen wollten. Das Gericht bewertete zu dem den Zusammenhang dieser neonazistischen Aktion mit der historischen Bedeutung des 8. November, dem Beginn des Hitler-Putsches, als Indiz für eine Aufheizung der Stimmung bei steigender Gewaltbereitschaft. Das Verbot dieser neonazistischen Aktion in München ist die gute Nachricht.

Das gleichzeitige Verbot einer antifaschistischen Gegenkundgebung durch die Stadt, die von zahlreichen Organisationen bis hin zu Kreisverbänden der Münchner SPD unterstützt wurde zeigt aber auch, daß die CSU in einer rot-grün regierten Stadt wie München noch genügend Einfluß hat, um ihre Linie von Sicherheits- und Ordnungspolitik durchzusetzen. Für die CSU heißt das in erster Linie: ihre inhaltliche Nähe zum faschistischen Parteispektrum zu vernebeln und dann mit geballter Kraft gegen alle Linken, incl. linkem Antifaschismus. Das für Ordnungspolitik zuständige Kreisverwaltungsreferat – das von einem strammen CSU-Rechtsaußen geführt wird – hat die Verbotsbescheide angefertigt. In dieser Situation hat der sozialdemokratische Oberbürgermeister die SPD-Gliederungen, die zur antifaschistischen Gegenkundgebung aufgerufen haben, schamlos im Stich gelassen und den grünen Koalitionspartner mit einer „Chef-im-Haus ist Ude“-Politik konfrontiert.

dil

„Einbürgerungsaktion abgesagt.

FREIBURG. Eine am 20. Oktober am Freiburger Rathaus geplante Einbürgerungsaktion der Grünen mit MdB Cem Özmir wurde abgesagt. Grund dafür ist die Tatsache, daß diese Aktion – die offensichtlich nicht mit Betroffenen abgesprochen war – durch den Ausländerbeirat hart kritisiert wurde. In der Veranstaltungskündigung wurde die ausländische Freiburger Bevölkerung aufgerufen, mit ihrem Paß und dem Antrag auf Einbürgerung auf dem Rathausplatz zu erscheinen. Im Ausländerbeirat wurde kritisiert, diese Aktion würde „Germanisierungstendenzen“ fördern.

Verständlich, wenn die derzeitige Diskussion im Bundestag um die doppelte Staatsbürgerschaft verfolgt wird. Dort wird hier geborenen, aber ohne deutschen Paß ausgestatteten, deshalb ausländischen Menschen beleidigend unter-

stellt, sie könnten mit zwei Pässen Identitätsprobleme bekommen. Oder noch schlimmer der Kanzler, der neuerliche Überfremdungsängste schürt, indem er ein Szenario von „Millionen Türken“ malt, die dann „in unser Land“ kämen. Ein Dorn im Auge war ihm wohl auch die Möglichkeit eingebürgterer TürkInnen, den türkischen Paß weiterhin zu erhalten. Beim kürzlichen Besuch hat Kohl den türkischen Außenminister dahingehend beeinflußt, diese Möglichkeit abzuschaffen. (Worauf hin tausende TürkInnen ihren Einbürgerungsantrag zurückgezogen haben). Vom völkischen Staatsbürgerschaftsrecht aus dem Jahre 1913 wird nicht abgesehen.

Vor diesem Hintergrund ist es zumindest befremdlich wenn die Grünen eine unbürokratische Einbürgerung als Hauptforderung aufstellen. „Umfassende Information“ und „Wahlmöglichkeiten schaffen“ (Edith Sitzmann zu den Zielen grüner Politik) bedeuten ein Entweder/Oder aber eben nicht die uneingeschränkte doppelte Staatsbürgerschaft für Menschen, die hier aufgewachsen sind und sich in zwei Kulturen auskennen. Dies muß aber die klare Forderung sein.

aus *Antifaschistische Zeitung*

Demokratisch abgesicherte Barbarei ...“

FRANKFURT. Am 27. Oktober hatten die sieben tamilischen Flüchtlinge ihren neun Tage währenden Hungerstreik im Bereich der Transitzone des Flughafens aus Entmutigung abgebrochen. Es han-



KÖLN. Der Stadtelternrat führte in den letzten Wochen Demonstrationen durch (Bild) und sammelt für eine „Kölner Erklärung“ Unterschriften. Sie fordern von den Verantwortlichen der Stadt: • Nicht weniger, sondern mehr Personal für Kindertagesstätten. • Kleine Gruppen. • Machen Sie Kindergärten nicht zum Experimentierfeld für Kämmerer. • Sichern Sie so die Qualität der pädagogischen Arbeit mit uns. jöd

delte sich um den dritten Hungerstreik im Zusammenhang des sogenannten Flughafenverfahrens innerhalb von nur vier Monaten. Am 4. November waren dann von insgesamt neun tamilischen Flüchtlingen bereits vier abgeschoben worden. Zwischenzeitlich haben drei Irauner einen weiteren Hungerstreik begonnen.

ola

Internationalisierung statt Ausgrenzung

FRANKFURT. Die GEW führt vom 21. - 23. November einen studentischen Kongreß über „Hochschule und Forschung gegen Rassismus“ an der Frankfurter Universität durch. Es wird Referate und Diskussionen u.a. geben über: Rassismus in der BRD - eine Bestandsaufnahme aus der Sicht der Vereinten Nationen, Rassismusforschung in Deutschland, Hochschulen und Rassismus, Internationalisierung der Hochschulen, gesetzliche Regelungen gegen Diskriminierung. Außerdem vorgesehen ist die Vorstellung konkreter Projekte, eine Antirassistische Info-Börse für Erfahrungsaustausch, Informationen und Vernetzung usw..

Infos und Anmeldung: GEW, Brigitte Eschenbach, Tel.: 069/78973-313

PDS warnt vor Massenabschiebung palästinensischer Flüchtlinge

BERLIN. Gegenwärtig gibt es bundesweit 26.000 abgelehnte libanesische AsylbewerberInnen, darunter zahlreiche PalästinenserInnen. Davon sind aktuell mehr als 6200 von Abschiebung bedroht. Die Bundesregierung strebt ein Rückübernahmevertrag mit dem Libanon an, das in seinem Kern nichts anderes ist als Menschenhandel. Dem libanesischen Staatsicherheitsdienst wurden bislang 16.000 Namen von Flüchtlingen zur Überprüfung übermittelt. Es muß zur Kenntnis genommen werden, daß die libanesische Regierung eine Politik der sozialen Ausgrenzung und Diskriminierung gegenüber den palästinensischen Flüchtlingen betreibt. Das heißt keine freie Berufswahl, kein freier Zugang zum Arbeitsmarkt, Verbot des Zugangs zur Sozialversicherung. Libanesische Politiker sprechen von den Palästinensern als Fremdkörpern und Schmarotzern, sogar von „Menschenmüll“. Die Bundesregierung möchte viel und billig abschieben und der libanesische Ministerpräsident Hariri möchte noch ein Geschäft machen, bevor er die Flüchtlinge zurücknimmt. Die geduldeten palästinensischen Flüchtlinge brauchen eine Lebensperspektive. Dazu gehören die entsprechenden aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen. Die PDS-Fraktion fordert, daß für diese Flüchtlinge aus humanitären Gründen Aufenthaltsbefugnisse erteilt werden. Berlin muß diesen Menschen eine Chance geben, im Libanon haben sie definitiv keine.

Giyas Sayan

„Jetzt endlich zahlen!“

Köln. Am 5. November fällte das Landgericht Bonn sein Urteil im Prozeß von 22 ehemaligen ZwangsarbeiterInnen gegen die Bundesregierung auf Entschädigung für von ihnen geleistete Zwangsarbeit: In einem Fall wurde die Forderung anerkannt. Wir sprachen mit Lothar Evers vom Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte.

Worum ging es bei dem Prozeß genau? Wer waren die Klägerinnen. Wo hatten sie Zwangsarbeit geleistet?

Der Prozeß wurde 1992 von 22 Überlebenden des KZ Auschwitz eingeleitet. Sie waren aus Ungarn und Polen nach Auschwitz verschleppt worden und hatten unter menschenunwürdigen Bedingungen für die Firma Weichsel Metall Union Zwangsarbeit leisten müssen. Dies an 6 Tagen in der Woche in Schichten à 12 Stunden. Ohne jede Bezahlung bei miserabler Ernährung. Die SS hatte dafür vom Unternehmen eine Entschädigung von etwas über einer Reichsmark pro Stunde erhalten. Die Klage richtete sich jetzt gegen die Bundesrepublik Deutschland als Rechtsnachfolger der SS.

Das Gericht hat nur einer Klägerin Entschädigung zugesprochen. Warum?

Die Dramatik des Falls wird zunächst daran deutlich, daß während des fünf Jahre dauernden Verfahrens 10 % der Klägerinnen gestorben sind. Erst kurz vor Ende des Prozesses konnte das beklagte Bundesministerium der Finanzen ermitteln, daß bis auf eine Klägerin alle anderen bereits Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz erhalten hatten und auch in den meisten Fällen noch erhielten. Diese Zahlungen waren zwar nicht für Zwangsarbeit geleistet worden, sondern zum Ausgleich für die erlittene Haft, die verpaßte Ausbildung oder bleibende Gesundheitsschäden. Die von den Klägerinnen ursprünglich vorgebrachten Behauptungen, nie vom deutschen Entschädigungsrecht begünstigt worden zu sein, ließen sich danach aber nicht mehr halten. Das deutsche Entschädigungsrecht wird ja von staatlicher Seite oftmals als Wohltat verkauft. Eine wesentliche Funktion dieser Gesetze war es aber, Schadenersatzansprüche auch zu beschneiden. Dies gilt besonders für Zwangsarbeit. Der § 8 des BEG bestimmt, daß nur die im Gesetz ausdrücklich genannten Verfolgungstatbestände entschädigt werden, alle anderen Ansprüche gegen das Deutsche Reich aber verfallen. An diesem § 8 des BEG sind die Richter nicht vorbei gekommen. Die deutsche Gesetzgebung wollte Zwangsarbeit damals nicht entschädigen und macht auch bis heute keine Anstalten, das zu ändern. Jahrelang hat man Ansprüche von ZwangsarbeiterInnen mit Hinweis

auf das „Londoner Schuldenabkommen“ abgewiesen. In den Bescheiden hieß es immer „Entschädigung von Zwangsarbeit falle unter Reparationsrecht und sei daher erst nach Abschluß eines Friedensvertrages zu regeln.“ Kaum war der 2+4 Vertrag abgeschlossen, hat man die Textverarbeitungsautomaten umprogrammiert: Jetzt heißt es „mehr als 50 Jahre nach Kriegsende seien Forderungen nach Reparationen oder Entschädigung von Zwangsarbeit obsolet geworden. Man solle im größer werdenden Europa lieber in die Zukunft schauen.“ Der richtige Zeitpunkt, ihre Forderungen überhaupt anzumelden, kann somit nach Ansicht der Bundesregierung nur wenige Sekunden betragen haben! Bei einem normalen Konkurschuldner würde man ein solches Verfahren wohl einfach als ‚dreist‘ bezeichnen.

Neu ist die Position des Gerichtes im Fall der einen obsiegenden Klägerin. Diese war so spät aus Osteuropa ausgereist, daß sie tatsächlich keine Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz mehr beantragen konnte. Sie erhält lediglich Härteleistungen von DM 500 monatlich aus einem Härtefonds der Claims Conference. Damit, so das Gericht, gelten die Ausschlußtatbestände des BEG für sie nicht.

Das Gericht hat Presseberichten zufolge erklärt, der 2+4 Vertrag entspreche einem Friedensvertrag und deshalb sei die Bundesregierung verpflichtet, die Entschädigung der NS-Opfer zu regeln. Hat das Urteil diese grundsätzliche Bedeutung? Gibt es Reaktionen der Bundesregierung dazu? Wird der Rechtsstreit jetzt wieder zum Bundesverfassungsgericht gehen? Das Urteil stellt zwar einen Durchbruch dar, denn erstmalig ist es gelungen vor einem deutschen Gericht Entschädigung für Zwangsarbeit zu erstreiten. Aber von einer grundsätzlichen Bedeutung wäre erst dann zu sprechen, wenn das Urteil auch in höheren Instanzen Bestand haben sollte. Das Gericht hat den 2+4 Vertrag als abschließenden Friedensvertrag bewertet. Damit sind die Verzögerungsargumente der Bundesregierung hinfällig geworden. Das Bundesverfassungsgericht hatte außerdem bejaht, daß Klägerinnen Ansprüche auf Entschädigung von Zwangsarbeit nicht nur durch ihre Regierungen sondern auch individuell durchsetzen können. Eine Verpflichtung der Bundesregierung, ZwangsarbeiterInnen auch tatsächlich zu entschädigen, läßt sich daraus allerdings nicht juristisch sondern nach wie vor nur moralisch und politisch ableiten.

Trotzdem wird die Bundesregierung es nicht zulassen, daß das Bonner Urteil

Rechtskraft erlangt. Sie müßte sonst mit mindestens 29.000 weiteren Klagen rechnen. So viele Überlebende beziehen nämlich zur Zeit schon Leistungen aus dem entsprechenden Fonds der Claims Conference. Das Verfahren wird daher mit Sicherheit die Instanzen hochgehen und darin liegt auch die entscheidende Schwachstelle einer rein juristischen Vorgehensweise. Die meisten Klägerinnen verfügen einfach nicht über die Lebenszeit, um sich den weiteren Verzögerungstaktiken der Bundesregierung zu stellen.

Welche Konsequenzen müssen Deiner Ansicht nach aus dem Urteil gezogen werden? Welche Auswirkungen hat es auf die Arbeit der Beratungsstelle?

Der Druck auf die Bundesregierung muß verstärkt werden. Freiwillig wird diese Regierung keine positive Regelung zur Entschädigung von NS-Zwangsarbeit verabschieden. Hierzu ist es unverzichtbar, auch die deutsche Industrie bei ihrer Verantwortung zu nehmen. Stellen wir uns nur vor, Siemens, BASF, BAYER, Hoechst und Mercedes Benz kämen vor New Yorker Gerichten unter ähnlichen Druck wie die Schweiz oder die Versicherungen. Schnell würden diese Firmen ihre heutige Haltung, das Thema möglichst ‚unter dem Teppich‘ zu halten, aufgeben und wahrscheinlich ihrerseits auf die Bundesregierung einwirken, eine politische Lösung zu finden. Keine dieser international operierenden Firmen könnte es sich leisten, über Monate und Jahre an einem ihrer Hauptmärkte als Nutzniß der Nazi-Politik am Pranger zu stehen.

Selbst dann fürchte ich, wird es schwer genug, gerade die derzeitig konservativ-liberale Regierung zum Einlenken zu bewegen. Das Bundesministerium der Finanzen ist eben ein ‚Einnahmenministerium‘. So schnell oder gar freiwillig rückt man da nichts heraus. Es befindet sich außerdem in den Händen der CSU. Die integriert für die Regierungskoalition den rechten Rand. Da will sie natürlich keine Signale setzen, die rechte Wähler vertreiben und sie Republikaner wählen lassen könnte. Sollte es nächstes Jahr einen Regierungswechsel geben, so haben sich beide Oppositionsparteien im Prinzip darauf festgelegt, das Problem politisch zu lösen.

Die Beratungsstelle für NS-Verfolgte wird mit ihren internationalen Partnern und Partnern Kontakt aufnehmen. Wir schließen sowohl weitere Musterprozesse in Deutschland, insbesondere aber auch in den Vereinigten Staaten gegen deutsche Firmen, nicht aus.

*Die Fragen stellten
U. Bach und J. Detjen.*

Talking about Bildungsrevolution



Im folgenden dokumentieren wir eine interessante Erklärung der Juso, zur Bildungspolitik, die wir dem CL-Netz entnommen haben.

Lage der Bildungspolitik

Im Bildungssystem kracht es an allen Ecken und Enden. Durch die radikale Kürzungspolitik verschärfen sich die Probleme an den Schulen immer mehr. Ein Ende des Sparwahns wird uns durch die vorherrschende Logik der Bildungspolitik nicht in Aussicht gestellt. Wir müssen sie uns selber erkämpfen!

Das rechte Lager, das sich um Kohl, Rüttgers, Schäuble und Co. geschart hat, schrekt nicht davor zurück, ungerechte Kürzungssorgen durchzudrücken. Teile der Sozialdemokratie wie Schröder und Wernstedt meinen, Bildung als „Standortfaktor“ entdeckt zu haben. Ursozialdemokratische Werte wie Chancengleichheit, die emanzipatorische Funktion der Bildung werden tagtäglich verraten.

Einordnung in den politischen Zusammenhang

Dies alles geschieht vor dem Hintergrund einer großen rückwärtsgewandten Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Gewinne erzielen hiernach nur noch wenige, zumeist männliche, Privatpersonen und Großkonzerne (T-Aktie), für Verluste müssen alle aufkommen (Vulkan-Werft). Frauen sind bei diesem Spiel die größten Verliererinnen, denen nicht nur die wirtschaftliche Perspektive, sondern auch das Recht auf Qualifikation geraubt wird. Die Phrase von der „industriellen Reservearmee“, bei der die Frau die letzte ist, die einen Job bekommt und als erste die Kündigung auf dem Tisch hat, bewahrheitet sich insbesondere heute.

Krise des Bildungssystems

Uns ist klar, daß keine kleinen kosmetischen Korrekturen dazu führen werden, daß die aktuellen Katastrophen in der Bildungspolitik beseitigt werden. Wir brauchen grundsätzliche Diskussionen, um eine radikale Kehrtwende hin zu einer Revolution in der Bildungspolitik zu erreichen. *Folgende Knackpunkte stellen sich als zentral dar:*

- Die frauenpolitischen Errungenschaften werden geschreddert - ohne Rücksicht auf Verluste.
- Die mittelalterliche Art der Wissensvermittlung in Form von phantasielosem Frontalunterricht ist wieder Regelfall.
- Das, was in der Schule vermittelt wird, interessiert weitestgehend niemanden außerhalb der Schule.
- Die aus der feudalistischen Epoche stammende Trennung des Schulwesens

in drei verschiedene Formen verschärft die Chancengleichheit um ein Vielfaches.

- Uns SchülerInnen werden die Möglichkeiten, unsere Kompetenz einzubringen, durch Barrieren in der Mitbestimmung verweigert.
- Aufgrund der wirtschaftlichen Situation gibt es immer mehr SchülerInnen, deren soziale Lage katastrophal ist. Der Staat verweigert den gleichberechtigten Zugang zur Bildung.
- Die wenigen Großkapitalbesitzer zwingen der Gesellschaft eine Solidarisation auf.

Perspektiven

„Das können wir uns nicht mehr leisten!“ ist die ebenso blödsinnige wie falsche Standardphrase der willigen Büttel des Kapitals. Dabei ist für alle sichtbar. Geld ist genug vorhanden, es ist nur falsch verteilt! Wir setzen uns dafür ein, daß wieder vernünftig umverteilt wird, und zwar von oben nach unten sowie von Männern zu Frauen. Eine gerechte Steuerpolitik wird dafür sorgen, daß wieder mehr Geld in die Staatskassen fließt.

Als ein Symbol für die nötige Umverteilungspolitik sehen wir die stärkere Besteuerung großer Erbschaften an. Denn wer erbt, leistet nichts!

Die Mehreinnahmen, die dadurch für den Staat entstehen, wollen wir für die Bildungsrevolution ausgeben.

Was tun für unsere Revolution?

Ziel ist es für uns, eine Schule zu errichten, die den Bedürfnissen von Frauen und Männern gleichermaßen gerecht wird, die den SchülerInnen beibringt, füreinander einzustehen und in der die Toleranz zwischen verschiedenen Kulturen erfahren wird.

Dreh- und Angelpunkt unserer Forderungen ist und bleibt die Verwirklichung der Chancengleichheit.

Konkret leiten wir daraus folgende Eckpunkte ab:

- Ein gleichberechtigtes Lernen von Schülerinnen und Schülern zu erreichen, bedarf der Berücksichtigung von Fraueninteressen in bezug auf die Lerngegenstände, die verstärkte Einstellung von Lehrerinnen sowie der teilweisen Aufhebung der Koedukation in den naturwissenschaftlich orientierten Bereichen.
- Wir brauchen endlich ohne wenn und aber eine Schule, in der alle bisherigen Schulformen aufgehen - die Integrierte Stufenschule. Ähnlich wie in der Integrierten Gesamtschule werden moderne Unterrichtskonzepte angewandt.
- Der Unterricht wird nicht mehr in Fächern, sondern in Projekten erteilt.

Diese Projekte werden eine klare Vorstellung vom Produktionsprozeß vermitteln und die Schule zur

- Gesellschaft hin öffnen. Wesentliche Projekte sind hierbei der Umgang mit Medien und die Umsetzung des Solaren Umbaus.
- In der Schule müssen wir SchülerInnen in die Entscheidungsprozesse derartig eingebunden werden, daß wir alle Entscheidungen blockieren können (SchülerInnenveto). Zudem fordern wir, daß SchülerInnen zu gleichen Teilen mit Stimmrecht beteiligt sind, wie die LehrerInnen.
- Vom Portemonnaie der Eltern unabhängig und in ausreichender Höhe erhalten alle SchülerInnen eine Grundsicherung. Dies ist mit einem Modell der sozialen Grundsicherung für alle zu verbinden.

Jeglichen Privatisierungsbestrebungen erteilen wir eine klare Absage. Bildung muß in Zukunft eine alleinige Aufgabe des Staates sein. Spenden an Schulen dürfen, wenn überhaupt, nur an alle Schulen gerichtet werden. Bei der Gestaltung der Schule muß dafür Sorge getragen werden, daß Grundlagen für eine gleiche Verteilung des Reichtums geschaffen werden, daß der Zugang zu Qualifikation und Bildung für alle gleichermaßen ermöglicht wird und daß sie den Anforderungen der zukünftigen Generationen entspricht.

Wer, wenn nicht wir

In den nächsten Monaten kommen eine Reihe von wichtigen Richtungsentscheidungen auf uns zu. Es bietet sich die unverlierbare Möglichkeit mit einem linken, rotgrünen Bündnis für die Umsetzung unserer Forderungen ein Klima in der Bevölkerung für moderne Reformen zu schaffen.

SchülerInnen müssen hierbei die entscheidenden Personen sein. Wer, wenn nicht wir und wann, wenn nicht jetzt?

Der Kongreß zeigt, daß wir wissen, wo es langgehen muß! Wir müssen gemeinsam dafür kämpfen, daß unsere Forderungen umgesetzt werden. Aufstehen, aufmischen und reihen, wo es nötig ist, das ist unser Motto! Daher laßt uns dafür sorgen, daß der LandesschülerInnenrat zu einer fortschrittlich handelnden Interessenvertretung wird. Die Landtagswahl im März ist eine Etappe zum Sieg. Denn das endgültige Ziel für 1998 von uns allen lautet:

Kohl muß weg!!!

Dafür wird jeder einzelne von uns in den Kampf ziehen.

*Juso-Landesverband Niedersachsen
Odeonstr. 15/16, 30159 Hannover
Tel. 0511/1 67 42 64, Fax 0511/1 31 75 77*

Stadt Dortmund fordert: Stoppt den Eurofighter!

DORTMUND. Der Rat der Stadt Dortmund hat mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Grünen die Bundesregierung aufgefordert, die für die Serienvorbereitung des Eurofighters 2000 vorgesehenen Mittel für den Bundeshaushalt 1998 zu streichen sowie auf die Anschaffung der geplanten 180 Eurofighter 2000 vollständig zu verzichten. Die Stadt Dortmund will nach diesem Beschuß zusätzlich im Rahmen des Deutschen Städtetages initiativ werden, um die Forderung nach Stoppt das Eurofighter 2000 auch über die Vertretung der bundesdeutschen Kommunen an die Bundesregierung zu richten.

In der als Bürgerantrag des Dortmunder Friedensforums und der „Christen für den Frieden“ eingebrochenen und von den Grünen unterstützten Initiative, die nun die Zustimmung des Rates fand, wird aufgefordert: In Anbetracht der schwierigen Finanzlage der öffentlichen Kassen und dringend notwendigen Maßnahmen zur Belebung des Arbeits- und Lehrstellenmarktes sowie der Sicherung des sozialen Grundgerüstes sollen die für den Eurofighter auf gut 25 Milliarden DM geschätzten Mittel für zivile Aufgaben genutzt werden.

Ulrich Sander

Koalitionsvereinbarungen „Innere Sicherheit“

CDU beinhalt, Rot-Grün butterweich

HAMBURG. Die Koalitionsverhandlungen in Sachen „Innere Sicherheit“ haben unter anderem als wichtigstes Ergebnis gebracht: SPD und GAL trafen keine Vereinbarung über das Hamburger Abstimmungsverhalten im Bundesrat den „Großen Lauschangriff“ betreffend. Keine Frage, eine große Koalition hätte ihre Zustimmung zur Aufhebung dieses unveräußerlichen Grundrechts nicht einmal in Zweifel gezogen. Von der GAL wäre jedoch zu erwarten gewesen, daß sie ihr Nein anmeldet, ein Zeichen setzt, sich dem Kurs totalitärer Machtentfaltung zu widersetzen. Dies Zeichen ist ausgeblieben. Damit ist leider fast schon umrisen, was die getroffenen Vereinbarungen, so weit bekannt, erwarten lassen.

Die CDU hat auf ihrem Leipziger Parteitag „Thesen zur Inneren Sicherheit“ verabschiedet und damit einen Schwerpunkt des anlaufenden Bundeswahlkampfes umrissen: Ihre Politik, die die soziale Ungleichheit bewußt und gewollt weltweit und in der BRD verschärft, die Verelendung und Ausgrenzung beschleunigt, soll durch den verstärkten Einsatz staatlicher Gewalt gegen Störungen aller Art, gegen die Verelendeten, Ausgegrenzten, sozial und politisch Mißhandelten abgesichert und durch gesellschaftliche Mobilisierung legitimiert werden.

Die SPD hat in Wort und Tat, d.h. durch ihre einschlägige Politik vor allem in den letzten ein, zwei Jahren und durch ihren „Law-and-Order“-Wahlkampf deutlich gemacht, daß sie diesen Weg sehr weit mitzugehen bereit ist.

Vor diesem Hintergrund könnte man fast schon geneigt sein, die Ergebnisse als nicht gar so schlimm zu bewerten. So verständigte sich Rot-Grün darauf, geschlossene Heime für straffällige Jugendliche *nicht* einzurichten. Drastische Verschärfungen der staatlichen Gewaltmittel wurden nicht beschlossen. Aber das ist es dann auch schon.

Schon im Wahlkampf war die GAL der offenen Auseinandersetzung mit den wuchernden autoritären Staatsauffassungen ausgewichen. Auch jetzt deutet nicht viel darauf hin, daß sie diese notwendige Auseinandersetzung sucht und führt. So einigte man sich auf die Verstärkung der Polizeipräsenz in den Stadtteilen (statt der CDU-Variante von Revierwachen in jedem Stadtteil sollen Busse eingesetzt werden, mit denen die Polizei ihre Präsenz an festen Punkten demonstriert) und auf die Einrichtung sogenannter Sicherheitskonferenzen von Polizei, Bürgern und Initiativen in zunächst zwei Bezirken – Maßnahmen zur Ausweitung der polizeilichen und sozialen Kontrolle. Auch in Sachen „Jugendkriminalität“ fiel nichts anderes ein – neben der Einsetzung einer Kommission – als die Auffächerung und Differenzierung der Repressionsmaßnahmen: So sollen der Strafkatalog für straffällige Jugendliche womöglich um ein Fahrverbot erweitert werden, die Zeit zwischen Tat und Urteil verkürzt werden, sog. „Haltbüros“ (die noch geprüft werden) sollen es ermöglichen, die Möglichkeiten „niedrigschwelliger“ Strafen auszuweiten. Von einem Stoppt der Prüfaufträge, die der alte Senat seinerzeit erteilt hatte, um sein berüchtigtes „Bettlerpapier“ doch noch durchzusetzen, wurde nichts bekannt.

Das „Hamburger Abendblatt“ vermißte in den Verhandlungsergebnissen zur „Inneren Sicherheit“ den „Aufbruch“ (à la SPD-Wahlkampf), schloß den Kommentar jedoch ganz zuversichtlich: „Aber: Noch ist ja nicht aller Tage Abend.“ Genau das ist angesichts des Vereinbarten, angesichts des wieder zunehmenden Drucks der veröffentlichten Meinung („Kinderbanden“-Kampagnen im Abendblatt etwa) und angesichts der rechten Wahlkampfkonzeption zu befürchten.

scc

Reges Interesse an der Anhörung – Innenminister Dewes kneift

Demo-Verbot in Saalfeld

Von Carsten Hübner

Auf große Resonanz stieß die Einladung der PDS-Fraktion im Thüringer Landtag zu einer öffentlichen Anhörung unter dem Motto „Saalfeld – Demokratie im Würgegriff?“ Und so konnte Landtagsvizepräsident Dr. Roland Hahnemann am Abend des 5.11. in seiner Eröffnungsrede mehr als 100 BesucherInnen und DiskutantInnen im Plenarsaal begrüßen.

Nur der für Innenminister Dewes (SPD) auf dem Podium reservierte Stuhl blieb erwartungsgemäß unbesetzt. Denn der Veranstaltung, in deren Mittelpunkt Stellungnahmen und Erlebnisberichte des OrganisatorInnenkreises und der Inhaftierten stand, war bereits in den Tagen zuvor ein heftiger Schlagabtausch zwischen Dewes und Landtagspräsident Pietzsch (CDU) vorausgegangen.

In einem Brief hatte Dewes scharf kritisiert, daß Pietzsch „eine derartige Veranstaltung, die den Staat und seine Institutionen in Frage stellt“, im Plenarsaal überhaupt genehmigt habe. Aus seiner Sicht sei die Anhörung nicht nur „politisch falsch“, sondern hätte die „Form eines öffentlichen Tribunals“, welches es wage, sich mit Entscheidungen der Thüringer Justiz und Polizei zu beschäftigen. Pietzsch hatte diese Kritik mit „Befremden“ zurückgewiesen, er werde „nicht die Arbeit der einzigen Oppositionsfaktion behindern“.

Eingeleitet wurde die Veranstaltung vom PDS-Landtagsabgeordneten Steffen Dittes, der anhand von Zahlenmaterial unterstrich, welchen Stellenwert die rechten Aktivitäten und Straftaten in der Region Saalfeld-Rudolfstadt haben. So habe 1996 bei einem Bevölkerungsanteil von 5,6% der Anteil von Neonazis aus der Region am rechten Potential Thüringens rund 12% betragen, der Anteil der rechtsmotivierten Straftaten belaute sich sogar auf um die 25%. Auch machte Dittes deutlich, daß die rechte Szene der Region durch ihre halbverdeckten Organisationsstrukturen und massive Gewalttaten auffalle, wobei er speziell auf die „Anti-Antifa Ostthüringens“ und deren Führungskader Tino Brandt abhob.

Für den DGB Ostthüringen bezog dessen Kreisvorsitzender Dietmar Härtel Stellung, wobei er hervorhob, daß zu keinem Zeitpunkt seitens der VeranstalterInnen der friedliche Verlauf der Demo in Frage gestellt war. Alle Vorbereitungen und Verlautbarungen seien eindeutig ge-

wesen, die Diffamierungskampagne als Angriff auf das hohe Gut Antifaschismus zu bewerten, dem sich die Gewerkschaften verpflichtet fühlten. Bekräftigt wurde dies auch vom Gewerkschafter Willi Brügel-Mautner, der für das Bündnis an den Kooperationsgesprächen mit den örtlichen Behörden teilgenommen hatte und berichtete, es sei von Anfang an um die Frage Absage oder Verbot gegangen.

Diesen Eindruck bestätigte prompt der geladene Landrat von Saalfeld-Rudolstadt, Dr. Thomas, mit seinen Ausführungen. Thomas hatte die Demo kurz vor dem 11.10. untersagt und verwies mehrmals darauf, linksextremistischen und rechtsextremistischen Kreisen müsse entschieden entgegengetreten werden. Zwischenrufe und Nachfragen konnte er denn auch nur mit Bemerkungen wie „Auch Sie stehen am Rand“ begegnen.

Zur Sprache kam zudem die Nennung der kompletten Adresse des Anmelders der Demo, des Sprechers der LAG Antirassismus/Antifaschismus, die sich auf von der Polizei verteilten Platzverweisen befand. Dagegen hatte bereits kurz nach der Demo der Landesbeauftragte für Datenschutz öffentlich protestiert, Lucifero kündigte rechtliche Schritte an.

Der zweite Teil der Anhörung befaßte sich mit den Verhaftungen und der Situation in der Gefangenensammelstelle Unterwellenborn. Dabei wurden von VertreterInnen der Inhaftierten aus Berlin, Saalfeld und Eisenach massive Verstöße gegen die Menschenwürde, katastrophale Unterbringungsbedingungen und eine völlig mangelhafte Verpflegung beklagt. Selbst Minderjährigen sei das Telefonieren mit ihren Eltern untersagt worden. Auch sei es in einer ganzen Reihe von Fällen zu Bedrohungen und Körperverletzungen gekommen, was beim Publikum zum Teil tiefe Bestürzung hervorrief.

Unterstrichen wurden diese Eindrücke auch vom Saalfelder Gewerkschafter Bernd Hecker, der zusammen mit KollegInnen, Abgeordneten der PDS-Landtags- und Bundestagsfraktion und weiteren BürgerInnen der Stadt Saalfeld am 11. und 12.10. Festnahmen verhindern und die Versorgung der Inhaftierten sicherstellen wollte. Er sei dabei von der Polizei behindert worden, gegen öffentliche Beschimpfungen und Bedrohungen gegen seine Person sei nicht eingeschritten worden. Und nur mit Mühe gelang es ihm zum Abschluß zu berichten, daß seit diesem Wochenende Drohungen bei seiner Familie eingehen. So sei seiner elfjährigen Tochter am Telefon gesagt worden: „Du kannst Deinem Vater sagen, er soll sich schon mal einen Platz auf dem Friedhof reservieren.“ (geringf. gekürzt)

Carsten Hübner ist innenpolitischer Sprecher der PDS Thüringen. Die PDS-Fraktion will die **Anfang Dezember eine Broschüre über die Ereignisse am 11. Oktober und über die folgende Anhörung im Landtag erstellen. Bestellungen an: Steffen Dittes, PDS-Fraktion im Thüringer Landtag, Arnstädter Str. 51, 99096 Erfurt, Tel. 0361-3772601, Fax 0361-3772416.**

Der Opfer des Reichspogroms gedenken – Antisemitismus und Rassismus ächten!

250 TeilnehmerInnen beim Parlament gegen Rechts am 8./9.11. in Erfurt.

Mehr als 300 Menschen nahmen in Erfurt an einer Demonstration und Mahnang zum Gedenken an die Opfer der Reichspogromnacht 1938 teil. Die TeilnehmerInnen legten an der Erfurter Synagoge einen Kranz mit der Aufschrift „In Gedenken an die Opfer der Pogromnacht – Antisemitismus und Rassismus ächten“ nieder.

Anschließend beteiligten sich im Erfurter Haus der Gewerkschaften 250 Personen aus verschiedenen Initiativen und Organisationen am „Parlament gegen Rechts“.

Als Ergebnis der Diskussionen im Plenum und acht Ausschüssen wurde am Abend eine Abschlußerklärung verabschiedet, die sich mit antirassisti-

schen, antifaschistischen, pazifistischen, sozialpolitischen und emanzipatorischen Forderungen an die Politik richtet und dazu aufruft, sich aktiv gegen die Rechtsentwicklung in Staat und Gesellschaft zu wenden.

Scharf kritisierte das Plenum das Verbot der Demonstration und den Polizeieinsatz am 11. Oktober in Saalfeld. In einer aktuellen Stunde kamen Betroffene zu Wort. Es wurde beschlossen, die politischen und juristischen Maßnahmen gegen die Verbotsverfügung und die Einschränkung demokratischer Grundrechte zu unterstützen.

Unter dem Motto „Bis hierher ist schon viel zu weit“ wandten sich die TeilnehmerInnen auch an die „Erfurter Erklärung“. Diese wurde aufgefordert, ein klares Nein zur Ausgrenzung von Minderheiten und zur Einschränkung demokratischer Grundrechte in ihr Programm aufzunehmen.
gez. Julika Bürgin, Jürgen Spilling, Angelo Lucifero

Berlin

Streit um das Jüdische Museum

„Der schon Jahre andauernde Konflikt um das Jüdische Museum ist endgültig eskaliert. Dem Direktor, Ammon Brand, wurde gekündigt und mit ihm, so ist zu befürchten, auch dem Jüdischen Museum in Berlin“. So beginnt ein Artikel in der neuen „Antifaschistischen Zeitung“ der Antifaschistischen Initiative Moabit (AIM) in Berlin. Inzwischen ist der Prozeß von Ammon Barzel gegen seine fristlose Kündigung mit einem Vergleich abgeschlossen. Die Kündigung bleibt in Kraft, ansonsten haben sich beide Seiten verpflichtet, zu schweigen. Hier der Artikel der AIM über die Hintergründe des Streits.

Dem Kultursenat und dort vor allem dem Generaldirektor der Stiftung Stadtmuseum und somit Vorgesetzten von Barzel, Reiner Güntzer, paßte das engagierte Konzept Barzels noch nie in den Kram.

1989 wird vom damals rot-grünen Senat der Wettbewerb um das Jüdische Museum ausgeschrieben. Den Zuschlag erhält der amerikanische Architekt Daniel Libeskind. Der Neubau in der Kreuzberger Lindenstraße, direkt neben dem Berlin-Museum, beginnt.

1993 stoppt Diepgen das Projekt erstmals. Nachdem über 1.000 jüdische Persönlichkeiten dagegen protestierten, wird der Bau fortgesetzt.

1994 wird der israelische Kunsthistoriker Amnon Barzel vom damaligen Kultursenator Roloff-Momin zum Direktor des Jüdischen Museums berufen.

Von Anfang an fordert Barzel finanzielle und personelle Autonomie für „sein“ Museum. In den folgenden Jahren spitzen sich die Auseinandersetzungen zwischen

ihm und dem Kultursenat um das Konzept und den Inhalt des Jüdischen Museums immer mehr zu.

1997 ist von dem Konzept eines eigenständigen Jüdischen Museums nicht mehr viel übrig. Ende März wird es per Senatsverordnung zu einer Hauptabteilung des Stadtmuseums degradiert, d.h. nicht der Direktor hat in Zukunft darüber zu entscheiden, wie jüdische Kultur präsentiert wird, sondern die alleinige Kompetenz liegt bei Reiner Güntzer. Großzügig erklärt dieser daraufhin, der Direktor habe natürlich das Recht, Vorschläge zu machen. Die Jüdische Gemeinde erklärt daraufhin, dies bedeute das „Verschwinden eines eigenständigen Jüdischen Museums“, und kündigt ihre Mitarbeit daran auf. Norma Drimmer, Museumsreferentin des Vorstands der jüdischen Gemeinde: „An dem Punkt, an dem wir jetzt stehen, gibt es praktisch kein Jüdisches Museum mehr.“ Auch Daniel Libeskind fordert jetzt öffentlich die Autonomie des Museums.

Am 26. Juni 1997 wird Barzel schließlich aus „verhaltensbedingten Gründen“ gekündigt. Die Kündigung fällt auf denselben Tag, an dem Andreas Nachama zum neuen Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde gewählt wird. Entsprechend entrüstet reagiert dieser und fühlt sich in einer Presseerklärung an jene „finstere Zeit zwischen 1933 und 1938 erinnert, als jüdische Museumsdirektoren in Berlin ihres Amtes beraubt wurden.“ (...)

Nachamas Empörung ist berechtigt, wenn man bedenkt, daß nach 1945 kein einziger Museumsdirektor aus ir-

gedeninem Grund entlassen wurde.

Das letzte Mal geschah das tatsächlich unter dem NS-Regime und damals wie heute trifft es jüdische Direktoren. Die Gründe erscheinen damals wie heute konstruiert. Barzel wollte im Libeskind-Bau ein internationales jüdisches Kulturzentrum schaffen, in dem Leben und Kultur aus jüdischer Perspektive betrachtet werden sollte. Auch deutsche Geschichte sollte hier aus jüdischer Sicht dargestellt werden. Neben thematisch unterteilten Dauerausstellungen sollte ein Stockwerk wechselnden Ausstellungen vorbehalten bleiben. Hier sollten die historischen Ereignisse mit der Gegenwart in Verbindung gebracht werden, so bereits geschehen, als er eine Foto-Ausstellung über Sarajevo im Kontext „Exil und Vertreibung“ zeigte.

Das Jüdische Museum sollte ein Zentrum für Bildung und Toleranz werden, lebendig und weltoffen. Vorträge und Veranstaltungen sollten das Rahmenprogramm bilden. Die Vorstellung von Güntzer und dem Kultursenat gehen in der Tat in eine andere Richtung. Barzel dazu: „Sie wollen ein lokalgeschichtliches Provinzmuseum mit ein bißchen jüdischer Folklore.“ Nach Güntzers Plan soll es nur eine jüdische Abteilung des Berlin-Museums im Untergeschoß des Gebäudes geben. Im Eingangsbereich werden dann jüdische Kulturgegenstände präsentiert, außerdem gibt es eine Ausstellung über „Exil“ und „Vernichtung“. Barzel sieht diese Themen damit wieder zu einer rein jüdischen Sache gemacht und jüdisches Leben nur über seine Vernichtung definiert. Eine Befürchtung Barzels scheint Realität zu werden: „Sollte ich mich nicht durchsetzen, wird das Jüdische Museum ins Untergeschoß des Berlin-Museums als ethnische Abteilung verschwinden.“

Es gibt schon zu denken, wenn jüdisches Leben und jüdische Kultur ausschließlich von Deutschen dargestellt werden soll, und wenn nicht-jüdische Deutsche bestimmen, was jüdisch ist und was nicht.

Wenn es um ein von deutscher Seite kontrolliertes jüdisches Museum geht, drängt sich der Vergleich mit dem „Zentralmuseum für jüdische Altertümer in Prag“ auf, das die Nazis als Andenken an eine „verschwundene Rasse“ zu bauen planten?

1997 haben die politisch Verantwortlichen offensichtlich kein Interesse daran, die Lücke, die durch die NS-Zeit entstanden ist, zu schließen und jüdisches Leben in Deutschland als Selbstverständlichkeit zu begreifen.

Obwohl fast alle Anne Frank gelegen, eine KZ-Gedenkstätte besichtigt und ihr Entsetzen darüber bekundet haben, quittiert auch das Bildungsbürgertum die Auseinandersetzung um das jüdische Museum mit Passivität. Das „Wiedererstarken“ jüdischen Lebens ist nicht gewollt. Alte Vorurteile sind längst nicht belegt.

(aus Platzgründen geringfügig gekürzt)

ABSCHIEBE-SCHUTZ:

Berlin. Die PDS hat mit der Abgeordnetensitzung am 30.10. eine Initiative zum Abschiebeschutz gestartet: Der Senat soll einen Abschiebestopp auf der Grundlage von § 54 AuslG für türkische Staatsangehörige erlassen, die entweder aufgrund ihrer demokratischen politischen Betätigung bzw. ihrer ethnisch-kulturellen Herkunft in der Türkei von Verfolgung bedroht sind. Der Senat soll sich außerdem gegenüber dem Bundesinnenminister dafür einzusetzen, daß die Betroffenen darüber hinaus einen wirksamen Abschiebeschutz erhalten.

WAHLRECHTS-EINSCHRÄNKUNG:

Ansbach/Nürnberg. Ein Ausländer aus der Europäischen Union kann in Bayern nicht Oberbürgermeister werden. Das Verwaltungsgericht Ansbach wies die Klage des Spaniers Juan Cabrera (Die Grünen) gegen die Gültigkeit der Nürnberger OB-Wahl vom Frühjahr 1996 ab. Der Stadtrat Cabrera (60) lebt seit 35 Jahren in Deutschland. Er wurde aber als OB-Kandidat nicht zugelassen, da die bayerischen Gesetze einem Ausländer das passive Wahlrecht zum Bürgermeister absprechen. Das Gericht sieht in dieser Einschränkung keinen Verstoß gegen das EU-Recht. Erfolglos hatte Cabreras Anwalt darauf hingewiesen, daß die EU-Richtlinie eine Abweichung vom aktiven und passiven Wahlrecht nur vorsieht, wenn damit „besondere Probleme“ verbunden wären. Die Grünen beraten nun die Fortführung des juristischen Wegs, da es die Chance gibt, daß die 2. Instanz den Fall zum Europäischen Gerichtshof überweist. Außer in Bayern und Sachsen gilt in allen Bundesländern das volle Wahlrecht für EU-Angehörige.

(ZWANGS-)ARBEIT:

Frankfurt/Main. In der Stadtverwaltung gibt es Überlegungen, jedem Sozialhilfe-Antragsteller sogleich Arbeit bei einer gemeinnützigen Beschäftigungsgesellschaft anzubieten. Wer die Arbeit ablehnt, erhält keine Sozialhilfe oder einen deutlich abgesenkten Satz (ausgenommen sind alte und kranke Menschen sowie Alleinerziehende). Bis zum Jahresende soll es eine beschlußreife Vorlage geben.

ARBEITSHÖFE: **München.** Viele Gruppen und Parteien reagierten empört auf die Vorstellungen, die Kreisverwaltungsreferent Uhl (CSU) zu Kanthers Aktion Sicherheitsnetz entwickelte. Uhls Meinung nach muß Betteln und Landstreichelei wieder unter Strafe gestellt werden, es sei ein entscheidender Fehler, daß diese 1974 aus dem Strafgesetz gestrichen wurden. „Was wir in der Praxis brauchen, ist ein Sanktionsmechanismus, der wirkt, weil er von diesen Personen als Übel empfunden wird und deshalb hoffentlich eine Verhaltensän-

derung bewirkt. Es sollten unbedingt rechtliche Voraussetzungen geschaffen werden, daß die vorhandenen Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände und Kirchen notfalls unter Zwang angenommen werden müssen.“ Sein Vorbild ist die 1953 von Pfarrer Adolf Mathes vorgeschlagene „Auffangstation der Not“: „Von dort aus ging es entweder auf einen Arbeitshof der jungen Männer außerhalb der Stadt, der die Betreffenen auf einen Beruf in der Landwirtschaft vorbereiten sollte; oder in einen Fürsorgehof für alternde Männer, ebenfalls auf dem Lande, mit dem Ziel, später einen Altenheimplatz zu finden; oder in eine Heilstätte für Suchtkranke, wiederum außerhalb der Großstadt, damit beispielsweise Trinker später wieder in ihre Familien zurückkehren können; oder in ein Wohnheim für arbeitende Männer in der Stadt mit dem Ziel, daß diese Leute eines Tages wieder in eine normale Wohnung umziehen können.“ Uhl rechnet nicht mit freiwilliger Teilnahme. Deshalb hat er beim Rechts- und Verfassungsausschuß des Stadttags angeregt, Bundes- und Landesrecht zu ändern. „Durch richterlichen Beschuß müssen hartnäckige Störer dazu verpflichtet werden können, sozialbetreut zu arbeiten und zu wohnen.“

SOZIALAMTS-VERLEGUNG: **Weinheim.** Der Rhein-Neckar-Kreis will das bisher städtische Sozialamt Weinheim an sich ziehen. Landrat Schütz – ein alter CDU-Hardliner – will durch die Zentralisierung „10-20% der Sozialhilfe einsparen“. Wie das, wenn nicht dadurch, daß Verzögerung, Willkür und Bürokratismus die Menschen abschreckt, ihre gesetzlichen Ansprüche geltend zu machen? Daß es um eine grundsätzliche Frage geht, zeigt sich darin, daß der Kreis zunächst sogar rund eine halbe Millionen zusätzliche Kosten tragen müßte, die bislang die Stadt Weinheim trägt. Der Weinheimer „Koordinierungskreis Ausländische Mitbürger“, in dem vor allem auch die Wohlfahrtsverbände vertreten sind, hat gegen die Verlagerung protestiert.

GEMEINDE-FINANZEN: **Potsdam.** Trotz der berechtigten Proteste der Kommunen und Landkreise gegen das 98er Gemeindefinanzierungsgesetz hat sich die SPD-Fraktion nicht dazu durchringen können, eine Korrektur der Vorgaben im Gemeindefinanzierungsgesetz vorzunehmen. Die PDS-Fraktion hatte gefordert, daß das Land auf die Abrechnung des Steuerverbundes für die vergangenen zwei Jahre verzichtet und damit den Kommunen 187 Millionen DM mehr zur Verfügung stellt. Diese Forderung, die lediglich bedeuten würde, in etwa das Niveau des Jahres 1997 zu beibehalten, stieß jedoch auf Ablehnung.

Zusammenstellung: baf



Etwa 1.500 ÖTV-Mitglieder protestierten am vergangenen Samstag vor dem Berliner CDU-Landesparteitag gegen die Privatisierungs- und Stellenkürzungspolitik des Berliner Senats. „Statt unser aller Vermögen zu bewahren, werden öffentliche Betriebe privatisiert und das Tafelsilber verscherbelt. Statt die Gesundheitsversorgung zu sichern, werden Patienten und Beschäftigte durch Planspiele über Bettenzahl und Ausverkauf der städtischen Krankenhäuser verunsichert. Statt in die Zukunft unserer Kinder zu investieren, werden die Arbeitsbedingungen in den Kitas verschlechtert und die Kostenbelastung der Eltern erhöht“, kritisierte die ÖTV. Letzte Beispiele: Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat dem Land Berlin den Kauf sämtlicher noch öffentlichen Krankenhäuser für 1,7 Milliarden DM angeboten - samt Grundstücke allein schon vom Immobilienwert ein feines „Schnäppchen“. Ein ähnliches Milliardenangebot liegt für die Berliner Kitas vor. Am kommenden Wochenende soll vor dem SPD-Landesparteitag, deren Finanzministerin von der ÖTV in „Frau Fugmann-Westerwelle“ umgetauft wurde, ebenfalls demonstriert werden. (rül)

ÖTV-TARIF: ÖTV-Vorstoß für Beschäftigungssicherung erfolglos. Bereits beim zweiten Treffen am 3.11. sind die Verhandlungen über Beschäftigungssicherung und Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst geplatzt. Entscheidend war wohl, daß die öffentlichen Arbeitgeber personalkosten-senkende Vorleistungen verlangten: „Die Arbeitgeber beharrten auf ihren Forderungen nach Eingriffen in die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und in die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst als Voraussetzung für beschäftigungssichernde Maßnahmen. Außerdem darf nach ihren Vorstellungen die Personalkostenquote im öffentlichen Dienst nicht erhöht werden. Mit anderen Worten: Jegliche tarifpolitische Verbesserung soll durch Abbau an anderer Stelle von den Beschäftigten bezahlt werden.“ (ÖTV-Tarifinfo 3) Da die entsprechenden Tarifverträge nicht gekündigt sind, ein Druck der Basis zu spontanen Arbeitskämpfen nicht zu spüren war, wurden die Verhandlungen offiziell unterbrochen und auf den 15. Januar 1998 vertagt. Diese vorgezogenen Verhandlungen sollten nach Ansicht der großen Tarifkommission u.a. testen, wie verhandlungsbereit die öffentlichen Arbeitgeber sind. Bei einem Fehlschlag wurden hohe Lohnforderungen angekündigt. Dieser Fehlschlag ist nun eingetreten.

Man darf gespannt sein, wie die große Tarifkommission am 18. Dezember darauf reagieren wird, zumal aufgrund des zeitlichen Ablaufs und Vorgehens

in den Betriebsgruppen der ÖTV kaum über Forderungshöhe und -art diskutiert wurde. Die öffentlichen Arbeitgeber wie auch die ÖTV-Verhandlungsführung haben bereits angekündigt, an ihren jeweiligen Forderungen festzuhalten.

har

HASAN CELIK FREIGESPROCHEN! Der Prozeß gegen den Siemensarbeiter Hasan Celik endete am 27.10.97 vor dem Amtsgericht in Berlin-Moabit mit einem Freispruch! Dies ist ein wunderbarer Erfolg für alle GewerkschaftlerInnen und Antirassisten. Erinnern wir uns: Nach der Demonstration der IG Metall gegen den Sparhaushalt der Bonner Koalition am 27.6.96 marschierten etwa 1000 KollegInnen von den Siemenswerken in Berlin-Gartenfeld zurück zu ihren Arbeitsplätzen. Der Polizeiführer vom Dienst gab den Befehl, nach verschiedenen Schikanen den „Rädelsführer“ dieser angemeldeten Demo festzustellen. Im darauffolgenden Gerangel wurden 15 – ausschließlich türkische – KollegInnen verletzt, darunter 8 Frauen. Anschließende Gespräche zwischen IG-Metall-Führung und Polizeipräsident mit dem Ziel einer Deeskalierung führten dazu, daß die Anzeigen der verletzten Kolleginnen und Kollegen nicht weiter verfolgt wurden. Doch bald darauf wurden auf Betreiben der Staatsanwaltschaft der Kollege Christian Herwartz wegen „Beleidigung einer Polizeibeamtin“ verurteilt und der Siemensarbeiter Hasan

Celik per Strafbefehl zu 30 Tagessätzen verurteilt. Dies hätte auch für seinen Aufenthaltsstatus Folgen gehabt. Nach dem ersten Widerspruchsprözeß am 19. 10. 97 wurde vielen ProzeßbeobachterInnen der gewerkschaftsfeindliche und rassistische Hintergrund dieses Prozesses deutlich. Dank zusätzlicher Zeugen und breiterer Öffentlichkeit gelang es, bei dem Fortsetzungsprozeß am 27.10. die Unhaltbarkeit der staatsanwaltschaftlichen Vorwürfe wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung“ des willkürlich herausgegriffenen Kollegens Hasan Celik deutlich zu machen. Obwohl der Staatsanwalt sogar unver schämterweise die Erhöhung der 30 Tagessätze auf jeweils 70 DM verlangte, blieb dem Richter nichts anderes übrig als auf Freispruch zu Lasten der Staatskasse zu entscheiden. Dies wurde von den ProzeßbeobachterInnen mit Beifall quittiert. Nach diesem Erfolg geht es darum, die verantwortlichen Polizisten und deren Hintermänner für den rassistischen Überfall auf die Arbeiterdemonstration nicht ungeschoren davonkommen zu lassen. Unerlässlich ist hierzu, die Verurteilung des Kollegen Christian Herwartz rückgängig zu machen, der den Rückmarsch auf das Werksgelände als Spontandemonstration angemeldet hatte, um schlimmeres zu verhindern und dafür verurteilt wurde, ohne die Möglichkeit zu haben, seinen Anspruch auf rechtliches Gehör durchzusetzen.

CL-Netz

DGB EINMAL ANDERS ALS ÜBLICH Auf der am 24.10.97 durchgeführten Delegiertenkonferenz des DGB-Kreisverbandes Freiburg wurde Stefan Rebmann von ca. 90% zum neuen Kreisvorsitzenden wiedergewählt. Nach dem vorgelegten Tätigkeitsbericht des Kreisvorstandes und den dargelegten Aktivitäten der letzten zwei Jahre, kamen die anwesenden Delegierten um die Feststellung nicht umhin, daß es gelungen war – im Verhältnis zu den Jahren zuvor – weitreichendere Aktivitäten zu entwickeln. Dazu gehörte die konsequente Unterstützung des Aufbaus von DGB-Ortskartellen (welche autonom und mit kaum hauptamtlicher Unterstützung tätig sind), während bundesweit der Trend zur Auflösung solcher Ortsstrukturen besteht. Die Berufung von drei Aktivisten aus den örtlichen Gremien Titisee-Neustadt, Waldkirch und Emmendingen als Beisitzer war logische Folge. Neben mehreren Delegierten freute sich offenbar auch die *Badische Zeitung* in ihrer Berichterstattung am 28.10.97 über kritische Bemerkungen an DGB-Chef Schulte. Keine Erwähnung allerdings fand die einstimmige Verabschiedung zweier Anträge. So wurde der ÖTV-Antrag für den „Erhalt von qualifizierten öffentlichen Dienstleistungen“ ebenso beschlossen wie der umfangreiche Antrag des „AK Lesben und Schwule im DGB“ gegen „die Diskriminierung von homosexuellen Frauen und Männern in Beruf und Gesellschaft“.

Zusammenstellung: alk

Fragen der Belegschaften bleiben ungeklärt

Es ging vielleicht nicht ganz so schnell, wie es bei der ursprünglich geplanten „feindlichen Übernahme“ gegangen wäre. Nach kaum acht Monaten Verhandlungen wurde jetzt jedoch eine Grundsatzentscheidung getroffen: Die Krupp Hoesch AG und die Thyssen AG fusionieren. Bis Ende November sollen Einzelheiten geklärt werden. Mitte 1998 soll der neue Konzern die Arbeit aufnehmen. Am Ende des von Krupp-Chef Cromme und seinen Hintermännern eingestellten und zunächst gescheiterten Vorstoßes vom Frühjahr steht damit die größte Fusion in der Wirtschaftsgeschichte der BRD.

In den 80er Jahren hat es bereits zweimal Fusionspläne von Krupp und Thyssen gegeben. Damals hatte Krupp allerdings noch nicht den Hoesch-Konzern einverleibt. Mit 63 Mrd. DM Umsatz und 193.000 Beschäftigten wird der neue Konzern nach Daimler Benz, VW, Siemens, VEBA und dem RWE der sechstgrößte Konzern in der BRD und einer der größten in Europa. Der Stahlbereich - hier wurde bereits im September eine gemeinsame Gesellschaft gegründet - steht mit einer Rohstahlproduktion von 15 Mio. Jahrestonnen auf Platz drei der Weltrangliste, nach dem koreanischen Posco-Konzern (19,5 Mio. Jahrestonnen) und dem japanischen Nippon Steel (17,5 Mio. Jahrestonnen).

Um Dimensionen des Weltmarktes geht es auch. Beide Konzerne befinden sich keineswegs in einer krisenhaften Situation. Vielmehr haben sie bereits in den letzten Jahren umfangreiche Umstrukturierungs- und Rationalisierungsprogramme durchgezogen und abgeschlossen. Bei der Krupp Hoesch AG sind von den 98.000 Beschäftigten bei der Konzernbildung vor fünf Jahren noch 68.000 übrig (vor der Ausgliederung des Stahlbereiches). Krupp-Chef Cromme hat einige Konzernunternehmen verkauft, andere dazugekauft. Die Gewinn- und Verlustrechnungen beider Konzerne weisen hohe Profite aus. Der Konzernzusammenschluß reiht sich ein in die Kette von Fusionen, die wenige Monate vor der Entscheidung über die Einführung des Euro in den EU-Ländern zu verzeichnen ist. Die Vorstände sprechen ausdrücklich von einer „Vorwärtsstrategie“, von Expansion.

Während der Konzernsitz inzwischen geklärt ist - es soll einen Doppelsitz in Düsseldorf und Essen geben - ist nach Presseberichten fast nur noch die Frage der Geschäftsführung umstritten. Sowohl Krupp Hoesch-Chef Cromme als auch Thyssen-Chef Vogel hegen Ambitionen und haben Unterstützung bei Teilen der Anteilseigner. Obwohl Krupp Hoesch der erheblich kleinere „Partner“ ist, hat Cromme gute Chancen. Größter Einzel-

aktionär des neuen Konzerns wird nämlich die Krupp-Stiftung, die 17-20% der Aktienanteile halten wird. Thyssen hat breiter gestreute Eigner.

Welche Auswirkungen die Fusion auf die Belegschaften hat, ist bisher nur unzureichend absehbar. Die IG Metall war an Gesprächen - auch mit der nordrhein-westfälischen Landesregierung - beteiligt. Zu der Zusammenballung von Kapital und Macht, die der neue Konzern bedeutet, hat sie sich nirgends kritisch geäußert. Im Gegenteil, die „Zwänge“ der Weltmarktkonkurrenz erkennt sie an. Sie fordert die Vermeidung betriebsbedingter Kündigungen und die Geltung der Montanmitbestimmung für den Gesamtkonzern.

Die erste Forderung soll erfüllt werden. Dies ist nicht so schwer, denn in unmittelbarem Zusammenhang mit der Fusion sollen „nur“ 2.000 Beschäftigte quer durch alle Standorte wegrationalisiert werden. Von den rund 6.000 Beschäftigten, die im Zusammenhang mit der Zusammenlegung der Stahlbereiche abgebaut werden sollen, spricht schon kaum noch jemand, ebensowenig von der Zukunft des Stahlstandortes Dortmund, der

nun konzernintern mit den Thyssen-Werken in Duisburg konkurrieren muß. Die Rheinschiene als billiger Transportweg spielt hier eine wichtige Rolle.

Die zweite Forderung ist umstritten. Bei Thyssen gibt es die Montanmitbestimmung noch im Konzern, bei Krupp Hoesch nicht mehr. Krupp-Chef Cromme hat sie bei der Fusion mit Hoesch 1992 auch bei Hoesch abgeschafft. Dieter Kroll, Gesamtbetriebsratsvorsitzender von Thyssen, hat sich nachdrücklich für den Erhalt der Montanmitbestimmung ausgesprochen. Er sieht diese Forderung als Gegensatz zu einer ausschließlich am „shareholder value“ orientierten Unternehmensphilosophie. Die Sicherung von Mitbestimmungsrechten, von Elementen der Wirtschaftsdemokratie paßt tatsächlich so gar nicht zu der Fusion, ebenso wenig wie die Abstimmung mit den von den Folgen der Fusion betroffenen kommunalen und regionalen politischen Körperschaften. Solche Forderungen sind nur ein Störfaktor, wenn es um die Zusammenballung von Produktionskraft, das rasche Ausnutzen von Synergieeffekten geht.

wof

Tarifrunde öffentlicher Dienst

ÖTV-Vertrauensleute im Jugendamt für Altersteilzeit

Stuttgart. Aus Anlaß der diesjährigen Tarifrunde im öffentlichen Dienst trafen sich Vertrauensleute und ÖTV-Personalräte am 29.10.97 zu einer Einführung in das Thema „Älterwerden in Sozialberufen“.

Aus der Erfahrung der letzten Jahre stoßen Versammlungen zur Diskussion über eine Lohnerhöhung auf wenig Interesse bei den ÖTV-Mitgliedern im Jugendamt, da jeder gewerkschaftlich Interessierte mit den Folgen der sog. „leeren Kassen“ zu kämpfen hat. Die Vertrauensleute entschieden sich deshalb für den Aspekt „Altersteilzeit“ aus dem Verhandlungspaket der ÖTV zu beschäftigungssichernden Maßnahmen, über das im Januar nächsten Jahres weiter verhandelt werden soll.

Zur Unterstützung hatten sich die Vertrauensleute den Verhandlungsführer der ÖTV Baden-Württemberg beim Altersteilzeit-Tarifvertrag für die Energieversorgungsunternehmen, Manfred Eichkorn, eingeladen.

Als beschäftigungspolitische Ziele bei den Verhandlungen über die Altersteil-

zeit nannte er: Übernahme der Auszubildenden, Arbeitsplätze sichern und Entlastung der Sozialkassen.

Der Spareffekt für den öffentlichen Dienstherrn würde sich daraus ergeben, daß bei der Lohnhöhe im öffentlichen Dienst die Dienstaltersstufen von großer Bedeutung sind. Beim Durchschnittslohn beträgt der Unterschied zwischen der ersten und letzten Altersstufe 2000 DM brutto. Im Unterschied zur Vorrhestandsregelung sollen die Arbeitsplätze der in Rente gehenden Beschäftigten erhalten bleiben. Das Arbeitsamt gibt einen Zuschuß zum Lohn für die in Altersteilzeit Beschäftigten, der laut Gesetz vom Arbeitgeber bezahlt werden muß, wenn eins zu eins eingestellt wird.

Beispiel Energieunternehmen: Für vier Beschäftigte in Altersteilzeit (immer 50%) werden zwei Arbeitslose in Vollzeit neu eingestellt oder zwei Ausgebildete übernommen. Allerdings sind nach den fünf Jahren, wenn die vier Teilzeiter in Rente gehen, zwei Stellen weg. Dies wurde von den jungen Teilnehmern als sehr kritisch bewertet. Sie meinten, daß um je-

den Arbeitsplatz gekämpft werden müsse. Außerdem gab es Bedenken wegen der damit verbundenen Rentenminderung im Bereich der Arbeiterinnen im Jugendamt. Dem wurde entgegengehalten, daß die Rentenminderung bei den Verhandlungen über die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst berücksichtigt werden müßten. Außerdem könnte der Stellenabbau bei der Stadt nicht ganz verhindert werden und eine Altersteilzeitregelung könnte dies abfedern.

Es wurde im Vorfeld der Vertrauensleuteversammlung ein Diagramm erstellt, aus dem hervorgeht, daß im Erzieherinnenbereich ein großer Teil der Beschäftigten über 40 Jahre alt ist. Es ist bekannt, daß viele Erzieherinnen sich nicht vorstellen können, noch mit 65 Jahren in Vollzeit „am Kind“ beschäftigt zu sein. Es wurde auf der Versammlung deshalb davon ausgegangen, daß im Jugendamt das Interesse an einer guten Altersteilzeitregelung groß ist. Der Gesamtpersonalrat der Stadt arbeitet gerade an einem Fragebogen, in dem u.a. auch das Interesse an Regelungen zur Altersteilzeit abgefragt wird. *mok*

Altersteilzeit-Tarifvertrag für Metall NRW

Materiell teilweise schlechter als Gesetz

Überraschend schnell haben sich die Tarifgegner geeinigt. Zum 1. November ist der Ende September im Tarifgebiet Nordwürttemberg-Nordbaden abgeschlossene Tarifvertrag zur Einführung von Altersteilzeit in Nordrhein-Westfalen übernommen worden. Abgesehen davon, daß die Positionen der IG Metall zu einer tariflichen Altersteilzeitregelung in NRW kaum diskutiert und schon gar nicht kampffähig waren, spricht die Geschwindigkeit der Übernahme nicht für das Ergebnis.

Die Forderungen zur tariflichen Regelung einer Altersteilzeit gehen zurück auf die Abschaffung der gesetzlichen Regelungen zum Vorruhestand und die stufenweise Heraufsetzung des Rentenalters auf 65 Jahre. Die bis zum 14.2.1996 gültigen Regelungen zum Vorruhestand wurden von den Gewerkschaften zwar immer kritisiert. Sie dienten vor allem den Großunternehmen dazu, ältere Beschäftigte ab einem Alter von 57 Jahren und 4 Monaten per Sozialplan aus den Betrieben zu drängen und die Kosten auf die Arbeitslosen- und Rentenversicherung abzuwälzen. Der Vorruhestand war aber auch die Grundlage eines „sozialverträglichen“ Belegschaftsabbaus. Viele ältere Beschäftigte waren froh, der Tretmühle zu entkommen. Deswegen stieß die Abschaffung der Vorruhestands-Regelungen auf den Widerstand der Gewerkschaften, insbesondere der IG Metall.

Altersteilzeitgesetz keine Lösung

Das statt Vorruhestand von Bundesarbeitsminister Blüm (CDU) vorgelegte Al-

tersteilzeitgesetz ermöglicht eine einvernehmliche Halbierung der regelmäßigen tariflichen Arbeitszeit ab einem Alter von 60 Jahren. Sofern es eine entsprechende tarifliche Regelung gibt, kann die Halbierung der Arbeitszeit durch eine Blockregelung umgesetzt werden: Bis zu 2,5 Jahre wird voll weitergearbeitet, anschließend folgt ein ebenso langer Freistellungsblock. Das Bruttoarbeitsentgelt wird ebenfalls um die Hälfte gekürzt, gleichzeitig aber um 20% aufgestockt, mindestens jedoch auf 70% des bisherigen Nettoentgelts (*einschließlich* Einmalzahlungen wie Weihnachts- und Urlaubsgeld). Der Zuschuß wird für längstens fünf Jahre vom Arbeitsamt erstattet, wenn der Betrieb im Zusammenhang mit der Altersteilzeitregelung einen Beschäftigten neu einstellt oder einen Auszubildenden übernimmt. Die Rentenbeiträge zahlt das Unternehmen auf der Basis von 90% des bisherigen Bruttoeinkommens, so daß die zu erwartende Rente sinkt.

Nach Berechnungen in der Zeitschrift „Sozialismus“ 11/97 bleiben einem statistischen Durchschnittsverdiener in den alten Bundesländern – Jahresbruttoentgelt von 53 806 DM (4060,83 DM monatl. und Einmalzahlungen in Höhe von 1,25 Bruttomonatseinkommen) – nach dem Altersteilzeitgesetz netto in Steuerklasse I/IV 24 165,02 DM statt 30 405 DM, in Steuerklasse III 26 785,59 DM statt 36 944 DM. Das sind in Steuerklasse I/IV 79,5% und in Steuerklasse III 72,5%. Die Unterschiede bei den Einkommensverlusten ergeben sich aus der unterschiedlichen Steuerprogression im Zusammenwirken mit dem abgabenfreien Aufstockungsbetrag von 20% des Bruttoteilzeitentgeltes. Die Verluste sind beträchtlich, insbesondere in Steuerklasse III. Die Forderungen der IG Metall für einen Tarifvertrag zur Altersteilzeit gingen denn auch über den Tarifvorbehalt in puncto Verblockung der Altersteilzeit hinaus. Die IG Metall wollte einen Rechtsanspruch der Beschäftigten auf Altersteilzeit durchsetzen, einen tragbaren, erheblich höheren finanziellen Ausgleich und einen Ausgleich der Rentenminderung. Dabei hatte sie auch im Blick, daß immerhin 9% der Beschäftigten der Metallindustrie 55 Jahre und älter sind. Ein erster Durchbruch gelang bei VW, wo ein großer Teil dieser Forderungen tariflich umgesetzt werden konnte.

Vom Schlichtungsergebnis von Nordwürttemberg-Nordbaden kann man das nicht sagen. Es ist in der IG Metall stark umstritten. Gesamtmetall-Chef Stumpfe empfahl die Übernahme in allen Tarifgebieten. Ein Abschluß kam bisher außer in NRW jedoch nur in Bayern zustande.

Nach den bereits erwähnten Berechnungen in der Zeitschrift „Sozialismus“ 11/97 bleiben bei dem NRW-Abschluß einem statistischen Durchschnittsverdiener netto in Steuerklasse I/IV 24 068 DM statt 30 405 DM, in Steuerklasse III 29 476 DM statt 36 944 DM (gerechnet als

Durchschnitt der Arbeits- und Freistellungsphase). Das sind 79,2% bzw 79,8%, wobei die niedrigeren Tariferhöhungen nicht berücksichtigt wurden. Die finanziellen Regelungen des Tarifvertrages bringen für einen Beschäftigten in Steuerklasse III also deutliche Vorteile, statt bei 27,5% liegt der Einkommensverlust nur bei 20,2%. Für einen Beschäftigten in Steuerklasse I/IV liegt der Verlust statt bei 20,5% jedoch bei 20,8%, ist also etwas *größer* als bei der gesetzlichen Regelung.

Der Tarifvertrag ist inzwischen nachgebessert worden, so daß mindestens der nach der gesetzlichen Regelung zustehende Betrag gezahlt werden muß. Für die Tarifexperten bleibt es peinlich.

Die Rentenbeiträge werden vom Unternehmen auf der Basis von 95% des Brutto-Einkommens gezahlt. Da die Berechnungsgrundlage wiederum das „Vollzeitarbeitsentgelt“ ohne Einmalzahlungen ist, kommt weniger heraus, als nach dem Altersteilzeitgesetz. Nach Berechnungen in der genannten Zeitschrift erwirbt der Durchschnittsverdiener nach Tarifvertrag nur 88,28% des Rentenanspruchs bei Vollzeittätigkeit, gegenüber 90% im Altersteilzeitgesetz. Und spätestens hier stellt sich die Frage, welchen Sinn die tariflichen Regelungen eigentlich machen.

Bei einem früheren Rentenbeginn ab 60 Jahren schließlich gibt es für den gesetzlichen Rentenabschlag (pro Jahr 3,6%, bei fünf Jahren also 18% dauerhafte Rentenminderung) eine Abfindung von maximal drei Monatseinkommen. Um diesen Abschlag zu vermeiden, bleibt nur der Weg der Einzahlung in die Rentenversicherung: Für einen durchschnittlichen LVA-Rentner 95 000 DM. Das VW-Modell sichert bei früherem Rentenbeginn dagegen einen Zuschlag des Unternehmens, durch den die Rente nicht mehr als 9% gekürzt wird.

Etliche andere Details sind im Tarifvertrag gar nicht geregelt. Für den Fall eines Konkurses enthält der Tarifvertrag immerhin den Hinweis auf Regelungsbedarf. Was passiert jedoch z.B., wenn jemand während der Altersteilzeit aus gesundheitlichen Gründen eine vorzeitige Rente erhält? Werden die Einkommensverluste während der Arbeitsphase nachträglich ausgeglichen?

Schließlich verpflichtet das Schlichtungsergebnis die Tarifparteien darauf, noch im 4. Quartal 1997 Verhandlungen über eine „Reformierung und Modernisierung der Tarifverträge“ aufzunehmen. Diese Aussicht ist beunruhigend. Die von den Kapitalistenverbänden geforderte betriebliche Öffnung der Tarife erhält durch das vorliegende Ergebnis zur Altersteilzeit Schützenhilfe. Und gerade der nordrhein-westfälische IG Metall-Bezirksleiter, Harald Schartau, ist ein Vorreiter in der internen Diskussion der IG Metall über Tarif-Öffnungsklauseln.

Ende des Monats findet die bundesweite tarifpolitische Konferenz der IG

Metall statt. Seit längerem geplant, sollen hier der Streit um die zukünftige Tarifpolitik geführt werden. Es bleibt zu hoffen, daß die Konferenz dazu beiträgt, Probleme zu klären. Es sollte nicht einreißen, Fakten zu schaffen, wie das im Zusammenhang mit dem Tarifvertrag zur Altersteilzeit gemacht wurde: Der 1998 kündbare Manteltarif wurde – wie zuvor in Baden-Württemberg – auch in NRW per Protokollnotiz bis zum Jahre 2001 verlängert. Damit ist der Vorschlag des IG Metall-Vorsitzenden Zwickel zur weiteren Verkürzung der Arbeitszeit (32-Stunden-Woche) für die nächsten drei Jahre ist vom Tisch. **Wolfgang Freye** Quellenhinweis: Tarifvertrag zur Altersteilzeit in der Eisen-, Metall- und Elektroindustrie NRW; „Sozialismus“ 11/97

Baugewerbe Berlin

Kartellamt untersagt „Tariftreue-Erklärung“

Am vergangenen Donnerstag verbot das Kartellamt dem Berliner Senat, öffentliche Straßenbauaufträge nur noch an solche Unternehmen zu vergeben, die sich zur Einhaltung der geltenden Berliner Tarifverträge im Baubereich verpflichten (Tariftreue-Erklärung). Als Begründung führte das Kartellamt an, daß dies eine unerlaubte Subventionierung Berliner Baufirmen sei. Baufirmen aus anderen (Bundes-)Ländern, die die dortigen, niedrigeren Tarife einhielten, würden somit benachteiligt. Dies verstößt gegen das Diskriminierungsverbot, da das Land Berlin bei der Nachfrage von Straßenbauleistungen marktbeherrschend sei. Darüber hinaus sei das Ziel der Tariftreue-Erklärung, das Verhindern von Dumpinglöhnen, durch die Einführung von Mindestlöhnen am Bau bereits erreicht.

Dieses Verbot haben sowohl die Tarifparteien als auch der Berliner Senat heftig kritisiert. Die IG BAU betrachtet diese Entscheidung als „Aufforderung zu Lohndumping und Tarifflucht“, die die Arbeitslosigkeit von Bauarbeitern in Berlin noch weiter verschärfe. Sie forderte den Berliner Senat auf, an der bisherigen Vergabepraxis festzuhalten: „Wer Steuergelder einsetzt, hat auch die Verpflichtung, darauf zu achten, daß nicht jene davon profitieren, die den Sozialstaat mit Füßen treten.“

Die Bauarbeitgeber sehen in der Tariftreue-Erklärung den Schutz der „einheimischen mittelständischen Bauwirtschaft“. Erst durch die Anwendung der Tariftreue-Erklärung entstehe „Gleichheit im Wettbewerb“.

Der Berliner Bausenator will gegen das Verbot den Rechtsweg beschreiten und voll ausschöpfen. Dem Kartellamt ist dies nur recht. Es will offensichtlich den Berliner Fall als Musterverfahren nutzen, um die Frage von „vergabefremden Aspekten“ grundsätzlich klären zu las-

sen, denn andere Bundesländer sind dem Berliner Beispiel gefolgt. Bis zur endgültigen Entscheidung gilt die Tariftreue-Erklärung weiter. **har**

Jerry Tucker, UAW

USA-Jobwunder – eine Lüge

Auf Einladung verschiedener Freiburger DGB-Gewerkschaften sprach auf einer Veranstaltung Jerry Tucker, Mitglied der amerikanischen Automobilgewerkschaft UAW. Tucker gab auf der leider schlecht besuchten Veranstaltung einen Einblick in das sogenannte „Jobwunder“ in den USA und die Möglichkeiten neuer Protest- und Streikaktionen, wie sie dort mit Erfolg durchgeführt werden.

Das „Jobwunder“ in den USA ist eine Lüge, so Tucker. Seit 15 Jahren werden massiv qualifizierte Arbeitsplätze in Industrie und öffentlicher Verwaltung gezielt vernichtet. Für die ehemals dort Beschäftigten bleibe als Ersatz nur der Einstieg in miserabel bezahlte und tariflich katastrophal ausgestattete Niedriglohnarbeitsplätze. Millionen von Familien leben in den USA unterhalb der Armutsgrenze von 18 000 Dollar im Jahr. Vielfach haben die Menschen nur die Möglichkeit, durch drei oder vier Jobs finanziell über die Runden zu kommen. Aber diese Art von Beschäftigungsverhältnissen sind nicht auf die USA begrenzt. Was

bei ihnen vor zehn Jahren begann kommt heute auch in die BRD und andere Staaten. Es sei wichtig, die internationale Dimension der neuen Arbeitsorganisation des Kapitals zu begreifen. Internationale Solidarität sei heute wichtiger denn je. Durch die Internationalisierung des Kapitals können die Lohnabhängigen weltweit gegeneinander ausgespielt werden. Das muß verhindert werden. Gegen die Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse sei mit den traditionellen Mitteln des Massenstreiks schwer anzukommen, so Tucker. In den USA haben sich daher neue Methoden des Arbeitskampfes entwickelt. Tucker selbst favorisiert die sogenannte „in-plant-strategy“, die er selbst mitentwickelt hat. Es handelt sich dabei um eine Art Bummelstreik, wo durch Senkung der Produktivität die Kosten für das Unternehmen ständig erhöht wird, ohne daß die Produktion völlig lahmgelegt ist. Durch die Dienst-nach-Vorschrift-Methode haben die Kapitalisten weniger Möglichkeiten, durch Sanktionen bis zur Entlassung (was bei traditionellen Streikformen in den USA die Regel ist) die Lohnabhängigen zu spalten. Jerry Tucker hat mit dieser Form einer flexiblen Arbeitskampfstrategie in den USA nicht nur Freunde. Seine eigene Gewerkschaft die UAW lehnt das Modell ab und versucht eher gütlich mit den Kapitalisten ins reine zu kommen. Tucker hat daraus die Konsequenzen gezogen und bietet den Lohnabhängigen auf eigene Faust sogenannte „solidarity schools“ an. **hav**



Solidaritätsaktion gegen Schließung des ABB-Werkes Saarbrücken: Knapp 500 Beschäftigte von ABB Kraftwerke in Mannheim-Käfertal und eine Delegation von Adtranz Mannheim fuhren am 30. Oktober mit neun Bussen nach Saarbrücken, um dort die Saarbrückener Beschäftigten im Kampf gegen die drohende Schließung des Werkes zu unterstützen. Mit dieser Solidaritätsaktion „bedankten“ sich die Mannheimer bei ihren Saarbrückener KollegInnen, die in den letzten Jahren wieder nach Mannheim zu Solidaritätsaktionen gegen Arbeitsplatzabbau gekommen sind. Das ABB-Elektromotorenwerk Saarbrücken beschäftigt zur Zeit nur noch 240 Leute. Wichtige Produktionslinien wurden in den letzten Jahren weggegeben, so daß das Werk immer weniger ausgelastet ist. Die Geschäftsleitung „denkt“ nun über eine mögliche Schließung nach. Die Beschäftigten, die Vertrauensleute und der Betriebsrat von Saarbrücken fordern von der Geschäftsleitung ein „Überlebenskonzept“. Um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, setzen sie auf eine Vielzahl von öffentlichkeitswirksamen Aktionen, z.B. Mahnwachen vor dem Tor, vor dem Tor wurde ein Zelt für die Öffentlichkeitsarbeit aufgebaut, nun wird über einen Auslieferungsstop der gefertigten Motoren diskutiert. Bevor die Mannheimer die Saarbrückener KollegInnen auf ihrem Werksgelände besuchten, demonstrierten sie gemeinsam in Saarbrücken und hielten vor dem Landesarbeitsamt eine Kundgebung ab. **scr**

PDS-Landesparteitag Baden-Württemberg: Zeichnen sich bessere Bedingungen für PDS-Politik ab?

Gemischte Ergebnisse lassen hoffen

Am 8.11. fand in Stuttgart die Landesmitgliederversammlung der PDS Baden-Württemberg statt. Ca. 100 Mitglieder, etwa die Hälfte der Mitgliedschaft des Landesverbandes, waren anwesend. Hauptthema: die Neuwahl des Landesvorstandes. Änderung oder weitere Verfestigung der bisherigen Politik des Landesvorstandes und die Fragen, wie geht die PDS in Baden-Württemberg in die Bundestagswahlen, das waren Entscheidungsgründe, die viele veranlaßt haben, die Mitgliederversammlung zu besuchen.

Vom Bundesvorstand nahmen Lothar Bisky und Dietmar Bartsch als Bundesgeschäftsführer teil.

In seinem Einleitungsbeitrag nahm Lothar Bisky zu drei Punkten Stellung: zum Wahlprogramm für die Bundestagswahlen, das derzeit erarbeitet wird, zur Politik in den Landesverbänden und zur Zusammenarbeit zwischen Bundesvorstand und Landesverbänden. Auf starke Zustimmung stieß die Darstellung der Grundzüge des neu ausgearbeiteten Wahlprogrammes. Offensichtlich hat der Bundesvorstand Konsequenzen aus der Kritik an der bisherigen Wahlstrategie gezogen. Hier war jetzt nicht mehr nur die Rede vom Mitspielen bei Reformen und Rot/Grün, sondern auch von der Notwendigkeit der Opposition möglicherweise auch gegen eine große Koalition, von einer Wahlpolitik gegen Rechts und gegen faschistische Organisationen, von der Kritik der Ausländerpolitik und des Militarismus und von der Diskussion um neue Eigentumsformen. Zur Politik in den Landesverbänden betonte Bisky, daß „Einheitlichkeit“ kein eigenständiges politisches Ziel sei und die in der PDS vertretenen unterschiedlichen Standpunkte auf der Basis des Parteiprogrammes zusammenwirken können.

Konnte sich die bestimmende Mehrheit im Landesvorstand bei der letzten Mitgliederversammlung im Sommer bei ihrer eigenwilligen Auslegung von PDS-Politik noch auf den auch damals anwesenden Dietmar Bartsch berufen, so waren Biskys Ausführungen zu den Bundestagswahlen jetzt eher ein Kontrastprogramm dazu.

Sprecher und Sprecherin des Landesvorstandes und der Finanzverantwortliche – der in der Presse nicht selten zitierte „Landesschatzmeister Richard Pitterle“ – die unter anderem gemeinsame Parteivergangenheit in der DKP eint, hatten die in einem Landesvorstand not-

wendige Offenheit für die verschiedenen gesellschaftlichen Interessen, die in der PDS vertreten werden, ersetzt durch rechte Blockbildung.

Die Entwicklung einer Politik gegen die herrschende Ausländerpolitik wurde versucht zu unterbinden, in Presseerklärungen distanzierte man sich im Namen des Landesvorstandes von Mitgliedern aus der Tradition des BWK und der VSP gegenüber Angriffen des Verfassungsschutzes, Parteieintritte wurden nach politischer Herkunft bearbeitet und notfalls auch mit Schiedsverfahren blockiert, mit dem Bundestagsabgeordneten Winfried Wolf gab es nicht nur keine Zusammenarbeit, seine Arbeit wurde von der genannten Vorstandsgruppierung behindert und teilweise in unflätigster Weise angegriffen usw., usf.

Im Vorfeld der Landesmitgliederversammlung wurde dann auch noch unter Zuhilfenahme Gysis als Gastartikler im Landesinfo die Kulturrevolution als Abgrenzungskriterium gegen Mitglieder aus der Tradition der „neuen Linken“ bemüht.

Dafür war dann der Wahlausgang eher im positiven Wortsinne „gemischt“: Als neuer Landesprecher wurde mit großer Mehrheit Peter Linnes aus der BO Heidelberg gewählt. Als Landessprecherin kandidierte ohne Gegenkandidatin die bisherige Landessprecherin und wurde mit erheblichen Nein-Stimmen und Enthaltungen gewählt. Wiedergewählt wurde der „Landesschatzmeister“ R. Pitterle (52%, erstmals Gegenkandidaten), in den Landesvorstand gewählt wurde aber auch der Bundestagsabgeordnete Winfried Wolf. Weitere Wahlmandate sind auf der nächsten Mitgliederversammlung im Januar zu wählen.

Nimmt man die jetzt hervortrenden Inhalte des Wahlprogramms zu den Bundestagswahlen und das Wahlergebnis zum Landesvorstand zusammen, so bedeutet das doch: die bisherige Lähmung muß nicht einfach weitergehen, die Bedingungen für eine Mobilisierung zu den Bundestagswahlen mit der PDS und gegen Rechts haben sich im Landesverband unterm Strich eher verbessert.

Im Januar wird die zweite Tagung des Landesparteitags stattfinden. Vielleicht schafft die PDS Baden-Württemberg schon da mit einem Übergang zu einem demokratischen, diskursiven Parteiverständnis den Schritt aus den inneren Auseinandersetzungen heraus in den Wahlkampf. *chc*

Als Gregor Gysi vor Monaten ein Interview in der Zeitschrift *Sozialismus* dazu nutzte, seine Meinung über die PDS im Westen mit verletzend formulierten Angriffen auf Arbeitsgemeinschaften in und bei der PDS zu verbinden und dabei die Kulturrevolution in die Debatte zog, erkannten wir Angegriffenen nicht, in welch gefährliches Fahrwasser dieser Diskurs gesteuert werden könnte. Es wäre zweifellos besser gewesen, die Auseinandersetzung, die sich daraus entsponnen hat, frühzeitig zu dokumentieren. So ist es jetzt – leider – ziemlich viel auf einmal. Was geschah danach?

Der Landesvorstand der PDS BaWü entschied sich, den entsprechenden Auszug des Gysi-Interviews im Landesinfo zu publizieren. (Dok. Nr. 1). Daraufhin gab es ebendort zwei Antworten, eine aus

Gregor Gysi ver

DOK. NR. 1: Der folgende Text war abgedruckt im PDS-Landesinfo Baden-Württemberg 1/97 vom Feb. 97

Gregor Gysi zur PDS West

Stichwort: Angst in der Gesellschaft abbauen. Das Problem beginnt doch viel früher: Die PDS ist im Westen noch nicht einmal unter Linken, die sich als Sozialisten verstehen, akzeptiert. Die bisherigen Versuche, die PDS im Westen zu verankern, gescheitert. Warum?

Gysi: Die Westlandesverbände haben zum Teil Sektencharakter. Der freie Hegelsche Geist, der in einem Linken oder konsequenten Demokraten wohnt, hat eine Antipathie gegen Sekten. Deshalb fühlen sich potentielle SympathisantInnen eher abgestoßen, entwickeln vielleicht Mitleid mit dem Haufen, aber halten sich auf jeden Fall fern, wollen damit nicht näher etwas zu tun haben.

Natürlich gibt es auch gute, engagierte GenossInnen in den Westlandesverbänden, aber die kommen weniger zum Zuge. Das Problem im Westen ist, daß verschiedene Gruppen versuchen, ihr über Jahrzehnte gepflegtes Sektentum auf die PDS zu übertragen. Das ist der Fall beim Bund Westdeutscher Kommunisten, der in der PDS als AG BWK eine eigene Struktur aufrechterhalten will. Ich bin dagegen. Wer sich zum demokratischen Sozialismus bekennt, muß sich vom Maoismus der Kulturrevolution lösen.

Wie kann der erbärmliche Zustand im Westen überwunden werden?

Gysi: Die PDS muß es zunächst einmal wollen.

Sie will es nicht?

Gysi: 1990 wollte sie es. Dann hat sie die Ablehnung im Westen gespürt, aber zunehmende Akzeptanz in den neuen Bundesländern. Daraus ist eine gewisse Selbstisolierung, Einigung erwachsen,

DOKUMENTATION

Heilbronn (Dok. Nr. 2) und eine aus Tübingen (Dok. Nr. 3). Von den Repliken, die es auf diesen beiden Texte gab, dokumentieren wir die Reaktion Gregor Gysis auf die an ihm geführte Kritik (Dok. Nr. 4) und einen Auszug aus einem von 13 Leuten aus dem Zusammenhang der PDS BaWü unterzeichneten Antrag (Dok. Nr. 5), nach dem der Landesparteitag die beiden PDS Mitglieder, die auf Gysis Angriff geantwortet hatten, auffordern solle, wegen ihrer Ansichten betreffes Kulturrevolution aus der PDS auszutreten. Dem Landesparteitag lag dazu wiederum eine Stellungnahme eines der Gysi-Kritiker vor (Dok. 6). Christian Fortmann stellt darin fest, daß die zahlreichen Stellungnahmen nach einer gründlicheren Befassung mit dem angrissigen Themen rufen. Christian Fortmann weist darauf hin, daß der von Gy-

si gesuchte Streit um die Bewertung der Kulturrevolution Wurzeln in der Spaltung der 68er-Bewegung durch die DKP und damit bis zu einem gewissen Grade auch durch die SED haben dürfte. Hier gibt es ein Stück Geschichte aufzuarbeiten. Man hätte denken können, die Sache sei Geschichte. Aber: Menschen, die politisch handelten oder schwiegen, als Mauern gebaut wurden, es in China zur Kulturrevolution kam, die Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei einmarschierten, die USA über Vietnam herfielen und noch manches andere mehr geschah, viele dieser Menschen handeln auch heute noch. Wahr könnte die weitere Entwicklung der Geschichte alle darauf gestoßen haben, daß ihre seinerzeit erarbeiteten Meinungen und Positionen problematisch sind. Man sollte sogar einige gewisse Scheu vor der Praktik erwarten,

ten, in der Auseinandersetzung mit Meinungen Sanktionen oder Sanktionsdrohungen einzusetzen. Vielleicht war es ja sogar eines der Probleme der Kulturrevolution, daß sie aus einer solchen autoritären Struktur des Diskurses nicht herausgefunden hat, sondern mit Macht von unten gegen Macht von oben durchkommen wollte. Ob die kulturrevolutionären Massen in China die Chance hatten, ihr Anliegen auf der Ebene der Argumente auszutragen ist fraglich, und so ist der Verlauf tragisch. Daß wir heute in der PDS jedenfalls die Chance hätten, Meinungsverschiedenheiten argumentativ zu bewältigen, ist hingegen eher wahrscheinlich, und besonders interessant ist, daß eine Annäherung an die Tatsachen nur in einer streitigen Zusammenarbeit zwischen jenen, die damals verschiedene urteilten, möglich sein dürfte. maf

rennt sich in Streit über die Kulturrevolution ...

ein Wohlfühlen im partiellen Aufrechterhalten von DDR-Gesellschaft. Das führt dazu, daß man den Kultursprung eigentlich nicht mehr will. Die Landesverbände erscheinen dann nicht wie Teile der eigenen Partei.

Die eine Bedingung ist also die Bereitschaft zum Kultursprung in der PDS. Wenn diese Bedingung irgendwann erfüllt sein sollte, dann liegt es an der Linken im Westen, die Chance zu erkennen, die die PDS bietet zur Veränderung der Bundesrepublik Deutschland. Dann müßten sie eintreten und die Sektentreter marginalisieren. Die Linken im Westen müssen neugierig werden auf die PDS. Das werden sie nur, wenn sie das Gefühlen haben, die PDS ist kein ostdeutscher Regionalverband, sondern hat mit ihnen etwas zu tun.

Quelle: Sozialismus 1/1997

Dok. Nr. 2: Dieser Text stand im Landesinfo Nr. 3/1997 vom Juli

Diskussionsbeitrag: „Gregor was here“

... Wer den Kasten über die PDS West (entnommen dem Landesinfo 1/97 der PDS BaWü) liest, wundert sich vielleicht, warum Gregor Gysi überhaupt nach Heilbronn kam. Schließlich ist der Sprecher der örtlichen Initiative und Autor dieser Zeilen unter anderem Mitglied in der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft in und bei der PDS Ba-Wü (ehemals BWK). „Jahrzehnte gepflegtes Sektensein“ ist trotzdem nicht vorhanden und kann deshalb auch nicht auf die PDS übertragen werden. Die eher spaßige Aufforderung Gysis, daß die kleine Mitgliederzahl der PDS vor Ort den Vorteil habe, daß sie leicht unterwandert werden kann, wird durch den Kasten vielleicht verständlich. Wahrscheinlicher ist, daß sich Gysi an der Basis der West-PDS einfach nicht genügend auskennt. Trotzdem zeigt der Kasten, daß es auch in der PDS

eine Form der politischen Auseinandersetzung gibt, die auf Diffamierung und satzungswidriger Ausgrenzung beruht und nicht auf sachlichem Meinungsstreit. Gysi will „marginalisieren“ (an den Rand drängen) und ausgrenzen. Wer denkt da als ehemaliger Maoist nicht mal an Kulturrevolution, an Politik von unten? Wer sich zum demokratischen Sozialismus bekennt, muß sich vom Personenkult lösen, demokratische Streitkultur entwickeln und die PDS vor Ort erst einmal aufbauen, bevor sie unterwandert werden kann.

Lieber Gregor, wie Du siehst, gibt es in Heilbronn noch Diskussionsbedarf und eine Reihe interessanter Themen. Nachdem nun klar ist, daß Du bei den Bundestagswahlen 1998 wieder kandidierst, wollen wir Dich schon jetzt zu einer Wahlkampfveranstaltung während der heißen Phase nach Heilbronn einladen. *Mit kritischen und solidarischen Grüßen, Johannes Müllerschön, Heilbronn*

Dok. Nr. 3: Der folgende Text erschien im PDS Landesinfo Baden-Württemberg 4/97 Aug. 97

Notwendiger Nachtrag zu einem unnötigen Vorgang

Von Christian Fortmann, (Tübingen) Das Landesinfo 1/97 dokumentiert unter dem Titel „Gregor Gysi zur PDS West“ eine Meinung der Redaktion, welche sie durch Gregor Gysi aussprechen läßt. (...) HEGELSCHER GEIST. Gregor Gysi attestiert den „teilweisen Sektencharakter der westdeutschen Landesverbände“ und beruft sich dagegen auf den „freien Hegelschen Geist, der in einem Linken oder konsequenten Demokraten wohnt“ als Zeugen für seine „Antipathie gegen Sekten“. Ob die getroffene Zuordnung von Hegelschem Geist, Linken und Demokraten zutrifft, mag dahinstehen – man hat eher den Eindruck, daß es um die philosophische Bildung in der Linken ge-

genwärtig nicht allzugut bestellt ist.

(...)

Weiter kann man lesen, daß „wer sich zum demokratischen Sozialismus bekennt, sich vom Maoismus der Kulturrevolution lösen (muß)“. (...)

In dem Imperativ: „Wer sich bekennt ... muß sich lösen“ ist nun außerdem ein unausgewiesener Schluß unterlegt, der seine Legitimation aus dem ebensowenig ausgewiesenen negativen Urteil über die chinesische Kulturrevolution bezieht. (...) Der Autor läßt vermuten, daß es sich um eine Ansicht handelt, die in der real existierenden DDR sich gebildet hat, am Material, das da verfügbar war. Niemand aber wird im Ernst behaupten können, daß die parteioffizielle Würdigung von Kulturrevolution und Maoismus durch die SED einem philosophisch abgeklärten Urteil entsprungen ist – sie war ein Kind der Leidenschaft, geboren in der Hitze der Polemik. Hierüber gilt es nicht im Nachhinein zu rechten, es zeugt jedoch von begriffslos unkritischem Verhalten zur eigenen Geschichte, wenn solche Urteile heute als Selbstverständlichkeiten ausgeteilt werden. Dies ist nicht nur unhegelsch unphilosophisch, sondern trägt zudem Züge politischer Infamie, denn der kategorische Imperativ des „lösen von ...“ erschlägt die notwendige geschichtliche Reflexion.

Wenn man sich an diesen Gegenstand heranmachen möchte, wie es Gregor Gysi und die Redaktion tun, wozu andererseits niemand sie zwingt, dann ist schon einige Gründlichkeit verlangt. Man wird sich dann als erstes mit der Frage beschäftigen müssen: worum ging es in der Kulturrevolution?, und dabei auf Ziele stoßen wie: Aufhebung des Widerspruchs von Stadt und Land, der Arbeitsteilung insbesondere von Hand und Kopfarbeit. Letzteres ist alles andere als eine Erfindung des Maoismus, schon Schiller wußte, daß hier ein Problem liegt, das der

Emanzipation des Menschen im Weg steht. Später, wie Horkheimer und Adorno haben diese Art von unbewältigten gesellschaftlichen Antagonismen geradezu zu einem Kardinalpunkt ihrer Kritik des realen Sozialismus gemacht. Der geschichtliche Rang der Kulturrevolution liegt darin, gesellschaftliche Antagonismen überhaupt ins Bewußtsein praktischer Politik gehoben zu haben, deren Konservierung kein geringer Grund für den Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus gewesen ist. Die Kritik, die man am Verlauf der Kulturrevolution haben mag, muß sich diesen Fragen jedenfalls stellen und kann sie nicht eingewickelt in Distanzierungsimperative ein für allemal erschlagen.

KANTHERSCHER GEIST. Wenn schon dieses Verhältnis zur Sache ganz unphilosophisch ist, so hat man wenigstens ein praktisches Rezept für die Westlandesverbände parat, nämlich den Appell an – die „Linken im Westen“, „die Sektenvertreter zu marginalisieren“ (...).

Dieser Begriff hat im Staatshandeln und politisch-soziologischen Herrschaftsdiskurs der BRD seinen spezifischen, über Jahre gefestigten Gehalt. Marginalisieren – wörtlich: an den Rand stellen – steht für die Verwendung eines ausgefeilten Arsenals von Instrumenten zur Ausschaltung von Widerstand, Opposition und Emanzipationsbestreben, deren Kern allemal in der Vernichtung von persönlichen Integrität und bürgerlicher Existenz besteht. Oder, in den bündigen Worten eines exportierten Unionspoliti-

Eine dunkle Sache ... Klar, daß die PDS im Westen die PDS im Westen ist? Daß Landesparteitage in Landessachen entscheiden und, wenn es um Sachen Bundesparteigeht, die von den Landesverbänden gewählten Delegierten auf dem Parteitag? Schön, d.h. demokratisch wär's. Aber die Unterzeichner der unten dokumentierten Plattform setzen sich selbst an die Stelle des Parteitags. Sie wollen PDS im Westen? Moment mal, sie haben PDS im Westen, was denn sonst. Sie sind es, die was anderes wollen, und die es vorbei an den demokratischen Einrichtungen der Partei erreichen wollen. Ach, laßt doch die Sonderbündelei, diskutiert lieber inhaltlich mit auf den Parteitagen in Land und Bund! **may**

DOKUMENT: Wir wollen PDS auch im Westen! Die PDS in West und Ost steht vor einer anspruchsvollen Aufgabe: zu einem Politikwechsel beizutragen und mit über fünf Prozent wieder in den Bundestag einzuziehen. Dafür wollen wir kämpfen. Wir engagieren uns dafür, daß die PPS im Westen an Akzeptanz gewinnt und linke Politikvorstellungen nachvollziehbar und wählbar werden. Unsere Gegner und Konkurrenten im Wahlkampf werden alles daran setzen, die PDS im Osten zurückzudrängen und sie im Westen in ihrer Entwicklung zu behindern. Für uns ist die PDS die sozialistische Partei der Bundesrepublik. Ihre Existenz und Notwendigkeit ist inhaltlich aus der konkreten gesellschaftlichen Situation begründet. Wir wollen eine PDS, die stark in den Parlamenten und in den außerparlamentarischen Bewegungen ist. Die PDS im Westen hat sich seit 1994 stabilisiert. Sie ist politikfähiger geworden. Es ist ihr gelungen, gegenüber Gewerkschaftern, sozialen Initiativen und Verbänden Interesse an ihrer Politik zu wecken. Die vielfältige Beteiligung von Persönlichkeiten aus dem Westen an Konferenzen und Veranstaltungen der PDS

kers auf einer Tagung der Hanns-Seidel-Stiftung gegenüber Wolfgang Richter, Vorsitzendem der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde über den Umgang mit den „ehemaligen DDR-Eliten“: „Wir werden sie nicht in Lager sperren, das haben wir nicht nötig, sondern an den sozialen Rand drängen.“ (ND 11. 2.92)

Begriff und Methoden des Marginalisierens entquellen einem Vernichtungsbedürfnis, wie es in den Figuren der Kanther, Beckstein, Seiters staatspraktisch institutionalisiert ist.

Gregor Gysi und die Redaktion des Landesinfo hantieren mit hochbrisantem Stoff, wenn sie meinen, das Marginalisieren als zulässige Methode des Verkehrs in der PDS einführen zu dürfen. (...) (aus *Platzgründen an den bezeichneten Stellen gekürzt, d. Red.*)

•

Dok. Nr. 4: Text aus Landesinfo 5/97 Okt. 97

REPLIK I:

Im Beitrag „Notwendiger Nachtrag zu einem unnötigen Vorgang“ übte Christian Fortmann Kritik an der Redaktion und Gregor Gysi. Von Gregor Gysi erreichte uns folgende Stellungnahme:

Den Beitrag von Christian Fortmann habe ich gelesen. Ich habe nicht die Absicht, mich dazu ausführlich zu äußern. Wer diesbezüglich Fragen an mich hat, kann sie gerne stellen. Ehrlich gesagt erschüttert mich an dem Beitrag weniger, daß Christian Fortmann versucht, mich auf

sind ein Beleg dafür. Gleichwohl muß der Westaufbau der PDS eine neue Qualität erreichen. Dies wird aber nur möglich sein, wenn es uns gelingt, uns weiter zu verankern und ein positives Bild von der PDS im Westen zu vermitteln. Dazu haben Landessprecherinnen und -sprecher der PDS aus westlichen Bundesländern in ihrem Diskussionsangebot „Den Wahlkampf West mit dem Westaufbau verbinden“ konkrete Vorschläge unterbreitet. Sie wollen die Wahlstrategie, die Beschlüsse des Schweriner Parteitages das demokratisch-sozialistische Profil der PDS mit Reformpolitik und Wahlkampf verbinden.

Allerdings hat die Diskussion um den Westaufbau der PDS mit den umstrittenen Beschlüssen der Landesverbände Hamburg und Niedersachsen zur Bürgerschafts- und Landtagskandidatur eine neue Zusitzung erfahren. Im Landesverband Hamburg hat eine denkbar knappe Mehrheit eine Bürgerschaftskandidatur der PDS im Bündnis mit der DKP durchgesetzt, die der PDS als gesamtdeutsche Partei Schaden zugefügt hat. In Niedersachsen scheint der Landesverband der PDS mit seinem Beschuß, eine ähnliche Kandidatur vorzubereiten, einen vergleichbaren Weg zu beschreiten. In anderen westlichen Landesverbänden, aber auch in östlichen Landesverbänden, gibt es – zumindest einzelne – Unterstützerinnen und Unterstützer für solche Positionen. Diese Haltung, die Schweriner Parteitagsbeschlüsse zu ignorieren, ist für uns ebenso inkzeptabel wie sich in erster Linie gegen den Parteivorstand, der demokratisch gewählt wurde, zu definieren. Es ist so, daß solche Ge nossinnen und Genossen eine andere Partei als die PDS wollen und deshalb versuchen, unter dem Deckmantel der Eigenständigkeit ihrer Landesverbände ein sektierisches Parteikonzept gegen die Parteimehrheit zu installieren. Dieser Gefahr wollen wir begegnen.

Das Ende des osteuropäischen Staatssozialismus ist nicht nur für die Mitglieder der

SED eine prinzipielle Zensur gewesen. Die gesamte Linke ist in der Auseinandersetzung mit diesen Erfahrungen aufgefördert, sozialistische Ziele und Politik konsequent mit Demokratie sowie Bürger- und Menschenrechten zu verknüpfen. Sozialistische Politik kann wirksam nur zurückgewonnen werden, wenn elitäre Ansprüche aufgebt. Die Ursachen für Probleme in den westlichen Landesverbänden liegen aber nicht nur im Westen. Wir sehen Versäumnisse des Parteivorstandes. Sein Engagement für den Westen ist nicht ausreichend, seine Kritik oft pauschal und sein Verhalten nicht immer partnerschaftlich.

Das Medienecho auf lokale Fehlentscheidungen – wie in Hamburg und Niedersachsen – führt zu einer Stigmatisierung der gesamten West-PDS als sektierisch, politikunfähig und als Verliererpartei. In und außerhalb der PDS mehrhen sich angesichts dessen wieder Stimmen, die von einem Scheitern des Westaufbaus der PDS reden. Dies betrifft natürlich die Partei als Ganze und droht massive Schwierigkeiten bei der Vorbereitung der Bundestagswahl nach sich zu ziehen.

Die Motive, PDS zu wählen, sind und werden auch weiterhin vielfältig sein. Wir wollen die Vielfältigkeit der Zugänge aufbauen und nicht einengen. Dafür müssen auch Meinungsmultiplikatorinnen und -multiplikatoren gewonnen werden. Dies wird aber nur möglich sein, wenn die PDS auch im Westen eine reformorientierte Politik entwickelt. Die westlichen Landesverbände der PDS, der Parteivorstand, das Bundeswahlbüro und die Bundestagsgruppe spielen ein zentrale Rolle bei einer positiven Umdeutung des bisherigen Bildes der West-PDS in der Öffentlichkeit.

Mit unserer Initiative wollen wir dazu beitragen, wechselseitige Irritationen auszuräumen und einen Diskussionsprozeß in Gang zu setzen, in dem die Kräfte im Westen, die auf der Grundlage der Wahlstrategie und den Beschlüssen des Schweriner Parteitages

eine Stufe mit Manfred Kanther zu stellen. Wenn er den Unterschied zwischen jenem und mir nicht erkennt, dann ist das in erster Linie nicht mein, sondern sein Problem. Im übrigen weiß ich gar nicht, weshalb sich der Autor so sehr über den Begriff des „Marginalisierens“ erregt. Es ist völlig legitim, in einer politischen Partei dafür einzutreten, daß bestimmte Auffassungen nicht mehrheitsfähig werden, nicht das Bild einer Partei prägen sollen. Und wenn dies gelingt, dann sind diese Auffassungen eben marginalisiert. Das kann gelingen oder nicht gelingen, es anzustreben, steht aber jedem Mitglied einer Partei zu.

Eigentlich erschüttert hat mich an dem Beitrag nur der Versuch, noch heute die Kulturrevolution zu legitimieren. Und der Autor hat bis heute nicht einmal eine Kritik am Verlauf der Kulturrevolution, wie es sich aus folgender Äußerung von ihm ergibt: „Die Kritik, die man am Verlauf der Kulturrevolution haben mag.“

Ich kann durchaus verstehen, daß man sich als junger Mensch zur damaligen Zeit mit den Zielen der Kulturrevolution identifizierte. Es ist mir jedoch unbegreiflich, wie man nach deren Verlauf und deren realen Ergebnissen sie immer noch verteidigen kann. Unzählige, die sich für den Sozialismus in China einsetzen, kostete die Kulturrevolution das Leben, Hunderttausende wurden mißhandelt und Millionen gedemütigt. Beethoven und Bach wurden verboten, Kunstwerke unschätzbarer Wertes vernichtet. Über

arbeiten wollen, gestärkt werden. Zu diesem Zweck laden wir alle Mitglieder aus den westlichen Landesverbänden, die PDS – und nicht irgendetwas anderes – auch im Westen wollen, zu einer Diskussion mit dem Parteivorstand, der Bundestagsgruppe und den östlichen Landesverbänden am 7. Dezember 1997 in Frankfurt am Main, Haus der Jugend, Deutschherrenufer, ein. Unser Ziel ist es, mehr Transparenz und Zusammensetzung herzustellen. An die Stelle von Konfrontation setzen wir Kooperation mit dem Parteivorstand, der Bundestagsgruppe und den östlichen Landesverbänden.

Bornheim, den 9. November 1997

Unterzeichnerinnen und Unterzeichner: • Gudrun Aßmann (AG Landespolitik PDS Hamburg) • Matthias W. Birkwald (Mitarbeiter BTG – LV NRW) • Heike Berg (Landesvorsitzende PDS Hessen) • Joachim Bischoff (Parteivorstand der PDS) • Rolf Gensert (Landesvorsitzender der PDS Hessen) • Harri Grünberg (Landesgeschäftsführer der PDS Hessen) • Klaus Bruno Engelhardt (Landesvorstand PDS Bayern), • Andrea Link (Landessprecherin PDS Rheinland-Pfalz) • Thomas Lutze (Landessprecher Saarland) • Pia Maier (Parteivorstand der PDS, Fraktionsvorsitzende der PDS/Marburger Liste) • Richard Pitterle (Landesschatzmeister der PDS Baden Württemberg) • Hartmut Ritzheimer (Landessprecher PDS Rheinland-Pfalz), • Klaus Rainer Rupp (Landesvorsitzender PDS Bremen), • Ulli Schippels (Landesgeschäftsführer der PDS Schleswig Holstein) • Karin Schöller (Landesvorstand PDS NRW) • Sima Soraya (Landessprecherin PDS Bayern) • Florian Weis, (AG Landespolitik, PDS Hamburg) • Knud Vöcking (Landessprecher PDS NRW).

Unterschriften bitte bis zum 17.11.97 18.00 Uhr an den Landesverband Hessen der PDS zuzenden: PDS-Hessen, Kurfürstenstraße 6, 69486 Frankfurt/Main Tel: 069/706502, Fax:069/7072783

all das geht Herr Fortmann natürlich hinweg, er erwähnt es nicht einmal. Aber offensichtlich meint er diese Erscheinungen, wenn er immerhin Kritik für möglich hält, die er allerdings selbst nicht äußert. Und das alles soll dadurch gerechtfertigt sein, daß in das Bewußtsein praktischer Politik gesellschaftliche Antagonismen gehoben wurden? Auch vor der Kulturrevolution waren die Widersprüche zwischen Stadt und Land und in der Arbeitsteilung, insbesondere von Hand- und Kopfarbeit, bereits bekannt. Und geändert an diesen Widersprüchen hat die Kulturrevolution nichts. Sie hat vielleicht das materielle und kulturelle Lebensniveau der Menschen in den Städten reduziert, aber keineswegs das materielle und kulturelle Lebensniveau der Menschen auf dem Lande erhöht. Und wenige Bilder aus der damaligen Zeit in China zeigen, wie indoktrinär die gesamte Kulturrevolutionär war. Es sollte keine Individuen mehr geben. Alle sollten die gleiche Kleidung tragen, die gleichen Worte des großen Vorsitzenden Mao äußern. Mit anderen Worten, alle sollten gleich aussehen und gleich denken und gleich handeln. Ich weiß nicht, ob solche Vorstellungen irgend etwas mit Sozialismus zu tun haben, mit einem demokratischen Sozialismus ganz bestimmt nicht. Und ist es dann so absurd, tatsächlich zu fordern, daß jemand, der in einer Partei des demokratischen Sozialismus mitwirken will, sich von maoistischen Kulturrevolutionsvorstellungen lösen müßte?

Christian Fortmann kritisiert an mir, daß ich bestimmte Auffassungen in der PDS marginalisiert sehen will. Wie kann jemand sich ernsthaft darüber aufregen, daß ein anderer bestimmte Auffassungen marginalisieren will, wenn er selbst eine Kulturrevolution verteidigt, in der Millionen Chinesinnen und Chinesen im Interesse der „Aufhebung des Widerspruchs von Stadt und Land, der Arbeitsteilung insbesondere von Hand- und Kopfarbeit“ gedemütigt, gefoltert, eingesperrt oder umgebracht wurden? Wäre es doch Mao nur um deren Marginalisierung gegangen, wieviel wäre den Betroffenen und der Geschichte der Linken erspart geblieben.

Im übrigen möchte ich noch darauf hinweisen, daß auch Stalin und Pol Pot durchaus Ziele verkündet haben, die man teilen konnte. Aber der Zweck heiligt eben nicht die Mittel, und im übrigen haben sie regelmäßig die verkündeten Ziele verfehlt. Damit will ich Mao nicht auf eine Ebene mit Stalin und Pol Pot stellen, aber verbrecherisch war seine Kulturrevolution dennoch. Im übrigen diente sie vornehmlich seinem eigenen Machtbehalt. So wie Stalin in den 30er Jahren hat er zur Zeit der Kulturrevolution versucht, den relativ eigenständigen Macht- und Staatsapparat auszuwechseln und durch einen ihm treu ergebenen zu ersetzen. Mao hat es auf andere Art und Weise getan als Stalin, das Ziel war aber identisch, und dieses eigentliche Ziel

wurde auch von beiden erreicht. Und als Mao dieses Ziel erreicht hatte, beendete er auch die Kulturrevolution, ohne daß man in China der Lösung jener Widersprüche auch nur einen Schritt näher gekommen wäre, deretwegen Christian Fortmann heute noch meint, die Kulturrevolution verteidigen zu müssen.

Ich kann nur hoffen, daß die meisten Mitglieder des BWK, die inzwischen Mitglieder der PDS sind, die Auffassungen von Christian Fortmann zur Kulturrevolution in China nicht teilen und nicht darin der Grund dafür besteht, daß sie im Rahmen der PDS unbedingt an ihrem Namen „BWK“ festhalten wollen.

•
Dok. Nr. 5: Dieser an den Landesparteitag gerichtete Antrag wurde im Landesinfo Nr. 5/97 veröffentlicht. Er steht auf dem Landesparteitag der PDS BaWü im Januar zur Behandlung an

Antrag C1 – Ya basta!

Antragsteller (in der Reihenfolge der UnterzeichnerInnen): Robert Knapp (Schwarzwald-Baar-Heuberg), Dieter Hirt (Schwarzwald-Baar-Heuberg), Peter Müller (Schwarzwald-Baar-Heuberg), Titus Stahl (Schwarzwald-Baar-Heuberg), Michael Schuler (Schwarzwald-Baar-Heuberg), Basisorganisation Schwarzwald-Baar - Heuberg, Hüseyin Sengün (Schwarzwald-Baar-Heuberg), Rheinhard Neudorfer (BO Rems-Murr). Der Antrag wird unterstützt von: Eckhard Steinhäuser (BO Nürtingen), Beate Laus (BO Nürtingen), Manfred Helms (BO Nürtingen), Kerstin Nitschke (BO Nürtingen), Ivan Matuskovic (BO Stuttgart), Wolfgang Höpfner (BO Stuttgart)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen: Die PDS-Mitglieder Johannes Müllerschön und Christian Fortmann haben sich in den Ausgaben 3 und 4/1997 der Mitgliederzeitung »Landesinfo« der PDS Baden-Württemberg öffentlich zur chinesischen Kulturrevolution geäußert. Dabei haben sie versucht, die Kulturrevolution zu legitimieren.

Die PDS Baden – Württemberg stellt dazu fest:

1. Die Äußerungen von Johannes Müllerschön und Christian Fortmann haben mit der politischen Programmatik und Praxis der PDS Baden-Württemberg nichts zu tun. Sie sind nicht vereinbar mit den Grundsätzen unserer Partei, die dem Demokratischen Sozialismus verpflichtet ist. Sie decken sich nicht mit den inhaltlichen und strategischen Vorstellungen des PDS Landesverbandes zur Zukunft und dem Wirken unserer Partei in Baden-Württemberg.

2. Die PDS Baden-Württemberg verurteilt den Versuch von Johannes Müllerschön und Christian Fortmann, die Kulturrevolution heute zu legitimieren. Wer in einer Partei des Demokratischen Sozialismus mitwirken will, muß sich von maoistischen Kulturrevolutionsvorstellungen lösen.

3. Johannes Müllerschön und Christian Fortmann haben mit der Veröffentlichung ihrer Artikel in der Mitgliederzeitung der PDS Baden-Württemberg erheblich gegen die Grundsätze der politischen Programmatik verstößen und dabei der Partei schweren Schaden zuge-

fügt.

4. Die Landesmitgliederversammlung der PDS Baden-Württemberg, als höchstes Organ des Landesverbandes, hat kein Verständnis dafür, daß Johannes Müllerschön und Christian Fortmann in der PDS wirken wollen. Die PDS Baden-Württemberg möchte offen sein für Menschen, die Sozialismus mit Humanismus, individueller Freiheit, sozialer Gleichheit, menschlicher Solidarität und Ökologisierung der Gesellschaft gleichsetzen. Die PDS Baden-Württemberg bittet deshalb bei Johannes Müllerschön und Christian Fortmann darum, daß sie aus der Partei des Demokratischen Sozialismus austreten.

(Es folgt die Begründung, die sich im wesentlichen in der Wiederholung von Auszügen aus dem Brief Gregor Gysis erschöpft. Hier aus Platzgründen weggelassen, d. Red.)

•
Dok. Nr. 6: Der folgende Text von Christian Fortmann stand dem Landesparteitag als fliegendes Blatt zur Verfügung

Mißverständnisse über die Kulturrevolution

Gregor Gysi ist der Meinung, er wäre in dem Artikel „Notwendiger Nachtrag...“ mit Innenminister Kanther auf eine Stufe gestellt worden. Eine solche Gleichstellung war von mir keinesfalls beabsichtigt, und ich bedauere es, wenn er den Artikel auf diese Weise verstanden hat.

Es ging mir vielmehr darum, darauf hinzuweisen, daß er (und die Redaktion des Landesinfo) „mit hochbrisantem Stoff hantieren, wenn sie meinen, das Marginalisieren als zulässige Methode des Verkehrs in der Partei einführen zu dürfen“.

Auch bei dem von mir kritisierten Begriff des Marginalisierens scheint ein Mißverständnis vorzuliegen. Gregor Gysi schreibt, er „wisse gar nicht, warum sich der Autor so sehr über den Begriff des ‚Marginalisierens‘ erregt“. Er hätte bei Verwendung dieses Begriffs darunter verstanden, „in einer Partei dafür einzutreten, daß bestimmte Auffassungen nicht mehrheitsfähig werden“.

Darüber, daß man in der Partei dafür eintritt und auch dafür kämpfen kann, daß bestimmte Auffassungen eine Mehrheit erlangen und gewisse andere nicht, bin ich mit Gregor Gysi vollkommen einverstanden. Die Mittel und Wege, wie diese Mehrheitsentscheidungen zustande kommen, sind die der demokratischen Diskussion und Entscheidung in Abstimmungen und Wahlen.

Ich habe den Begriff des Marginalisierens anders verstanden, nämlich in der Weise, wie er aus den Sozialwissenschaften entlehnt worden ist. Der Begriff ‚Marginalität‘ bezeichnet „eine durch hohe soziale Distanz (gesellschaftliche Isolierung, Stigmatisierung, Diskriminierung) und Unterprivilegierung gekennzeichnete Position“ (Wörterbuch der Soziologie, dtv, München 1989). Marginalisieren

bezeichnet das Herbeiführen einer solchen Lage mit den bezeichneten Mitteln: gesellschaftliche Isolierung, Stigmatisierung und Diskriminierung. Im Deutschen umschreibt der Begriff „Ausgrenzen“ diesen Vorgang am besten. Das Ausgrenzen halte ich nun tatsächlich für kein legitimes Mittel der innerparteilichen Auseinandersetzung und ich gehe davon aus, in dieser Hinsicht mit Gregor Gysi einer Auffassung zu sein.

Bedauerlicherweise haben einige Mitglieder im Landesverband Baden-Württemberg die Verwendung des Begriffs „Marginalisieren“ im Artikel von Gregor Gysi doch im Sinne von Ausgrenzen verstanden. Wie anders soll ich Äußerungen im Landesinfo verstehen wie das Anheften von „Schibboleth (Erkennungszeichen)“ oder den Antrag, Mitglieder zum Austritt aufzufordern?

Als weiteres meint Gregor Gysi in besagtem Artikel wäre ein Versuch, „die Kulturrevolution zu legitimieren“, unternommen worden. Hier hat er mein Anliegen mißverstanden. In dem Artikel wird darauf bestanden, die Kulturrevolution als ein weltgeschichtliches Ereignis zu begreifen, dessen gesellschaftliche Gründe aufgeklärt werden müssen. Aufklärung ist meiner Meinung nach das Gegen teil von Legitimation. Dabei kommt man, glaube ich, nicht umhin, sich mit den artikulierten und erkennbaren Interessen, die in dieser Revolution zusammengestoßen sind, bekannt zu machen. Ohne diese Vergewisserung scheint es mir vollkommen aussichtslos, die Ereignisse und deren Verlauf angemessen zu würdigen.

Nachdem dieser Gegenstand zahlreiche Stellungnahmen hervorgerufen hat und anscheinend ein erhebliches Interesse weckt, wäre eine gründlichere Befas sung nicht schlecht.

Das eine sind die Ereignisse in China, das ist eine Frage der geschichtswissenschaftlichen Aufklärung und des Standpunkts, aber vielleicht schwierig, weil niemand von uns direkt an der Kulturrevolution beteiligt war und weil die Diskussion, mit den direkt Beteiligten nicht einfach zu organisieren ist.

Das andere ist aber der Einfluß, den die Kulturrevolution auf die westeuropäische Linke gehabt hat. Daraus scheint mir auch die Aufregung zu kommen. Es leben Auseinandersetzungen wieder auf, die ihren Ursprung in den Bewegungen der 60er und 70er Jahre haben. Stichwort: Spaltung der 68er-Bewegung durch die DKP und die Rolle der SED, Entstehung der sogenannten Neuen Linken. Eine Aufklärung in ruhiger Untersuchung und Diskussion scheint mir für die West-PDS wichtig (und soweit die SED beteiligt war auch für die Gesamt partei). Wir könnten uns dabei durchaus an dem Vorbild orientieren, wie die PDS in Geschichtskommission u.ä. die Geschichte der DDR und der SED versucht aufzuklären.

Mit der Beschreibung des Buches „Die Globalisierungsfalle - der Angriff auf Demokratie und Wohlstand“ setzen wir unsere Reihe von Buchvorstellungen und Rezensionen zur „Globalisierung“ der imperialistischen Wirtschaft fort. In der nächsten Ausgabe folgt die Vorstellung

der Kritik und Analyse der Globalisierung durch den marxistischen Ökonom und Sozialwissenschaftler Samir Amin - verbunden mit ein paar Angaben zum tatsächlichen Ausmaß der sogenannten „Globalisierung“ der Produktion imperialistische Konzerne. (rül)

Buchbesprechung: „Die Globalisierungsfalle – Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand“

Globalisierungsfalle

Das von den Spiegel-Autoren Hans Peter Martin und Harald Schumann verfaßte Buch ist in den meisten Abschnitten sehr faktenreich geschrieben. Der Bogen reicht über die Schilderung der Abläufe an der Börse und auf den Weltfinanzmärkten bis hin zu den Auswirkungen für die abhängig Beschäftigten. Das Buch bietet u. a. eine interessante Darstellung, wie auf bzw. über den internationalen Finanzmarkt scheinbar festgefügte wirtschaftliche Strukturen spekulativ ausgehebelt werden können. Dies wird an zwei Beispielen dargestellt.

Der Sturz des Europäischen Währungssystems (EWS)

Einer der größten „professionellen Geldvermehrer“ ist das „Quantum Fonds“, das den Besitz des US-Milliardärs Soros verwaltet. Vom malayischen Ministerpräsidenten wird Soros u. a. auch aktuell für den südostasiatischen Währungscrash verantwortlich gemacht. „Quantum Fonds“ war maßgeblich an der Aushebung der fixierten Wechselkurse des EWS 1992 beteiligt. Man erkannte frühzeitig, daß durch die wiedervereinigungsbedingte Zinssteigerung in Deutschland, bei der „alle anderen EG-Notenbanken mitziehen (mußten), um den relativen Wert ihrer Währungen zur D-Mark stabil (zu) halten“ (S. 85), eine Schräglage entstanden war.

„Im August 1992 erkannte Quantum als einer der ersten, wie prekär die Lage der EWS-Verteidiger tatsächlich war. (...) Er lieh sich täglich wachsende Summen in britischen Pfund, nur um sie sofort bei britischen Banken in D-Mark umzutauschen, welche die Geldinstitute wiederum bei der Bank of England anforderten. Je mehr Nachahmer sich ihm anschlossen, um so sicherer konnte er sein, daß der Bank ihrer Majestät die Reserven ausgenommen würden. (...) und sie wäre dann gezwungen,) das Pfund zur Abwertung freizugeben. Zum weit niedrigeren Kurs konnte Quantum dann erneut Pfund kaufen und die aufgenommenen Kredite begleichen. Selbst wenn das Pfund nur um 10% abrutschen würde, konnte der Deal auf jedes Pfund rund 25 Pfennig Gewinn abwerfen.“

„Am 15. September ließ der Bundes-

bank-Präsident Schlesinger die Bemerkung fallen, das EWS bedürfe einiger „Anpassungen“. Diese Äußerung, binnen Minutenfrist weltweit verbreitet, kam einer Werbebotschaft gleich, die da hieß: verkauft Pfund“, urteilten Finanzexperten später in einem Bericht für das US-Finanzministerium.“

Auch eine kurzfristige britische Zinserhöhung um 2% änderte nichts: „Binnen Stunden verlor das Pfund fast 9% seines Wertes, und die Angreifer strichen Traumgewinne ein. Allein (...) Quantum eine Milliarde Dollar, gab Soros später bekannt.“ (S. 86-88) „In den folgenden Tagen wiederholte sich das Schauspiel mit der Lira und der Pesete.“ (...) „So endete nach 14 Jahren der westeuropäischen Stabilitäts pact mit einem Dutzend verlorener Abwehrschlachten, die Europas Notenbanken und damit letztendlich auch die Steuerzahler - vorsichtig geschätzt - an die 100 Milliarden Mark kosteten.“

Gerade aus England und auch Frankreich gab es heftige Kritik an der Bundesbank, die praktisch die anderen Notenbanken im Regen stehen ließ. Dies wirkt auch einen wichtigen Aspekt in der Diskussion um den Euro auf: Die DM hat seit vielen Jahren die Funktion der Leitwährung in Europa inne und hat sich als Ankerwährung bei dem EWS-Crash dieser Pflicht und Aufgabe entzogen. Die Einführung des Euros wird also von den anderen EU-Staaten wahrscheinlich als Möglichkeit angesehen, sich von der direkten Bundesbank-Abhängigkeit auf den Devisenmärkten relativ zu lösen. Der Stimmanteil der Bundesbank in der Europäischen Zentralbank wird zwischen 23-28% liegen. Dies erklärt auch, warum die anderen EU-Staaten die Konvergenz kriterien akzeptiert hatten und dann noch deren Geltung auch nach Einführung des Euros mit einem Bestrafungssystem bei Nichteinhaltung als sogenannten „Stabilitäts pact“ in Amsterdam akzeptiert haben bzw. akzeptieren mußten.

Mexiko: Operation „Peso shield“

Seit Mitte der 80er Jahre befolgte Mexiko die Auflagen der Weltbank, des IWF

und der US-Regierung und öffnete sich vollkommen dem internationalen Finanzsystem. 25 Holdinggesellschaften kontrollierten ein Firmenimperium, das die Hälfte des Bruttosozialprodukts ausmacht. Eine Importwelle überschwemmte dann das Land, „und die arbeitsintensive, mittelständische Industrie ging in die Knie. Allein im Maschinenbau mußte die Hälfte aller Betriebe schließen.“ (195)

Schon ab 1988 wuchsen die Einfuhren viermal schneller als die Ausfuhren. Um die „Importe billig zu halten, verteuerte die Regierung die eigene Währung mit Höchstzinsen.“

Das würgte nicht nur die Binnenwirtschaft ab, sondern holte auch über 50 Milliarden Dollar kurzfristiger Anlagen von US-Investmentfonds ins Land. 1993 schloß Mexiko mit den USA und Kanada dann das Freihandelsabkommen Nafta ab (vollkommene Eingliederung in den gemeinsamen Markt).

Im Dezember 1994 folgte das Unvermeidliche: Der Boom auf Pump brach zusammen, die Abwertung des Peso wurde unumgänglich.“

Der Auslöser der Krise

Auslöser der Krise war 4 Tage vor Weihnachten 1994 die Ankündigung der mexikanischen Regierung, den Peso gegenüber dem Dollar um 15% abzuwerten. Aufgrund dieser Ankündigung verlor der Peso 30% seines Gegenwertes in Dollar.

Obwohl die mexikanische Notenbank täglich für ca. ein halbe Milliarde Dollar Pesos aufkauft, gab der Kurs immer weiter nach. Für Mexiko wurden die Importe praktisch nicht mehr bezahlbar.

Bis zum 12. Januar 1995 blieb die Welt davon unberührt. Doch auf einmal gerieten auf allen wichtigen Börsenplätzen der Welt ca. ein Dutzend Währungen gleichzeitig unter Druck. Dies traf so verschiedene Länder wie Ungarn oder Indonesien, die wirtschaftlich nichts miteinander verband. Ursache war, daß Investoren „in allen aufstrebenden Schwelldändern des Südens und Mitteleuropas“ Aktien und Anleihen abstießen und diese in die Hartwährungen zurücktauschten. Alle betroffenen Währungen mußten ihre Währungen durch Zinserhöhungen verteuern.

Am 20. Januar ging dann auch der Dollar auf Talfahrt.

Am 30. war Mexiko am Ende, d.h. alle Dollar los. Nun wurde in kürzester Zeit (25 Stunden) ein Stützungskredit von 50 Mrd. Dollar zusammengestellt. Der größte „Notkredit aller Zeiten (...) rettete zwar die ausländischen Investoren, stürzte Mexiko allerdings in eine wirtschaftliche Katastrophe.“ (Schlimmste Rezession seit 60 Jahren: 15.000 Unternehmen bankrott, drei Millionen Jobs weg, Kaufkraft der Bevölkerung sank um mindestens ein Drittel.)

Die neuen Aufsteiger in Asien

Hier weisen die Autoren auf einen Widerspruch hin, denn die Globalisierung der Weltwirtschaft folgt nicht einem „universalen Prinzip“ des Neoliberalismus. Die neuen Aufsteiger in Asien praktizieren das Gegenteil. Konzerne sind halb staatlich organisiert, wie z. B. in Korea Hyundai oder Samsung, die vom Auto über Computer bis zum Schiff gleich mehrere Branchen unter einem Konzerndach integrieren. Gleichzeitig sorgt der Staat für entsprechende Schutzmechanismen durch hohe Einfuhrzölle oder technische Vorschriften. Ein weiteres „wichtiges Instrument ist die Manipulation der Devisenkurse ... (sie) halten den Außenwert ihrer Währungen ... künstlich niedriger, als es der realen Kaufkraft im Land entspricht.“ (S.199)

Des weiteren liefern die Autoren einige Beispiele aus asiatischen Ländern, in denen der Ausbeutung keine oder kaum Grenzen gesetzt sind oder gesetzt werden können. In Malaysia z.B. betreibt Siemens eine Chipfabrik, in der 600 indonesische Fließbandarbeiterinnen wie Leibige gehalten werden. Sie werden Nachts nicht nur eingeschlossen, damit sie nicht vor Ende der Dreijahresverträge fliehen können, der örtliche Siemenschef hat ihnen sogar ihre Pässe abgenommen. (S. 203)

Hier wird zum einen eine Perversion deutlich, wenn westliche Konzerne in diesen Märkten expandieren, dafür die Belegschaften zurichten und u.a. dadurch die Aktienkurse boomen, wovon hier nicht nur die Reichen profitieren, sondern auch immer mehr die aktienbesessene Mittelschicht. Und zum anderen wird ein Dilemma deutlich, daß es hier in der Gewerkschaftsbewegung kaum eine solidarische Aufklärung und keine entsprechend vernetzte Gegenbewegung gibt, um solche menschenverachtenden Ausbeutungsbedingungen zu begrenzen und zu unterbinden.

„Die europäische Chance“?

Neben einer fundierten Kritik an den EU-Strukturen setzen die Autoren auf eine „europäische Chance“: „Denn die Währungsunion wird (...) Europa die Möglichkeit geben, im Bereich der Währungs-, Finanz- und Steuerpolitik einen wichtigen Teil staatlicher Souveränität zurückzugewinnen. Europas Zinsraten und Wechselkurse werden dann weit weniger vom US-Markt abhängig sein als heute“, und dies wird die „Rollenverteilung auf der Weltbühne der Macht nachhaltig verändern.“ (S. 300)

Mit der Einführung der Währungsunion werden Konflikte erwachsen, die nicht „zu schlichten sind“: „Wenn etwa eines der beteiligten Länder im Wettlauf um steigende Produktivität nicht mithalten kann, gerät seine Wirtschaft unweigerlich in die Krise. Mit der Abwertung der eigenen Währung können die einzelnen

Notenbanken solche Entwicklungen bisher noch dämpfen und zumindest ihre Exportbetriebe stützen.“ (S. 304)

Ihre Schlußfolgerung: „Entweder es gelingt, die EU so weit zu entwickeln, daß sie die Balance zwischen Markt und Staat wiederherstellen kann, oder sie wird über kurz oder lang auseinanderfallen.“ (S. 310)

„10 Ideen gegen die 20:80-Gesellschaft“

Bei ihren „10 Ideen gegen die 20:80-Gesellschaft“ stellen sie eine „demokratisierte“ EU in den Mittelpunkt. Dafür wird berechtigterweise z.B. die „Öffentlichkeit für alle Sitzungen des Ministerrats, Wahl der EU-Kommission“ etc. eingefordert. Sie propagieren eine Vernetzung der europäischen Gewerkschaften und fordern „soziale und ökologische Mindeststandards für den Welthandel“ gegen rigorose „Umweltzerstörung und „Hungerlöhne.“

Dies alles hat bei ihnen leider den Beigeschmack einer neuen EU-Zentriertheit, wenn sie z.B. die Hoffnung hegen: „gelänge es, den Euro zur (global) führenden Währung auszubauen“, ließe sich „das Kräfteverhältnis zwischen den Finanzmärkten (...) vom Kopf auf die Füße“ stellen. Hier geraten sie leider genau in das Fahrwasser der Banken- und Konzernstrategen, denn diese wollen über und mit der EU auf der Welt den Ton angeben. Die Konzerne steuern z. B. als Graue Eminenz über den „European Roundtable of Industrialists“ (ERT), der 1983 gegründet wurde, die EU-Wirtschaftsintegration. Die geballte Macht der 40 ERT Mitglieder machte 1991 über 60% der gesamten europäischen Industrieproduktion aus, deren regelmäßig veröffentlichten „Berichte“ werden „sowohl von den nationalen Regierungen als auch von Brüssel begierig aufgenommen“ . (Forum Wissenschaft 1/97)

Wie die Interessen von sozial deklassierten und arbeitenden Menschen in der EU zu wahren sind, dazu findet sich in ihren „10 Ideen“ leider wenig Ansatzpunkte, obwohl sie sehr eindringlich die „Abwärtsspirale“ darstellt hatten: „Der schrankenlose Wettlauf um Anteile am Welt(arbeits)markt entwertet in immer schnelleren Zyklen die Arbeitskraft und gestaltet sich aus der Sicht der übergroßen Mehrheit wie das Rennen zwischen Hase und Igel. Irgendein billiger Konkurrent ist immer schon da oder wird spätestens morgen da sein. Wer sich dem „anpaßt“, erzwingt nur die erneute Anpassung anderswo und ist bald schon selbst wieder dran. Egal was sie tun, die meisten Arbeitnehmer können bei diesem Spiel nur verlieren. Nur die Minderheit der Vermögenden und zeitweilig Hochqualifizierten hat den Vorteil ... im Schnitt etwa ein Fünftel der Bevölkerung in den alten Industrieländern.“

(hga, von der Redaktion gekürzt)

Abrüsten
Europa zivil gestalten
Frieden und Arbeit für alle
Bundesweiter und internationaler
Friedensratschlag 1997
in Kassel



Einladung und Programm
4. Friedenspolitischer Ratschlag
Sa/So 6./7. Dez. 1997
in der Universität GHS Kassel
FB E-Technik (ehem. Ing. Schule)
Willhemshöher Allee 73

Hegemonialstrategie? Moderation: Lothar Liebsch (Darmstädter Signal)
14.45–16.30 Uhr: Arbeitsgruppen zu den ersten beiden Plenar-Vorträgen • AG 1: *Globalisierung, Regionalisierung und der Kampf um den Weltmarkt*. Ref.: Prof. Dr. Jörg Huffschnmidt (Bremen). Mod.: Dr. Willibald Jacob (MdB). • AG 2: *Standort Deutschland – Nationalismus – Militarisierung*. Ref.: Anne Rieger (IGM). Mod.: Peter Christian Walther (VVN-BdA). • AG 3: *Zu den Hintergründen der NATO-Osterweiterung*. Ref.: Prof. Dr. Erich Hocke (Dresden). Mod.: Lühr Henken (Hamburg). • AG 4: *NATO-Osterweiterung – Umbrüche in den weltweiten Waffenmärkten*. Ref.: Tobias Pflüger (IMI – Tübingen). Mod.: Bernd Guß (SCHIFF, Kiel). • AG 5: *Die NATO-Osterweiterung im globalen Kontext*. Ref.: Ulrich Cremer (Hamburg), Dr. Peter Barth (Fachhochschule München). Mod.: N.N. • AG 6: *Militarisierung der EU*. Ref.: Elisabeth Schröder (MdEP). Mod.: Dr. Otto Stüflein (AG EntRüstung).

Parallel zu den Arbeitsgruppen Forum für jung und alt – Junge Erwachsene in der Friedensbewegung (Eva van Aken, Gottfried Müller)

16.4 Uhr Plenum: Berichte aus der Friedensbewegung. Mod.: Bärbel Schindler-

Info: Kasseler Friedensforum, c/o DGB Kassel, Spohrstr. 6, 34117 Kassel oder: P. Strutynski, Universität GHS Kassel, FB 6, Nora-Platiel-Str. 5, 34109 Kassel, Tel.: 0561/8042314, Fax.: 0561/8043738

14.–16. November: Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Grüne in Kassel

21./22. Nov.: Laut Aufruf des „Kasseler Friedensforums“ sollen wg. der erwarteten Schlußabstimmung zum „Eurofighter“ bundesweit Infostände u.ä. stattfinden.

21./22. Nov.: Beschäftigungsgipfel in Luxemburg. Der hessische DGB hat den EGB aufgefordert, dazu eine europaweite Demonstration zu organisieren, die Bundeskordination Euromarsch unterstützt diese Initiative.

21.–22. Nov.: CSU-Parteitag in München.

22.–23. Nov.: Tagung und Mitgliederversammlung der Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizistinnen und Polizisten (Hamburger Signal) e.V. in München (Hotel Sol Inn, Nähe Hbf). Infos bei: BAG Kritische PolizistInnen, c/o Reinhard Borchers, Bachstr. 96d, 22083 Hamburg

2. bis 4. Dez. SPD-Parteitag in Hannover.

5. und 6. Dez.: Europaweite Aktionen gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung

6. und 7. Dez.: Bundesweiter friedenspolitischer Ratschlag der „Friedensbewegung“ in Kassel.

Saefkow (Friedensrat)

18.15 – 19.15 Uhr Abendessen

19.3 – 21 Uhr: Internationales Forum: „Friedensmacht Europa?“ Mit Teilnehmern aus Frankreich, Polen, der Tschechischen Republik, Österreich, Russland. Mod.: Prof. Dr. Werner Ruf

Ab 21 Uhr: Small Talk, Musik und Unterhaltung im Café Brückenschlag (Friedrich-Ebert-Str. 92)

SONNTAG, 7. DEZ.

9 Uhr Plenarvorträge: • Dr. Wolfgang R. Vogt: *Den Krieg ächten – den Frieden vorbereiten: Für eine Kultur des Friedens*. Horst Schmidhennner (IG Metall): *Für Frieden und Arbeit*. Mod.: Marlies Schläger (Mainz)

10.30–12 Uhr Arbeitsgruppen zu den Plenar-Vorträgen: • AG 1: *Die Sprache der Kriegsvorbereitung*. Ref.: Prof. Dr. Wolfgang Popp (Siegen). Mod.: NN • AG 2: *Pazifismus als politische Strategie und als Lebensphilosophie*. Prof. Dr. Hans Mausbach (Frankfurt a.M.), Prof. Dr. Mohssen Massarat (Oldenburg). Mod.: Stefan Müller (CFK, Eisenach) • AG 3: *Frieden durch internationale Regime?* Ref.: Prot. Dr. Knut Krusewitz. Mod.: Dr. Marianne Hornung-Grove (IALANA). • AG 4: *Alternativen zur NATO-Osterweiterung*. Ref.: Dr. Hans-Joachim Gießmann (ISHF). Mod.: Heide Klages (WILPF-IFFF). • AG 5: *Antimilitarismus aus antifaschistischer Perspektive*. Ref.: Gerd Deumlich (Essen). Mod.: Bernd Meimberg (FI Schlesw.-Holst.) • AG 6: *Die Initiative Frieden und Arbeit*. Ref.: Reiner Braun (Nat. Wiss. f. Frieden). Mod.: Willi Hofmeister (Ostermarschkreis Ruhr)

12 Uhr Abschlußplenum: *Die Friedensbewegung im Wahljahr 1998, Aktivitäten, Schwerpunkte, Initiativen. Eckpunkte zu einer Friedenskonzeption*. Mod.: Laura von Wimmersperg (FRIKO Berlin), Willi van Ooyen (Frankfurt a.M.)

Schlußwort: Horst Trapp (AFRIra)

13.45 Uhr: Ende der Veranstaltung

13./14. Dezember: Bundesweite Konferenz der Euromarsch-Unterstützerinnen und Unterstützer

3.–6.1.1998: Linke Schule in Thüringen. Die Winterschule findet diesmal von Samstag bis Dienstag statt, Ort entweder **Schnepfenthal oder Tambach-Dietharz**.

30./31. Januar: „Historiker Impuls“ gegen Geschichts-Revisionismus in Kassel. Veranstalter sind u.a. IJVdN, BdA, Jenae Forum, BdWi, Rosa-Luxemburg-Gesellschaft Leipzig, Gedenkstättenverband Berlin, Hamburger Institut für Sozialforschung, div. Asten u.v.a.m. Infos bei VVN/BdA.

Februar: Bundesweiter Ratschlag des *Erfurter Appels* in Bochum.

1. März 1998: Landtagswahlen in Niedersachsen.

26. April 1998: Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt

8.–12. Juni 1998: 16. o. Bundeskongreß des DGB in Düsseldorf

13./14. Juni: Bundeskongreß der VVN-BdA in Braunschweig, Motto: „Zukunft Antifaschismus“. Infos bei der Bundesgeschäftsstelle der VVN-BdA, Rolandstr. 16, 30161 Hannover.

ADRESSE AUFKLEBER

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHIET VIERZEHNTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruska, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 38 13 93, Fax: 040 / 38 93 31.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78 DM (Förderabo 130 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 67,60 DM, Sozialabo: 52 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

Halb- Jahresabo (39 DM / 78 DM je Einzelabo)

Halb- Jahres-Förderabo (65 DM / 130 DM).

Halb- Jahres-Sozialabo (26 DM / 52 DM).

Halb- Jahresabo neue Länder (33,80 DM / 67,60 DM)

Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart